

Januar 2010

Die globale Entwicklungskrise

Auswirkungen – Reaktionen – Konsequenzen



Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise
für Armutsbekämpfung und Entwicklung

Impressum

Die globale Entwicklungskrise

Auswirkungen – Reaktionen – Konsequenzen

Herausgeber:

Global Policy Forum Europe
Königstraße 37a
53115 Bonn
Tel.: 0228-9650 510
Fax: 0228-9638 206
Internet: www.globalpolicy.eu
E-Mail: europe@globalpolicy.org
Kontakt: Jens Martens

terre des hommes
Ruppenkampstr. 11a
49084 Osnabrück
Tel.: 0541-71010
Fax: 0541-707233
E-Mail: info@tdh.de
Internet: www.tdh.de
Kontakt: Klaus Schilder

Autoren: Jens Martens und Antje Schultheis

Mitarbeit: Julia Pfitzner und Lucy Russell

Gestaltung: Karina Waedt

Druck: Leppelt Druck und Grafik

Titelfotos: Klaus Schilder (oben): Eröffnungsdemonstration des Weltsozialforums 2009 in Belém; Benjamin Etzold (links): Müll sammelndes Kind in Dhaka (Bangladesch); Wikimedia, http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/0/0d/2009_G-20_Pittsburgh_summit.jpg (unten): G20-Gipfel in Pittsburgh 2009

ISBN: 978-3-941553-00-2

Schutzgebühr: 5,00 €

Redaktionsschluss: 1. Dezember 2009

Bonn/Osnabrück

Der Report ist Teil des Projekts „**MDG plus**“ des Global Policy Forums Europe, gefördert von der InWEnt gGmbH aus Mitteln des BMZ und der

Inhalt

Textkästen, Tabellen und Grafiken	4
Einleitung: Krise – welche Krise?	5
I. Auswirkungen der Krise im globalen Süden	7
1. Sinkende Rohstoffpreise – sinkende Staatseinnahmen	7
2. Keine Entwarnung in der globalen Ernährungskrise.....	10
3. Rückgang der Exportgüternachfrage	14
4. Abzug von Privatkapital und Rückgang der Direktinvestitionen	17
5. Sinkende Rücküberweisungen	19
6. Neue Verschuldungsspirale	22
7. Wachsende Haushaltslöcher – weniger Geld für Gesundheit, Bildung und soziale Sicherung.....	23
8. Entwicklungszusammenarbeit unter Druck	27
9. Rettungsschirme des Nordens verschärfen Ungleichheit.....	28
10. Fazit: Wachsende Armut, Arbeitslosigkeit, Hunger und Unsicherheit	31
II. Die Antwort der Regierungen: Krisenmanagement zwischen G20 und UN	34
1. Aufwertung der G20.....	34
2. Renaissance des IWF	38
3. Ambivalente Rolle der UN	40
III. Wege aus der Entwicklungskrise	44
1. Effektive Regeln gegen den Casino-Kapitalismus	46
2. Reformen im globalen System der Wirtschafts- und Finanzinstitutionen	47
3. Mehr Geld für öko-soziale Entwicklungsprogramme	48
4. Weltweite Schritte zum ökologischen Wohlfahrtsstaat.....	50
5. Wende zu einem ganzheitlichen, rechtebasierten Entwicklungsmodell.....	51
Literatur	54
Abkürzungsverzeichnis.....	63

Textkästen, Tabellen und Grafiken

Kasten 1:	Sambias Abhängigkeit vom Kupferpreis	9
Kasten 2:	Kenia im Klammergriff der Ernährungskrise.....	13
Kasten 3:	Rückgang der Exportgüternachfrage: Kambodschas Textilindustrie trifft es hart.....	16
Kasten 4:	Beispiel Honduras: Sinkende Rücküberweisungen verschärfen die Krise	21
Kasten 5:	Folgen der Krise: Wachsende Finanzierungslücke bei der Behandlung von HIV und Aids	24
Kasten 6:	Die Kleinsten sind die größten Verlierer – Kinder brauchen einen Schutzschirm gegen die Krise	25
Kasten 7:	Genderaspekte der Finanzkrise: Frauen zwischen Existenzkrise und Krisenausgleich	33
Kasten 8:	Die ILO-Initiative für einen globalen Beschäftigungspakt	35
Kasten 9:	Grundwerte für die internationalen Beziehungen im 21. Jahrhundert	53
Tabelle 1:	Rücküberweisungen von ArbeitsmigrantInnen in Entwicklungs- und Schwellenländer	19
Tabelle 2:	Entwicklungsländer mit hohem Schuldenrisiko	22
Tabelle 3:	Zwei Billionen US-Dollar zur Ankurbelung der Konjunktur	29
Tabelle 4:	Die G20-Mitglieder und Beobachter	37
Tabelle 5:	Stand-by-Kredite des IWF	39
Grafik 1:	Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe.....	7
Grafik 2:	Zahl der Hungernden weltweit (1990-2009)	10
Grafik 3:	Regionale Verteilung der von Unterernährung betroffenen Menschen 2009.....	11
Grafik 4:	Nahrungsmittelpreisindex der FAO 2000-2009	11
Grafik 5:	Weltweite Güterexporte 2005-2009	14
Grafik 6:	Private Nettokapitalflüsse in Entwicklungs- und Schwellenländer	17
Grafik 7:	Ökonomische Bedeutung der Rücküberweisungen für die am stärksten betroffenen Länder	21
Grafik 8:	Überschuldungsrisiko der Länder mit niedrigem Einkommen.....	23
Grafik 9:	Was nötig wäre: zusätzlicher Finanzbedarf zur Sicherung prioritärer Staatsausgaben in den Entwicklungsländern	27

Einleitung: Krise – welche Krise?

Das Schlimmste scheint überstanden zu sein. Ein Jahr nach dem „Ausbruch“ der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise im Spätsommer 2008 stehen die Zeichen in Deutschland wie in den meisten anderen Industrieländern auf Erholung. Die wirtschaftliche Talfahrt scheint gestoppt, der Geschäftsklimaindex des Münchner Ifo-Instituts erreichte im Oktober 2009 den höchsten Stand seit dem Frühjahr 2008. Internationale Großbanken wie Goldman Sachs oder die Deutsche Bank weisen wieder Quartalsgewinne in Milliardenhöhe aus. Als ob es die Krise nie gegeben hätte, spekulieren Hedge-Fonds erneut auf den internationalen Finanzmärkten, indem sie sich beispielsweise US-Dollars zum derzeit historisch niedrigen Zinssatz leihen, um sie in anderen Währungen zu höheren Zinsen anzulegen, wie etwa dem brasilianischen Real.

Während die Finanzminister der G20 bereits über „Exit-Strategien“, das heißt über den Ausstieg aus den expansiven fiskal- und geldpolitischen Konjunkturprogrammen, beraten, haben die Tsunami-Wellen der globalen Krise viele Entwicklungs- und Schwellenländer erst zeitlich verzögert, dafür aber nun mit voller Wucht erfasst. Im Laufe des Jahres 2009 korrigierten Vereinte Nationen, Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) ihre Wirtschaftsprognosen für Afrika, Asien und Lateinamerika nahezu im Monatstakt nach unten.

Welches Ausmaß die Krise für die Länder des globalen Südens hat, ist noch immer kaum absehbar. Fest steht, dass anfängliche Prognosen falsch waren, die Krise würde gerade die armen Länder verschonen, weil diese von den globalen Finanzmärkten ohnehin weitgehend abgekoppelt wären. Zwar waren diese Länder von der Finanzkrise nicht unmittelbar betroffen, aber die indirekten Effekte, wie die sinkende Nachfrage nach Exportprodukten, der Einbruch vieler Rohstoffpreise und der Rückgang der Überweisungen von ArbeitsmigrantInnen in ihre Heimat, treffen viele dieser Länder nun besonders heftig.

Die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Krise sind für die Menschen in den Entwicklungs- und Schwellenländern dramatisch. Armut, Arbeitslosigkeit und Hunger steigen massiv an. Frauen und Kinder sind davon überproportional betroffen. Die Hauptleidtragenden der Krise sind damit ausgerechnet diejenigen, die sie am wenigsten zu verantworten haben. Die Chance, die international vereinbarten Entwicklungsziele, einschließlich der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs), wie

geplant bis zum Jahr 2015 zu verwirklichen, rückt in immer weitere Ferne.

Dass die Menschen in vielen Ländern des Südens die Ausläufer der Wirtschafts- und Finanzkrise stärker zu spüren bekommen als die Menschen in den reichen Industrieländern, hat vor allem drei Gründe:

- Viele der ärmsten Länder des Südens befinden sich in einer sozialen, ökonomischen und politischen Dauerkrise, die durch die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise noch verstärkt wird. Sie sind aufgrund ihrer strukturellen Schwächen für exogene Schocks verwundbarer und leiden länger unter den Folgen der Krise.
- Die reicheren Länder können es sich leisten, die Krise sozial und ökonomisch abzufedern. Sie verfügen über umfassende soziale Sicherungssysteme, haben finanzielle Rettungsschirme für ihren Bankensektor aufgespannt und zur Unterstützung der Wirtschaft Konjunkturprogramme in vierstelliger Milliardenhöhe aufgelegt. Den meisten Ländern des Südens fehlt der finanzielle Spielraum für derartige Maßnahmen.
- Die Rettungsschirme und Konjunkturprogramme der Industrie- und Schwellenländer verschaffen den dortigen Banken und Unternehmen Wettbewerbsvorteile gegenüber ihren ohnehin oft schwachen Konkurrenten in den Entwicklungsländern. Sie verschärfen damit die Disparitäten zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, aber auch zwischen den ärmeren Entwicklungsländern und Schwellenländern wie China.

Verschärft wird die Situation in vielen Ländern durch das Zusammenfallen der Weltwirtschaftskrise mit der unbewältigten Welternährungskrise und der immer deutlicher spürbaren Weltklimakrise, deren Anzeichen sich unter anderem im beschleunigten Abschmelzen der Polarkappen, Dürrekatastrophen in Ostafrika und verheerenden Überschwemmungen in Südostasien zeigen. Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) haben angesichts dieser Krisen für die Länder des Südens bereits symbolisch den „Entwicklungsnotstand“ (*development emergency*) ausgerufen.¹

¹ So der Titel des diesjährigen Global Monitoring Reports der Weltbank, vgl. World Bank (2009e).

Diese Krisen dürfen nicht isoliert voneinander betrachtet werden. Häufig bestehen Wechselwirkungen, so zum Beispiel in Kenia, wo 2009 Dürrekatastrophen mit hohen Nahrungsmittelpreisen und sinkenden Staatseinnahmen zusammenfielen. Die globale Dreifachkrise hat ihre gemeinsamen Wurzeln in einem Entwicklungsmodell, das allzu lange auf wirtschaftliches Wachstum und deregulierte Märkte als Triebkräfte für Entwicklung gesetzt hat. Die gegenwärtige Krise ist damit mehr als nur ein zyklisch auftretendes Wesensmerkmal der globalisierten Marktwirtschaft. Wir haben es vielmehr zu tun mit einer Krise des vorherrschenden Entwicklungsmodells.

Im Folgenden geben wir zunächst einen umfassenden Überblick über die unterschiedlichen direkten und indirekten Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise in den Entwicklungsländern. Dabei geht es sowohl um die makroökonomischen Auswirkungen als auch um die sozialen Folgen der Krise. Im zweiten Teil beschreiben wir, wie die Regierungen auf internationaler Ebene auf die Krise reagiert haben. Im Zentrum stehen dabei das Krisenmanagement der G20 und die Aktivitäten im Rahmen der Vereinten Nationen. Vor diesem Hintergrund leiten wir im dritten Teil Schlussfolgerungen und Empfehlungen an die Adresse von Politik und Zivilgesellschaft ab. Was muss auf internationaler Ebene getan werden, um die Folgen der Krise in den Ländern des Südens zu überwinden und die Gefahr zukünftiger Krisen zu reduzieren?

I. Auswirkungen der Krise im globalen Süden

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas auf unterschiedliche Weise getroffen. Zum Teil werden die Folgen erst mit erheblicher Zeitverzögerung sichtbar. Die Rohstoffpreise sind eingebrochen und erholen sich erst langsam, die Nachfrage nach Exportgütern sank massiv. Private Kapitalflüsse in die Entwicklungs- und Schwellenländer sind ebenso zurückgegangen wie die Überweisungen von ArbeitsmigrantInnen in ihre Heimatländer. Die Verschuldungsindikatoren vieler Länder verschlechterten sich als Folge der wirtschaftlichen Rezession. Eine neue Schuldenkrise droht. In vielen Entwicklungsländern wachsen die Haushaltslöcher. In Kernbereichen der sozialen Grundversorgung, allen voran Bildung und Gesundheit, sind Mittelkürzungen zu befürchten. Die sozialen Folgen der Krise sind dramatisch: Das Pro-Kopf-Einkommen sinkt, Armut, Arbeitslosigkeit und Hunger nehmen zu. Frauen und Kinder sind davon besonders betroffen.

1. Sinkende Rohstoffpreise – sinkende Staatseinnahmen

Die Preise auf den Rohstoffmärkten sind von ihrem Rekordniveau Mitte 2008 drastisch abgestürzt. Seit dem zweiten Quartal 2009 steigen die Preise zwar wieder langsam an, sie liegen aber noch immer rund 40 Prozent unter ihrem Rekordstand vom Juli 2008 (Stand November 2009, vgl. Grafik 1).

Einen erheblichen Anteil hatte der vorübergehende Einbruch der Ölpreise. Er mag die erdölexportierenden Länder kurzfristig freuen, bedeutet gleichzeitig jedoch für erdölexportierende Staaten wie Angola, Nigeria und Venezuela erhebliche Einnahmeausfälle. Auf den ersten Blick scheinen die rohstoffimportierenden Länder von den Preissenkungen zu profitieren. Insbesondere die Schwellenländer in Asien zählten zu den Nutznießern des Ölpreisverfalls. Sie verzeichneten da-

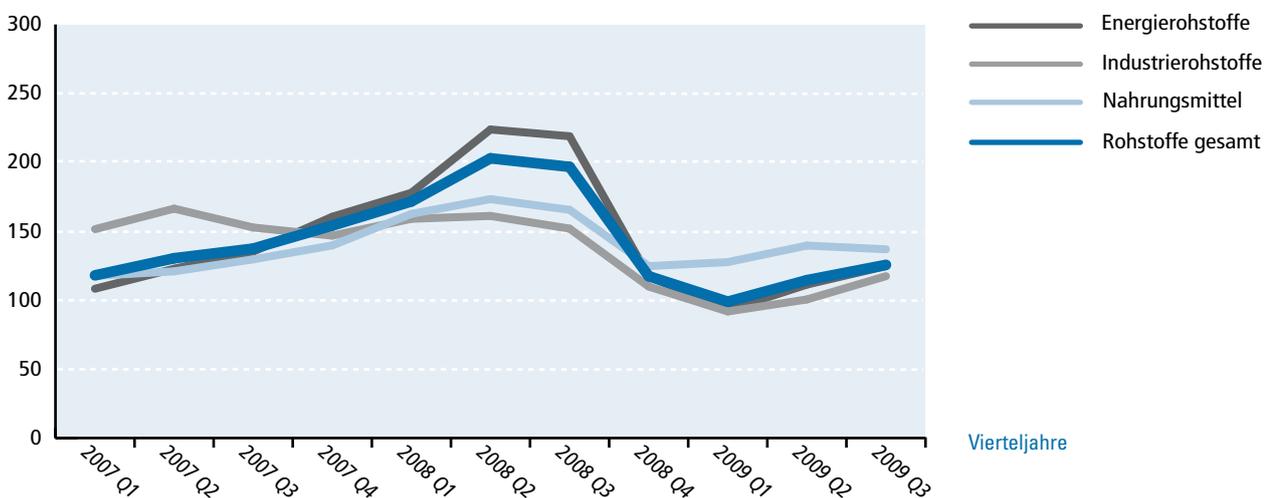
durch einen Zuwachs ihres Bruttoinlandsproduktes (BIP) um zwei Prozent.² Die Einsparungen beim Öl gingen allerdings einher mit gesunkenen Preisen für andere zu exportierende Primärgüter, von denen viele der ölimportierenden Länder abhängig sind. So sind beispielsweise die Preise für Kaffee, Kakao, Baumwolle und auch Holz ebenfalls massiv gefallen. Das bedeutet: Gerade die ärmeren ölimportierenden Länder, die auf den Export einzelner Rohstoffe oder Agrarprodukte angewiesen sind, profitierten von der Ölpreissenkung kaum.

Das Problem besteht aber auch in umgekehrter Richtung: Als 2008 die Rohstoffpreise explodierten, bedeutete dies für die Ölexportländer zwar höhere Einnahmen, zugleich aber auch höhere Kosten für Nahrungsmittelimporte. So hatten die armen Bevölkerungsgruppen in Nigeria 2008 massiv unter den hohen Preisen für Grundnahrungsmittel zu leiden, während die Petrodollars nur so sprudelten.

Grafik 1

Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe

(Indices auf Basis von US-Dollar, 2005 = 100)



Quelle: Internationaler Währungsfonds. 4. Dezember 2009 (www.imf.org/external/np/res/commod/table1a.pdf)

² World Bank (2009h), S. 6.

In mehr als 90 Entwicklungsländern macht der Verkauf von Rohstoffen über 50 Prozent der Exporteinnahmen aus. Insbesondere die Länder mit niedrigem Einkommen haben noch immer ein sehr einseitiges Exportprofil. So bestehen in diesen Ländern 70 Prozent der Exporte aus Primärgütern.³ In einigen der Länder tragen Erdölexporte zu mehr als der Hälfte der Staatseinnahmen bei: Dazu gehören die Republik Kongo, Äquatorialguinea, Gabun und Nigeria.⁴ In Tadschikistan werden rund 20 Prozent der Staatseinnahmen durch die Exportproduktion von Baumwolle und Aluminium erzielt. In der Elfenbeinküste basiert rund ein Fünftel der Staatseinnahmen allein auf dem Kakaoexport.⁵ In diesen Ländern führen sinkende Exporteinnahmen automatisch auch zu einem Rückgang der Staatseinnahmen. Dabei waren in einigen afrikanischen Ländern diese Einnahmen infolge des Rohstoffbooms der vorausgegangenen Jahre erst mühsam gestiegen.

Doch nicht nur der Verfall der Rohstoffpreise, sondern auch die insgesamt gesunkene Nachfrage nach Primärgütern ist ein Problem für die vom Rohstoffexport abhängigen Volkswirtschaften. Da zum Beispiel in vielen Ländern – insbesondere in China – infolge der Finanzkrise die Bautätigkeit massiv eingeschränkt wurde, ist auch die Nachfrage nach den für diesen Sektor nötigen Rohstoffen wie Eisenerz und Kupfer gesunken.⁶ Die gesunkenen Rohstoffpreise führten gelegentlich wiederum zu (spekulativen) Vorratskäufen, von denen vor allem Rohstoffhändler und Bauunternehmen in denjenigen Industrie- und Schwellenländern profitieren, in denen umfassende Konjunkturprogramme auch der Baubranche zu Gute kommen. So sind die Nutznießer der eingebrochenen Rohstoffpreise einmal mehr die reicheren Volkswirtschaften.

Dass mittlerweile wieder ein Aufwärtstrend bei den Rohstoffpreisen eingesetzt hat, ist für die Exportländer im Süden kein Grund zur Entspannung. Denn zum einen demonstriert er, wie

verwundbar diese Länder gegenüber Preisschwankungen auf den internationalen Rohstoffmärkten sind, und wie unzuverlässig damit diese Einnahmequelle für die Haushalte der vom Rohstoffexport abhängigen Länder ist.

Zum anderen geht der Aufwärtstrend nicht automatisch mit einem proportionalen Wiederanstieg der Staatseinnahmen einher. Denn häufig reagierten die von den Rohstoffexporten abhängigen Regierungen in ihrer Fiskalpolitik prozyklisch, das heißt, sie reduzierten angesichts des Preisverfalls und Nachfragerückgangs Steuern und Förderzinsen, um die Investoren im Land zu halten, und verschärften damit die Einnahmenverluste für den Staat (vgl. Kasten 1 zu Sambia). Zugleich fehlt den meisten Regierungen die Flexibilität, um auf Trendwenden und Preissteigerungen umgehend zu reagieren. Mechanismen der konsequenteren Gewinnabschöpfung und höheren Besteuerung von Rohstoffunternehmen, beispielsweise durch eine *Windfall*-Steuer, die im Falle unerwarteter Gewinne für eine bestimmte Industrie erhoben werden kann, blieben bislang die Ausnahme. Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) raten vor diesem Hintergrund in ihrem Global Monitoring Report 2009, in Ländern, die stark vom Rohstoffexport abhängig sind, Stabilisierungsfonds einzurichten.⁷

Notwendig wäre darüber hinaus eine stärker diversifizierte Exportgüterpalette bei gleichzeitiger Stärkung der Binnen- nachfrage und einer höheren landwirtschaftlichen Eigenversorgung. Dies würde die Widerstands- und Anpassungsfähigkeit gegenüber exogenen Krisen erhöhen.

³ IMF (2009d), S. 15.

⁴ World Bank (2009h), S. 4.

⁵ Ebd.

⁶ IMF (2009f), S. 54.

⁷ World Bank (2009e), S. 36.

Sambias Abhängigkeit vom Kupferpreis

Das Beispiel Kupfer demonstriert besonders gut die Volatilität der Rohstoffpreise und ihre Folgen für die öffentlichen Haushalte. Nachdem der Weltmarktpreis für Kupfer bis Mitte 2008 auf über 8.000 US-Dollar gestiegen war, brach er bis Ende 2008 auf unter 3.000 US-Dollar ein.⁸ Seitdem ist wieder ein Aufwärtstrend zu verzeichnen, der insbesondere auf umfangreiche Vorratskäufe Chinas zurückzuführen ist.⁹ Im Dezember 2009 durchbrach der Weltmarktpreis wieder die Schwelle von 7.000 US-Dollar.

Sambia ist in erheblichem Maße von der Kupferproduktion abhängig. Rund 64 Prozent der Exporterlöse stammten 2008 aus dem Verkauf von Kupfer.¹⁰ Als Folge der globalen Wirtschaftskrise sanken sie 2009 um 30,5 Prozent (2008: 4,0 Mrd. US-Dollar, 2009: 2,8 Mrd. US-Dollar), einige Kupferminen wurden (vorübergehend) geschlossen, 8.500 Beschäftigte wurden arbeitslos.¹¹ So schloss zum Beispiel im Dezember 2008 die Luanshya Copper Mines. Über 1.500 Bergleute verloren dadurch ihre Arbeit. Die Stadt Luanshya lebte vom Bergbau. Die Schließung traf nicht nur die Minenarbeiter, sondern auch Zulieferer, Geschäfte, soziale Einrichtungen wie Kindergärten und kleine Bibliotheken.¹² Im Juni 2009 wurden die Minen von der China Nonferrous Mining Corporation übernommen. Sie kündigte Investitionen in Höhe von 400 Millionen US-Dollar und die Wiedereinstellung entlassener Arbeiter an.¹³

Sambias Staatseinnahmen beruhen zu einem erheblichen Teil auf der Kupferproduktion. Als Reaktion auf den Einbruch der Kupferpreise setzten die ausländischen Investoren die sambische Regierung unter Druck, die sog. *Windfall*-Steuer zurückzunehmen, die diese zur Zeit des expandierenden Kupferpreises Anfang 2008 eingeführt hatte. Die *Windfall*-Steuer wurde auf die außerordentlichen Zusatzgewinne erhoben, die die Kupferkonzerne verzeichneten. Dem Druck der ausländischen Investoren hielt die Regierung nicht stand und nahm im Januar 2009 die noch junge Steuer wieder zurück. Die Regierung ging sogar noch weiter, senkte den Steuersatz für Dieseltreibstoff von 30 auf sieben Prozent und schaffte Zölle für verschiedene Kupferprodukte ganz ab.¹⁴

Die Kombination aus verminderten Exporten, dem gesunkenen Kupferpreis und niedrigeren Staatseinnahmen, verstärkt durch den Wegfall der *Windfall*-Steuer, riss ein großes Loch in den öffentlichen Haushalt. Die Einnahmen sanken 2009 gegenüber den ursprünglichen Planungen um 13,2 Prozent. Als Folge musste die Regierung zusätzliche inländische Schulden aufnehmen und ihre Ausgaben um 8,3 Prozent kürzen.¹⁵ Davon betroffen war unter anderem das Gesundheitssystem.

⁸ Vgl. www.finanzen.net/rohstoffe/kupferpreis/historisch.

⁹ Vgl. www.hwwi.org/HWWI-Rohstoffpreisin.6085.0.html

¹⁰ Vgl. www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/za.html

¹¹ Bis Oktober 2009 wurden rund 1.500 Bergleute wieder neu eingestellt. Vgl. die Haushaltsrede des sambischen Finanzministers Situmbeko Musokotwane vor der Nationalversammlung am 9. Oktober 2009 (www.scribd.com/doc/20851812/Zambia-Budget-2010).

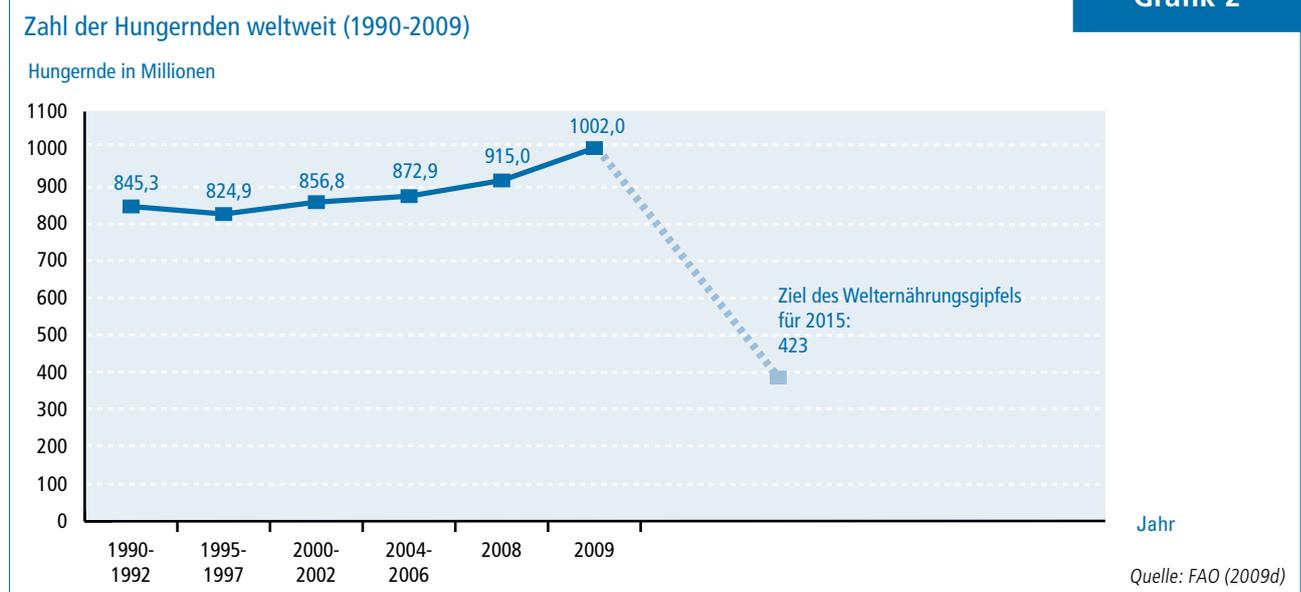
¹² Vgl. Möllers, Hein (2009): Am Kupfer hängt alles - auch die Politik. In: *afrika süd - zeitschrift zum südlichen afrika*, Nr. 2, März/April (www.issa-bonn.org/publikationen/2-09moll.htm).

¹³ Research and Markets (2009): Zambia Mining Report Q4 2009 (www.researchandmarkets.com/reports/1091134).

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Vgl. www.scribd.com/doc/20851812/Zambia-Budget-2010.

Grafik 2



2. Keine Entwarnung in der globalen Ernährungskrise

Die Zahl der Menschen, die an Unterernährung leiden, ist im Jahr 2009 auf über eine Milliarde gestiegen – die höchste Zahl in der Menschheitsgeschichte.¹⁶ Gegenüber dem Jahr 2008 hat sich die Zahl damit nochmals um fast 100 Millionen erhöht. Betroffen sind vor allem Landlose in ländlichen Gebieten, die städtischen Armen sowie alleinerziehende Frauen und ihre Kinder. Das Millenniumsentwicklungsziel, den Anteil der Hungernden gegenüber 1990 bis zum Jahr 2015 zu halbieren (MDG 1), ist damit in weite Ferne gerückt (s. Grafik 2).

Die Mehrheit der Hungernden lebt mit 642 Millionen in Asien und dem pazifischen Raum. In Subsahara-Afrika sind 265 Millionen von Unterernährung betroffen. Und auch in den Industrieländern ist als Folge der Krise die Zahl der Hungernden um 15,4 Prozent gestiegen (vgl. Grafik 3).

Die Weltmarktpreise für Nahrungsmittel waren zwar von ihrem Rekordhoch im Juni 2008 bis zum Februar 2009 um 35 Prozent gesunken, seitdem sind sie aber wieder kontinuierlich angestiegen und liegen noch immer weit über dem Niveau der Jahre vor 2007 (vgl. Grafik 4). Mit den Preisen nahm auch der Hunger weiter zu. Ein zentraler Grund für die Preisschwankungen waren die Spekulationen an den Rohstoffbörsen.¹⁷

Die ärmsten Entwicklungsländer, die Nettonahrungsmittelimporteure sind, sind von den Schwankungen der Weltmarktpreise besonders betroffen (s. Kasten 2 – Kenia). Ihre Abhän-

gigkeit von Nahrungsimporten ist im Laufe der Jahre erheblich gestiegen: Bereits in den Jahren 2005-2006 mussten elf afrikanische Staaten mindestens die Hälfte ihres Getreidebedarfs aus dem Ausland zukaufen.¹⁸ Die Ausgaben für Lebensmittelimporte sind in den Nettoimportländern mit niedrigem Einkommen zwischen 2000 und 2008 um das Vierfache gestiegen.¹⁹ Die Welternährungsorganisation (FAO) befürchtet, dass diese Länder angesichts sinkender Deviseneinnahmen infolge der globalen Finanzkrise die Einfuhr von Nahrungsmitteln reduzieren müssen, was die Ernährungssicherheit ihrer Bevölkerung zusätzlich gefährdet.²⁰

Doch Hunger ist nicht allein eine Frage steigender Preise oder mangelnden Geldes. Auch eine Rekorderte wie im Jahr 2008 schützt nicht vor Unterernährung. Die globale Ernährungskrise hat viele Ursachen. Eine davon ist die seit Jahrzehnten handelsverzerrende Zoll- und Subventionspolitik der Industrieländer.²¹ Die bekanntesten Beispiele sind die Milch- und Zuckersubventionen der EU und der Baumwoll- und Reisprotektionismus der USA. Für afrikanische oder asiatische Märkte bedeutet das damit verbundene Preisdumping oftmals die Zerstörung der einheimischen Agrarproduktion.

Die massiv anwachsende Produktion von Agrotreibstoffen hat zusätzlich zur Ernährungskrise beigetragen. Der Boom in diesem Bereich ist nach Einschätzung der FAO auch Grund dafür, dass die Weltmarktpreise langfristig nicht mehr sinken werden.²² Der Raubbau landwirtschaftlicher Flächen für die Agrotreibstoffgewinnung zerstört oftmals die Grundlage für die kleinbäuerliche Lebensmittelproduktion. Diese Flächen

¹⁶ Vgl. FAO (2009d), S. 10f.

¹⁷ Vgl. Wahl (2008b).

¹⁸ Vgl. FAO (2009d), S. 22.

¹⁹ Vgl. FAO (2008a), S. 90.

²⁰ Vgl. FAO (2009d), S. 22.

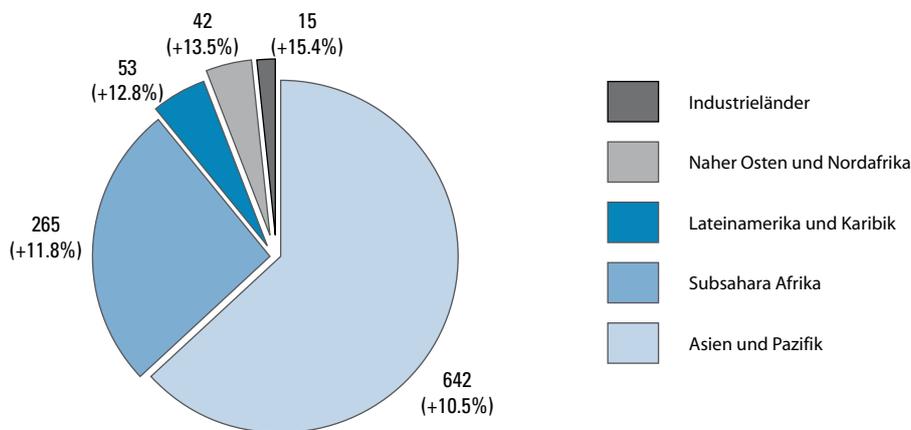
²¹ Vgl. World Bank (2009e), S. 141.

²² Vgl. FAO (2009d), S. 4 und 12.

Grafik 3

Regionale Verteilung der von Unterernährung betroffenen Menschen 2009

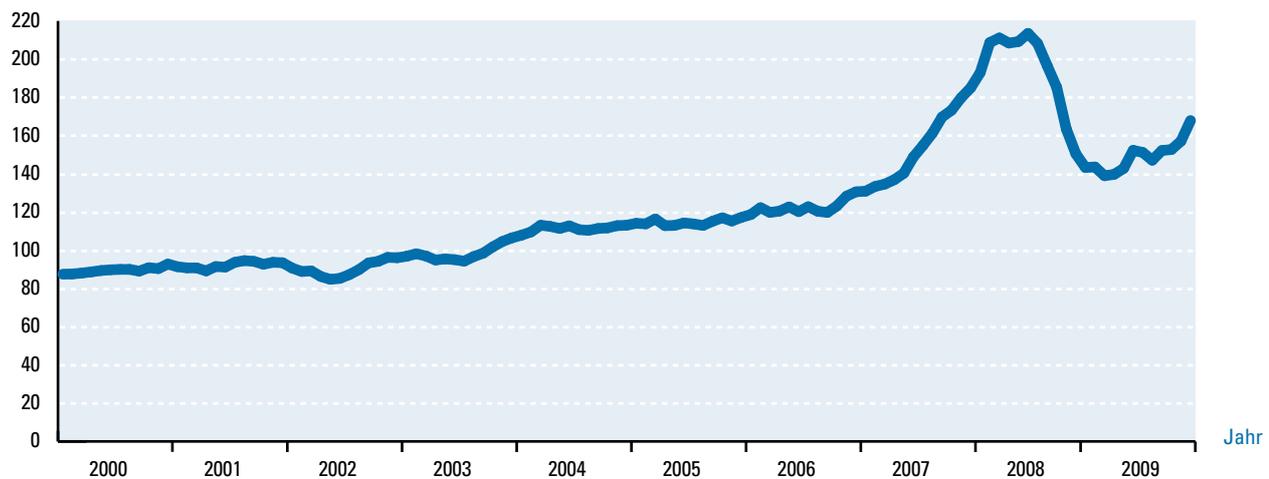
(in Millionen und Anstieg gegenüber 2008 in Prozent)

Quelle: FAO (www.fao.org/hunger/hunger_graphics/en/9)

Grafik 4

Nahrungsmittelpreisindex der FAO 2000-2009

2002-2004 = 100

Quelle: FAO Food Price Indices (www.fao.org/worldfoodsituation/FoodPricesIndex/en)

fehlen für die Produktion von lebensnotwendigen Nahrungsmitteln. Inzwischen werden bereits elf Prozent der globalen Maisproduktion für die Herstellung von Agrotreibstoffen verwendet, 60 Prozent der weltweiten Rapsenernte wird zu Biodiesel verarbeitet. 70 Prozent des Preisanstiegs von Mais ist nach Weltbankangaben auf die gestiegene Nachfrage nach Agrotreibstoffen zurückzuführen.²³

Ein zusätzliches Problem besteht in der fortschreitenden Landnahme (*land grabbing*) durch ausländische Investoren, vor allem in afrikanischen Ländern wie Kenia, Madagaskar, Mosambik oder dem Sudan. Nach Schätzung von Experten

wurden seit 2006 20 Millionen Hektar fruchtbares Ackerland von ausländischen Investoren in Afrika gekauft oder gepachtet. Insbesondere Hirtenvölker und Kleinbauern sind von Vertreibung bedroht.²⁴ In Madagaskar plante der südkoreanische Konzern Daewoo rund 50 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Fläche des Landes aufzukaufen, um dort Mais und Palmöl für den Export zu produzieren – und dies, obwohl Madagaskar zu den ärmsten Ländern der Welt zählt und Grundnahrungsmittel importieren muss. Nach heftigen Protesten der Bevölkerung scheiterte dieser Deal zwar vorläufig, der Ausverkauf des Landes an ausländische Investoren geht aber weiter.²⁵

²³ Vgl. World Bank (2009e), S. 141.

²⁴ Vgl. Schwab, Tobias (2009): Landkauf in Entwicklungsländern - Reiche Ernte. In: FR online, 24. August 2009 (www.fr-online.de/top_news/1898828_Landkauf-in-Entwicklungslaendern-Reiche-Ernte.html).

²⁵ Ebd.

Im Zuge der globalen Wirtschaftskrise hat sich dieser Trend verschärft. Zum einen versuchen Regierungen durch die Landverkäufe ihre leeren Kassen aufzufüllen, zum anderen sind Finanzinvestoren nach den Turbulenzen auf den Finanzmärkten auf der Suche nach gleichermaßen stabilen wie profitablen Anlagemöglichkeiten. Angesichts von Bevölkerungswachstum, Klimawandel und Nahrungsmittelknappheit versprechen Investitionen in Agrarland langfristig sichere Gewinne.²⁶

Viele kleinbäuerliche Betriebe kämpfen als Folge von Wirtschafts- und Ernährungskrise um das Überleben. Die meisten Kleinbauern sind vergleichsweise arm und müssen neben ihrer geringen Eigenproduktion Nahrungsmittel dazu kaufen. Die gestiegenen Preise bedeuteten für sie also selten (Netto-) Mehreinnahmen, da sie hohe Kosten für die benötigten Vorprodukte haben und zur eigenen Versorgung teurere Lebensmittel zukaufen müssen. Zudem sind die Preise für Düngemittel

um bis zu 160 Prozent gestiegen, und damit stärker als die Preise für landwirtschaftliche Produkte.²⁷ Selbst mithilfe von staatlichen Subventionen für Düngemittel, wie beispielsweise in Ghana, können es sich ärmere Landwirte nicht mehr leisten, den verteuerten Dünger zu kaufen.²⁸ Dies gefährdet ihren ohnehin geringen Ertrag.

Die derzeitigen Entwicklungen sind eine Bedrohung für Millionen von Menschen in Entwicklungsländern und eine maßgebliche Beschneidung des Menschenrechts auf Nahrung. Dieses wurde bereits 1966 von der UN-Generalversammlung verabschiedet und bezieht sich auf die ausreichende Verfügbarkeit, diskriminierungsfreie Zugänglichkeit und die angemessene Qualität von Nahrung. Durch die Finanzkrise, den Klimawandel und den massiven Anstieg der Lebensmittelpreise rückt die Durchsetzung dieses Menschenrechts in immer weitere Ferne.

²⁶ Vgl. dazu Grain (2008).

²⁷ FAO (2009c), S. 30 und 35.

²⁸ FAO (2009d), S. 25.

Kenia im Klammergriff der Ernährungskrise

Das ostafrikanische Kenia zählt zu den Ländern, die von der globalen Ernährungskrise besonders betroffen sind. Trotz zwischenzeitlich sinkender Nahrungsmittelpreise sah sich die kenianische Regierung im Januar 2009 gezwungen, den nationalen Notstand auszurufen: Rund 3,5 Millionen Menschen benötigten zu diesem Zeitpunkt Nahrungsmittelhilfe.²⁹ Seitdem hat sich die Situation weiter verschlechtert. Die Ernährungskrise in Kenia ist gezeichnet von verschiedenen Faktoren:

- Obwohl der Weltmarktpreis für Öl gegenüber seinem bisherigen Höchststand im Jahr 2008 gesunken ist, liegt er noch weit über dem Niveau vor der Ernährungskrise und verteuert damit auch die Nahrungsmittel. Allein der Maispreis hat sich seit 2007 verdoppelt.³⁰ Mais ist vor allem für die armen Bevölkerungsgruppen in Kenia ein substantieller Bestandteil ihrer täglichen Ernährung.
- Kenia ist von Nahrungsmittelimporten abhängig. Das Zusammentreffen von gestiegenen Nahrungsmittelpreisen und gleichzeitigen Finanzierungsengpässen des Staates infolge der Weltwirtschaftskrise zwang die Regierung, die Einfuhr von Lebensmitteln einzuschränken. Davon sind die Ärmsten der Armen, insbesondere Frauen und Kinder, am stärksten betroffen.
- Durch die anhaltende Dürre haben Bauern wenige Möglichkeiten, eigenständig Nahrungsmittel zu produzieren. Die Ernährungssicherheit vieler Kenianer hängt zudem stark von der Viehzucht und der Produktion tierischer Produkte ab. Die Futtermittelverfügbarkeit ist durch die Trockenheit sehr gering. Schwäche, Krankheit und Tod der Tiere sind die Folgen.
- Der Preis für Trinkwasser ist in Nairobi um bis zu 114 Prozent gestiegen.³¹ Durch die Trockenheit in dem Land wird der Zugang immer schwieriger, und auch die Qualität des Wassers verringert sich. Besonders schwächere Menschen wie Kinder und Alte leiden dadurch unter Durchfallkrankheiten, welche die Nahrungsaufnahme des Körpers weiter einschränken.
- Der Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen ist bedroht. Durch den fortwährenden Zustrom von Flüchtlingen aus Somalia geraten die bereits knappen natürlichen Ressourcen weiter unter Druck. Auch störten Unruhen und Gewalttätigkeiten Anfang 2008 die landwirtschaftliche Nutzung des vorhandenen Landes. Um kurzfristig nötige Devisen zu erwirtschaften wurden 2009 dennoch Anteile der verbliebenen Maisvorräte exportiert.

Im September 2009 warnte das Welternährungsprogramm (World Food Programme, WFP) davor, dass ihm allein für die folgenden sechs Monate 230 Millionen US-Dollar fehlten, um die notwendigen Hilfsmaßnahmen in Kenia zu finanzieren – und das ausgerechnet zu einem Zeitpunkt größter Not in diesem Land.³²

²⁹ FAO (2009a), S. 4.

³⁰ FAO (2009a), S. 12.

³¹ Vgl. Oxfam GB (2009), S. 29.

³² Vgl. www.wfp.org/news/hunger-hotspots?tid=220.

3. Rückgang der Exportgüternachfrage

Als Folge der weltweiten wirtschaftlichen Rezession sank nicht nur die Nachfrage nach Rohstoffen sondern auch nach verarbeiteten Exportgütern. Nach einer langen Phase rasanten Wachstums hat sich der internationale Warenhandel 2009 erstmals seit 1982 verringert, nach Schätzungen der UN um elf Prozent.³³ Dies ist der stärkste Einbruch seit 80 Jahren.³⁴ Der Wert der weltweiten Güterexporte war im zweiten Quartal 2009 sogar 33 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor (vgl. Grafik 5).

UNCTAD erwartet, dass das Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern von 5,4 Prozent im Jahr 2008 auf 1,3 Prozent im Jahr 2009 sinkt. Regionen mit einer starken Abhängigkeit von Industriegüterexporten, insbesondere Südostasien und Mittelamerika, müssen sogar ein negatives Wachstum verzeichnen.³⁵

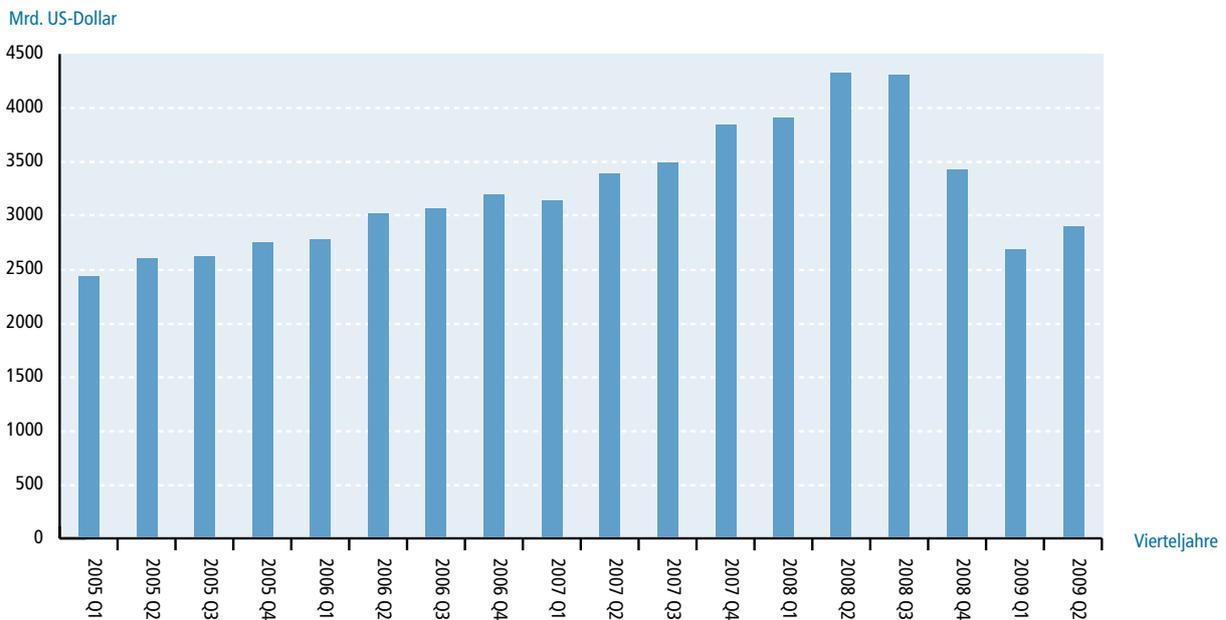
Besonders betroffen vom Nachfragerückgang sind solche Entwicklungs- und Schwellenländer, die jahrelang auf die

Exportindustrie als Motor ihrer wirtschaftlichen Entwicklung gesetzt haben.³⁶ IWF und Weltbank haben ihnen seit Anfang der 1990er Jahre häufig nahe gelegt, sich auf den verstärkten Ausbau ihrer Exportmärkte zu konzentrieren, um so ein rasches Wirtschaftswachstum und Deviseneinnahmen zu generieren. Nicht in allen Ländern ging dies einher mit einer nachhaltigen Industrialisierung und dem Ausbau einer weiterverarbeitenden Industrie.

Kern des Problems ist die hohe Abhängigkeit dieser Volkswirtschaften von den Exporteinnahmen. In vielen Schwellenländern haben die Güterexporte einen erheblichen Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP): In Singapur waren es 2008 67,4 Prozent, in Taiwan 65,9 Prozent, in Malaysia 48,5 Prozent, in Thailand 45,9 Prozent und in China 30,2 Prozent.³⁷ Das bedeutet für diese Länder zum einen eine starke Verwundbarkeit gegenüber Preis- und Wechselkursschwankungen auf den Weltmärkten; zum anderen deutet es auf eine gering ausgeprägte nationale und regionale industrielle Produktionsstruktur sowie einen vergleichsweise schwachen Binnenmarkt hin.

Grafik 5

Weltweite Güterexporte 2005-2009



Quelle: WTO (www.wto.org/english/res_e/statis_e/quarterly_world_exp_e.htm, dort finden sich auch methodische Erläuterungen zu den Zahlen)

³³ Vgl. UN (2009), S. 12.

³⁴ Vgl. World Bank (2009h), S. 4.

³⁵ Vgl. UNCTAD (2009e), S. 2.

³⁶ Vgl. World Bank (2009e), S. 113.

³⁷ Vgl. UNCTAD (2009e), S. 20.

Der Großteil der Güterexporte aus den Entwicklungsländern fließt in die USA, die EU und Japan – das heißt gerade in die Länder, in denen die Importnachfrage als Folge der Wirtschaftskrise eingebrochen ist. Im Jahr 2008 gingen 22 Prozent der Warenexporte aus Afrika allein in die USA, 39 Prozent der afrikanischen Exporte landeten in der EU.³⁸ Gleichzeitig macht der Süd-Süd-Handel nur zehn Prozent des Welthandels aus.³⁹

Als Folge der Wirtschaftskrise waren die Exporte aus Chile, den Philippinen und Singapur Anfang 2009 um über 40 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken, die chinesischen Exporte sanken im Februar 2009 um rund 26 Prozent. Dort haben Tausende von Firmen, unter anderem in den Exportförderzonen des Perlfussdeltas, ihre Tore geschlossen. Mindestens 25 Millionen WanderarbeiterInnen haben ihren Job verloren.⁴⁰ In Kambodscha traf es über 60.000 ArbeiterInnen in der Textilindustrie,⁴¹ in Indien wurden allein im letzten Quartal 2008 mehr als 500.000 Beschäftigte in der Exportindustrie arbeitslos.⁴²

Die globale Wirtschaftskrise hat erhebliche Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation in der Exportindustrie. Dies gilt insbesondere für die arbeitsintensive weiterverarbeitende

Industrie, wie z.B. die Textilbranche. Dort sind vor allem Frauen von der Krise betroffen, wie das Beispiel der Textilarbeiterinnen in Kambodscha zeigt (vgl. Kasten 3).

Kaum eines der exportorientierten Entwicklungsländer konnte den Rückgang der Auslandsnachfrage durch eine steigende Inlandsnachfrage kompensieren, da sowohl die Kaufkraft als auch die Nachfrage nach Industriegütern in den meisten Ländern ebenfalls gesunken ist. Die Krise böte für diese Länder die Chance, ihre Exportabhängigkeit zu reduzieren und in ihren Entwicklungsstrategien der Förderung der Binnen- nachfrage mehr Bedeutung beizumessen. Die chinesische Regierung hat zu diesem Zweck für die Jahre 2009 und 2010 ein Konjunkturprogramm im Umfang von vier Billionen Yuan (rund 432 Milliarden Euro) angekündigt, mit dem Investitionen in die heimische Infrastruktur, soziale Sicherung, Technologie, Umwelt und Bildung finanziert werden sollen.⁴³ In geringerem Umfang haben auch Südkorea, Indien, Thailand, Malaysia, die Philippinen und Vietnam derartige Investitionspakete beschlossen.⁴⁴ Die meisten Länder des Südens haben jedoch keinen finanziellen Spielraum für solche Konjunkturprogramme. Sie bräuchten dazu in erheblichem Umfang zusätzliche externe Finanzmittel.

³⁸ Vgl. www.wto.org/english/res_e/statis_e/its2009_e/its09_world_trade_dev_e.pdf

³⁹ Vgl. World Bank (2009h), S. 4.

⁴⁰ Vgl. Heidel/Wong (2009), S. 42.

⁴¹ Vgl. Better Factories Cambodia/ILO (2009b).

⁴² Vgl. World Bank (2009h), S. 9.

⁴³ Vgl. Economic Observer (2009).

⁴⁴ Vgl. UNCTAD (2009b), Pkt. 95.

Rückgang der Exportgüternachfrage: Kambodschas Textilindustrie trifft es hart

Vor der Krise

Kambodscha hat stark unter den Folgen des bis Ende der 1990er Jahre andauernden Bürgerkriegs gelitten und gehört heute zur Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder (LDCs). Mit Entwicklung und Ausbau des Textil- und Tourismussektors wuchs die Wirtschaft allerdings beträchtlich: Zwischen 2001 und 2004 verzeichnete sie ein Wachstum von durchschnittlich 6,4 Prozent, in den Jahren bis 2007 sogar von bis zu neun Prozent. Vor der globalen Finanzkrise hatte die Textilindustrie ungefähr 350.000 Angestellte. Sie trug zu mehr als 70 Prozent zu den kambodschanischen Exporten bei.⁴⁵

Kambodscha hat sich nicht nur wirtschaftlich entwickelt, sondern zur gleichen Zeit auch die Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie verbessert. Im Rahmen des ILO-Projekts *Better Factories Cambodia* (www.betterfactories.org), das aus einem Handelsvertrag zwischen den USA und Kambodscha aus dem Jahr 2001 hervorgegangen war, wurden die Arbeits- und Sozialstandards in Kambodschas Textilfabriken spürbar verbessert. Der Handelsvertrag mit den USA hatte Kambodscha Zugangserleichterungen zum amerikanischen Markt eingeräumt, wenn das Land sich gleichzeitig verpflichtete, die Arbeitsstandards im Textilektor zu verbessern. Nach Auslaufen des Vertrages Ende 2004 setzte die ILO das *Better Factories*-Projekt kontinuierlich fort.

Nach der Krise

Die globale Finanzkrise hatte gravierende Auswirkungen für die Textilindustrie in Kambodscha. Die Textilexporte in die EU sanken in der ersten Jahreshälfte 2009 um 9,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr, die Exporte in die USA brachen im gleichen Zeitraum sogar um 32,5 Prozent ein.⁴⁶ In der Folge wurden 49 der 307 Textilfabriken geschlossen, mehr als 60.000 Textilarbeiterinnen, 18 Prozent der Beschäftigten im Textilektor, verloren ihren Job (Stand: Juni 2009).

Gleichzeitig sanken die Nettolöhne der Beschäftigten, zum einen durch Lohnkürzungen, zum anderen durch den Abbau bezahlter Überstunden. Viele Arbeiterinnen waren dadurch nicht länger in der Lage, ihre Familien in den Provinzen finanziell zu unterstützen.⁴⁷ Parallel dazu gewährte die kambodschanische Regierung den Textilunternehmen eine Reihe von Steuervergünstigungen, darunter eine zweijährige Steuerbefreiung auf ihre Gewinne. Ob dies die ökonomische Lage der Branche und ihrer Beschäftigten signifikant verbessert, ist ungewiss.

Die Auswirkungen der Krise auf Frauen

92 Prozent der ArbeiterInnen in den Fabriken, die von *Better Factories Cambodia* überwacht werden, sind Frauen. Sie sind von der Krise am schlimmsten betroffen. Zahlreiche Textilarbeiterinnen sind in die Prostitution abgerutscht, weil sie entlassen worden waren oder als Folge der Krise immer länger für immer weniger Geld arbeiten mussten. Laut einer Umfrage des UN Inter-Agency Project on Human Trafficking (UNIAP) hatten von 357 befragten Prostituierten 60 zuvor in der Textilindustrie gearbeitet.⁴⁸

Es deutet alles darauf hin, dass die Finanzkrise nicht nur die kambodschanische Wirtschaft empfindlich trifft, sondern auch dramatische Auswirkungen auf das Leben der Frauen und ihrer Familien hat. Das Ziel menschenwürdiger Arbeit (*decent work*), das auch in den MDGs verankert ist, scheint wieder außer Reichweite zu rücken, obwohl Kambodscha mit dem *Better Factories*-Projekt gute Vorarbeit geleistet hatte.

⁴⁵ Vgl. UNOHRLLS (2008).

⁴⁶ Vgl. *Better Factories Cambodia*/ILO (2009a).

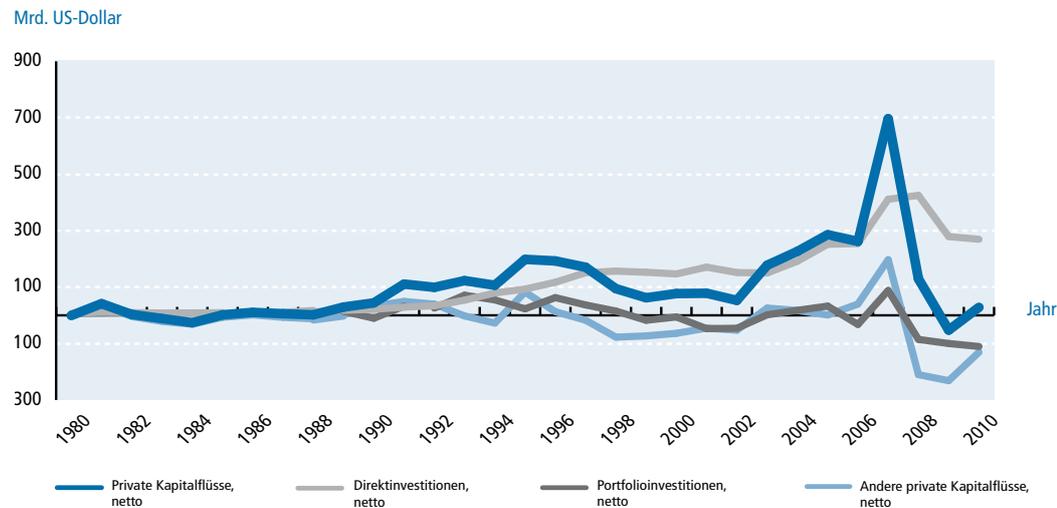
⁴⁷ Ebd.

⁴⁸ Vgl. UNIAP (2009), S. 3f.

Grafik 6

Private Nettokapitalflüsse in Entwicklungs- und Schwellenländer

(in Mrd. US-Dollar, 2009-2010 geschätzt)



Quelle: IMF: World Economic Outlook Database (Stand: Oktober 2009).

4. Abzug von Privatkapital und Rückgang der Direktinvestitionen

Die internationale Finanzkrise, die als Krise des Banken- und Kreditsystems in den USA begann, hatte unmittelbare Folgen für die weltweiten Kapitalflüsse. Die Entwicklungs- und Schwellenländer blieben davon nicht verschont. Der Zufluss an Bankenkrediten kam vorübergehend nahezu zum Erliegen. Institutionelle Investoren brachten ihr Anlagekapital zurück in die „sicheren Häfen“ des Nordens, um es dort anzulegen oder ihre eigenen Gläubiger und Anleger auszuzahlen. Transnationale Unternehmen froren als Reaktion auf die düsteren Geschäftsaussichten Investitionsvorhaben ein.

Als Folge der Krise änderten die privaten Nettokapitalflüsse in die Entwicklungs- und Schwellenländer im Jahr 2009 abrupt die Richtung. In diesem Jahr flossen nach Schätzungen des IWF 52,5 Mrd. US-Dollar an privatem Kapital (netto) aus diesen Ländern in die Industrieländer (vgl. Grafik 6). Eine solche Situation gab es nach den offiziellen Statistiken zuletzt 1984. Gegenüber dem Boomjahr 2007 brachen die Kapitalflüsse um über 750 Mrd. US-Dollar ein – und dies zu einer Zeit, in der die Länder des Südens zur Bewältigung der Krisenfolgen nicht weniger sondern mehr Kapital benötigten.⁴⁹

⁴⁹ Vgl. die aktualisierten Zahlen des Internationalen Währungsfonds vom Oktober 2009 in IMF (2009g), Tabelle A13. Im Frühjahr 2009 hatte der Fonds die Nettokapitalabflüsse aus den Entwicklungs- und Schwellenländern sogar noch auf 190,3 Mrd. US-Dollar geschätzt, s. IMF (2009f), Tabelle A13. Diese Zahlen beziehen sich nach der Klassifizierung des IWF auf 149 Länder. Darunter sind neben den „klassischen“ Entwicklungs- und Schwellenländern auch Länder Mittel- und Osteuropas, wie Polen und Ungarn, sowie die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion.

Angesichts ihres Kapitalmangels scheint es paradox, dass die **Devisenreserven** der Entwicklungs- und Schwellenländer auch 2009 weiter anstiegen. Der IWF schätzt den Zuwachs auf 360,2 Mrd. US-Dollar. Der Löwenanteil entfällt auf China. Die chinesischen Devisenreserven erreichten im Oktober 2009 das Rekordhoch von 2.273 Mrd. US-Dollar.⁵⁰ 65 Prozent davon werden in amerikanischer Währung gehalten. Um den Wertverlust ihrer Reserven durch Abwertung des US-Dollars zu verhindern, sieht sich die chinesische Regierung gezwungen, ihre Dollarbestände nicht nur zu halten, sondern weiter aufzustocken. Dies geschieht unter anderem in Form von US-Staatsanleihen. China hat seinen Bestand in nur zwölf Monaten um 180 Mrd. US-Dollar erhöht. Zwischen September 2008 und September 2009 stieg er von 618,2 auf 798,9 Mrd. US-Dollar.⁵¹ China leistet damit einen beachtlichen Beitrag zum schuldenfinanzierten Konjunkturprogramm der Obama-Administration.

Der amerikanische Weg der Bewältigung der Wirtschaftskrise blieb den meisten Entwicklungsländern verwehrt. Ihr Zugang zu den internationalen Kredit- und Anleihemärkten wurde durch die Krise eher erschwert. Dies gilt insbesondere für die **Kredite** privater Geschäftsbanken. Sie bestanden zwar einerseits auf der Rückzahlung ihrer Altkredite, waren aber andererseits nicht bereit, im gleichen Umfang neue Kredite zu vergeben – und wenn, dann nur mit erheblichen Risikoauflagen. Nach Berechnungen des Institute for International Finance (IIF) haben die Banken die Kredite, die allein an

⁵⁰ Vgl. www.bloomberg.com/apps/news?pid=20601068&sid=aly1jxf.uoA

⁵¹ Vgl. US Department of the Treasury/Federal Reserve Board: Major Foreign Holdings of Treasury Securities (www.treas.gov/tic/mfh.txt), wird monatlich aktualisiert.

Unternehmen und Regierungen in Schwellenländer flossen, von 410 Mrd. US-Dollar 2007 auf 167 Mrd. US-Dollar 2008 reduziert. Für 2009 sagte IIF einen Absturz auf minus 60 Mrd. US-Dollar voraus.⁵²

Parallel dazu sind die Risikoaufschläge für Staatsanleihen von Entwicklungs- und Schwellenländern an den internationalen Finanzmärkten 2008 in die Höhe geschossen und erst im Laufe des Jahres 2009 allmählich wieder zurückgegangen. Afrikanische Länder konnten 2008 infolge der globalen Kreditklemme überhaupt keine internationalen Anleihen ausgeben.⁵³ Kenia, Nigeria, Tansania und Uganda mussten Pläne zurückstellen, sich auf den internationalen Kapitalmärkten Mittel für dringend erforderliche Infrastrukturprojekte zu beschaffen.

Einen besonders massiven Rückgang erlebten die **Portfolioinvestitionen**, das heißt die Minderheitsbeteiligungen ausländischer Anleger in Aktien, Wertpapieren und Investmentzertifikaten von Firmen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Bereits im Jahr 2008 flossen 85,4 Mrd. US-Dollar (netto) an derartigem Anlagekapital aus dem Süden ab. Der IWF schätzt, dass sich dieser Trend in den Jahren 2009 und 2010 noch verstärkt. Nach seinen Kalkulationen werden 2009 Portfolioinvestitionen im Umfang von 99,8 Mrd. US-Dollar und 2010 im Umfang von 110,4 Mrd. US-Dollar aus diesen Ländern abgezogen.⁵⁴ Unter den ausländischen Anlegern spielen institutionelle Investoren, insbesondere Hedgefonds und Private Equity Fonds eine zentrale Rolle. Nach Angaben der Emerging Market Private Equity Association (EMPEA) stieg ihr Investitionsvolumen in Schwellenländern exponentiell von 5,8 Mrd. Dollar 2004 auf 66,5 Mrd. Dollar 2008.⁵⁵ Im ersten Halbjahr 2009 brachen die Kapitalzuflüsse um 52 Prozent ein. Besonders betroffen davon waren China und Indien, die dennoch die wichtigsten Märkte für Private Equity Fonds im Süden bleiben. Die Anlagestrategien dieser institutionellen Investoren sind zumeist hochspekulativ und zielen in der Regel darauf ab, aus Zinsen und Dividenden bzw. dem Wiederverkauf der Beteiligungen kurzfristige Gewinne zu erzielen. Die Volatilität dieser Kapitalströme ist entsprechend hoch und verschärfte die destabilisierenden Effekte der Finanzkrise.

Gegenüber den drastischen Reaktionen von Banken und institutionellen Anlegern auf die Krise blieben die Auswirkungen auf die **ausländischen Direktinvestitionen** (ADI) in den Entwicklungs- und Schwellenländern zunächst vergleichsweise gering. Transnationale Unternehmen fallen

ihre Investitionsentscheidungen über den Bau beziehungsweise die Übernahme von Fertigungsstätten oder über ganze Firmenfusionen längerfristig. Auf akute Wirtschaftskrisen reagieren sie daher mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung. Das erklärt, warum Direktinvestitionen in Entwicklungs- und Schwellenländern zwischen 2003 und 2008 kontinuierlich zugenommen haben. Erst 2009 ist ein Rückgang festzustellen. Europäische und amerikanische Investoren hielten sich angesichts der Rezession mit Übernahmeplänen oder dem Bau neuer Fabriken zurück. Betroffen davon sind nicht nur Länder wie China sondern auch kleinere Entwicklungsländer. So wurden beispielsweise in Laos und Mosambik Investitionsvorhaben ausländischer Unternehmen im Energie- und Bergbausektor verzögert oder ausgesetzt.⁵⁶ In der Demokratischen Republik Kongo haben die meisten ausländischen Investoren, die im Mienensektor tätig waren, das Land infolge der Wirtschaftskrise wieder verlassen, darunter auch zahlreiche chinesische Unternehmen. Insgesamt rechnet der IWF für 2009 mit einem Rückgang der ADI-Flüsse in Entwicklungs- und Schwellenländern um rund ein Drittel von 425 Mrd. auf 279 Mrd. US-Dollar (netto).⁵⁷ Damit floss in diesem Jahr allerdings noch immer mehr Investitionskapital in den Süden als in jedem Jahr vor 2007.

Die offiziellen Statistiken über die privaten Kapitalflüsse sagen allerdings nur die halbe Wahrheit, denn sie berücksichtigen nicht die **verdeckten Finanzflüsse** in Steueroasen und die Schattenfinanzzentren des Nordens.⁵⁸ Jahr für Jahr gehen den Entwicklungs- und Schwellenländern infolge von kriminellen Aktivitäten, Unterschlagung und Steuerflucht Gelder in mindestens dreistelliger Milliardenhöhe verloren. Eine umfangreiche Untersuchung des Washingtoner *Think Tanks* Global Financial Integrity (www.gfip.org) kommt zu dem Ergebnis, dass die illegalen Finanzflüsse (*illicit financial flows*) aus den Entwicklungs- und Schwellenländern zwischen 850 und 1.000 Mrd. US-Dollar pro Jahr liegen.⁵⁹ Die Autoren halten ihre Schätzungen für konservativ, weil sie u.a. kriminelle Geldtransfers aus dem internationalen Drogenhandel nicht berücksichtigen. Es ist davon auszugehen, dass infolge der globalen Finanzkrise neben den offiziell registrierten Abflüssen an Privatkapital auch die illegalen Kapitalflüsse aus dem Süden gestiegen sind. Die volkswirtschaftliche Folgen für die betroffenen Länder sind gravierend: Sie verlieren Kapital, das im Land produktiv angelegt werden könnte und auf diese Wei-

⁵² Vgl. Institute of International Finance (2009).

⁵³ Vgl. UN (2009b), S.11.

⁵⁴ Vgl. IMF (2009g), Tabelle A13.

⁵⁵ Vgl. EMPEA (2009).

⁵⁶ IMF (2009d), S. 20.

⁵⁷ Vgl. IMF (2009g), Tabelle A13.

⁵⁸ Vgl. dazu die Rangliste von 60 Steueroasen und Schattenfinanzzentren, die das Tax Justice Network im November 2009 veröffentlicht hat (www.financialsecracyindex.com). An der Spitze stehen die USA (Delaware), Luxemburg, die Schweiz, die Cayman Islands und Großbritannien (City of London).

⁵⁹ Vgl. Kar/Cartwright-Smith (2008). Die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2006.

se Arbeitsplätze schaffen würde. Sie verlieren aber zugleich potentielle Steuereinnahmen, die gerade in Zeiten der Krise dringend benötigt würden, um zum Beispiel öffentlich Ausgaben für Gesundheit, Bildung und soziale Sicherungssysteme zu finanzieren.

5. Sinkende Rücküberweisungen

ArbeitsmigrantInnen leisten durch die Rücküberweisungen an ihre Familien im Heimatland einen erheblichen Entwicklungsbeitrag. Mit ihrem Ersparnen tragen sie vielfach unmittelbar zur Armutsreduzierung bei. Die Rücküberweisungen erhöhen zum einen die Konsumkraft der Bevölkerung und dienen zum anderen vielen Familien als Starthilfe für informelles Kleingewerbe oder zur Investition in die familiäre Landwirtschaft.⁶⁰

Der Umfang der (offiziell erfassten) Rücküberweisungen der mehr als 200 Millionen Menschen, die im Ausland arbeiten, ist in den vergangenen Jahren rapide gewachsen. Im Jahr 2008 flossen 338 Mrd. US-Dollar in die Heimatländer, rund 100 Mrd. US-Dollar mehr als noch zwei Jahre zuvor (vgl. Tabelle 1). Hinzu kommen informelle Geldtransfers über Verwandte und Freunde, die in die Heimat reisen.⁶¹ Über ihre Höhe gibt es allerdings keine verlässlichen Zahlen.

Im Gegensatz zu den ausländischen Direktinvestitionen privater Unternehmen, die überwiegend in Schwellenländer wie

China fließen, sind die Rücküberweisungen von MigrantInnen geografisch wesentlich breiter verteilt. Sie kommen auch besonders armen Ländern wie Tadschikistan, Nepal und Lesotho zugute (s. Grafik 7).

Rücküberweisungen wurden für viele Länder zu einem erheblichen Wirtschaftsfaktor. Sie sind auch deswegen von wirtschaftlicher Bedeutung, weil sie sich in der Regel antizyklisch verhalten: Befindet sich ein Land in einer wirtschaftlichen Notlage, schicken die Angehörigen im Ausland mehr Geld an ihre Verwandten in der Heimat.

Dies gilt allerdings nicht im Falle einer globalen Wirtschaftskrise, in der sich auch die Arbeitssituation der MigrantInnen selbst verschlechtert. Vor allem als Folge der Krise in den USA, Europa und den Arabischen Emiraten konnten die ausländischen ArbeiterInnen 2009 von dort weniger Geld in ihre Heimat überweisen. Mit rund sechs Prozent fiel der Rückgang allerdings vergleichsweise moderat aus. Dennoch haben die betroffenen Familien dadurch insgesamt über 20 Mrd. US-Dollar weniger zur Verfügung – Geld, das für manche von ihnen überlebenswichtig ist. Nach den optimistischen Prognosen der Weltbank werden die Rücküberweisungen in den kommenden zwei Jahren zwar erneut ansteigen, aber erst nach 2011 wieder den Stand von 2008 erreichen (s. Tabelle 1).

Tabelle 1

Rücküberweisungen von ArbeitsmigrantInnen in Entwicklungs- und Schwellenländer

(in Mrd. US-Dollar)

	2006	2007	2008	2009*	2010*	2011*
Ostasien und Pazifik	58	71	86	85	85	89
Europa und Zentralasien	37	51	58	49	51	53
Lateinamerika und Karibik	59	63	65	58	59	61
Naher Osten und Nordafrika	26	31	35	32	33	34
Südasien	43	54	73	72	73	76
Subsahara Afrika	13	19	21	21	21	22
Gesamt	235	289	338	317	322	334

Quelle: World Bank (2009f), S. 14. * Werte für 2009 geschätzt, für 2010 und 2011 prognostiziert.

⁶⁰ Vgl. UNCTAD (2009d), S. 116.

⁶¹ Vgl. Maimbo (2004), S. 1f.

Die Wechselwirkungen von Finanzkrise und abnehmenden Rücküberweisungen haben sowohl für die MigrantInnen selbst als auch für ihre Angehörigen in den Heimatländern gravierende Folgen.

In den Industrieländern gehörten die ausländischen ArbeiterInnen häufig zu den ersten Opfern der Finanzkrise.⁶² Sie wurden arbeitslos, weil Bauvorhaben am Persischen Golf gestoppt wurden, US-Familien sich kein Kindermädchen mehr leisten konnten und russische Ölfirmen Auftragsseinbrüche erlebten. Insbesondere illegal eingereisten MigrantInnen mit arbeitsrechtlich ungesichertem Status droht in wirtschaftlich schwierigen Zeiten der Arbeitsplatzverlust. Schätzungsweise elf Millionen der nicht gemeldeten MigrantInnen leben allein in den USA.⁶³ Viele von ihnen kommen aus Mexiko und können trotz Arbeitsplatzverlust aufgrund der verschärften Grenzkontrollen nicht dorthin zurück. Nicht wenige von ihnen erleben nun das „tragische Phänomen“⁶⁴, von ihren armen Familien in Mexiko mit „Rück-Rücküberweisungen“ finanziell unterstützt zu werden, um in den USA überleben zu können.

In vielen Gastländern erfahren MigrantInnen eine zunehmende Ausländerfeindlichkeit der einheimischen Beschäftigten und Arbeitslosen. Nicht nur in Industrieländern wird MigrantInnen vorgeworfen, den Einheimischen Arbeitsplätze wegzunehmen, sondern auch in Schwellenländern wie Südafrika.⁶⁵

Millionen von MigrantInnen mussten 2009 in die Heimat zurückkehren und vergrößerten dort das Heer der Arbeitslosen – sei es in Mexiko, den Philippinen oder Tadschikistan. Fachleute schätzten, dass von den 13 Millionen ausländischen ArbeiterInnen in den sechs Mitgliedsländern des Gulf Cooperation Council (Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Kuwait, Bahrain, Katar und Oman) etwa die Hälfte bis Ende 2009 ihren Job verlor⁶⁶. Auch viele der im russischen Erdöl- und Erdgassektor beschäftigten MigrantInnen aus Tadschikistan, Moldawien und Armenien verloren ihre Arbeit: Dies ist wiederum eine Folge der weltweit gesunkenen Rohstoffnachfrage. In Malaysia sollten die Visa für bis zu 60 Prozent der 2,1 Millionen ArbeitsmigrantInnen 2009 nicht verlängert werden. Ihnen drohte die Abschiebung in ihre Heimatländer, vor allem nach Bangladesch und Vietnam.⁶⁷

Die meisten MigrantInnen versuchen jedoch in den Gastländern zu bleiben: Zum einen, da eine erneute Einreise schwierig oder im illegalen Fall gefährlich werden könnte.⁶⁸ Zum anderen, weil die Rückkehr in die Heimat neben der dort drohenden Arbeitslosigkeit auch einen persönlichen Prestigeverlust und den sozialen Abstieg bedeuten kann. Somit ist es nicht verwunderlich, dass selbst die staatlich geförderten Rückkehrerprogramme aus den Industrieländern, wie z.B. aus Spanien, kaum wahrgenommen werden.⁶⁹

In den Entwicklungsländern hat das Sinken der Rücküberweisungen gravierende Auswirkungen auf die soziale Lage der betroffenen Familien. Die in den Millenniumsentwicklungszielen anvisierte Erhöhung der Ausbildungsquote und die Verbesserung der Gesundheitsversorgung sind durch den Rückgang der Unterstützung durch die im Ausland arbeitenden Verwandten für viele Familien akut gefährdet. Kinder armer Familien, die dank der Rücküberweisungen zur Schule gehen konnten, werden nun stattdessen zum Arbeiten geschickt, weil zum einen das Geld für die oft kostenpflichtigen Schulen fehlt und zum anderen die Kinder zum Familieneinkommen beitragen müssen. Ältere Mädchen werden verstärkt zur Hausarbeit und Geschwisterbetreuung herangezogen, da ihre Mütter häufiger außer Haus arbeiten müssen.⁷⁰

Einzelne Länder trifft es dabei besonders stark. Zu den Ländern mit den in absoluten Zahlen höchsten Rücküberweisungen gehören Indien, China, Mexiko und die Philippinen (s. Grafik 7). Wesentlich verwundbarer sind allerdings die Länder, in denen die Rücküberweisungen einen beträchtlichen Teil ihres BIP ausmachen. An der Spitze steht Tadschikistan mit einem Anteil von 50 Prozent, gefolgt von Ländern wie Moldawien, Libanon, Nepal und Honduras (vgl. Kasten 4). In diesen Ländern hat das Sinken der Rücküberweisungen nicht nur für die betroffenen Familien, sondern für die gesamte Volkswirtschaft verheerende Konsequenzen.

⁶² Vgl. Synovitz (2008).

⁶³ Vgl. Batalova et al. (2009), S. 6.

⁶⁴ So die mexikanische Ökonomin Claudia Maldonado im November 2009, vgl. Maldonado (2009).

⁶⁵ Vgl. Batalova et al. (2009), S. 37 und 56f.

⁶⁶ Vgl. Synovitz (2008).

⁶⁷ Vgl. MacKinnon (2009).

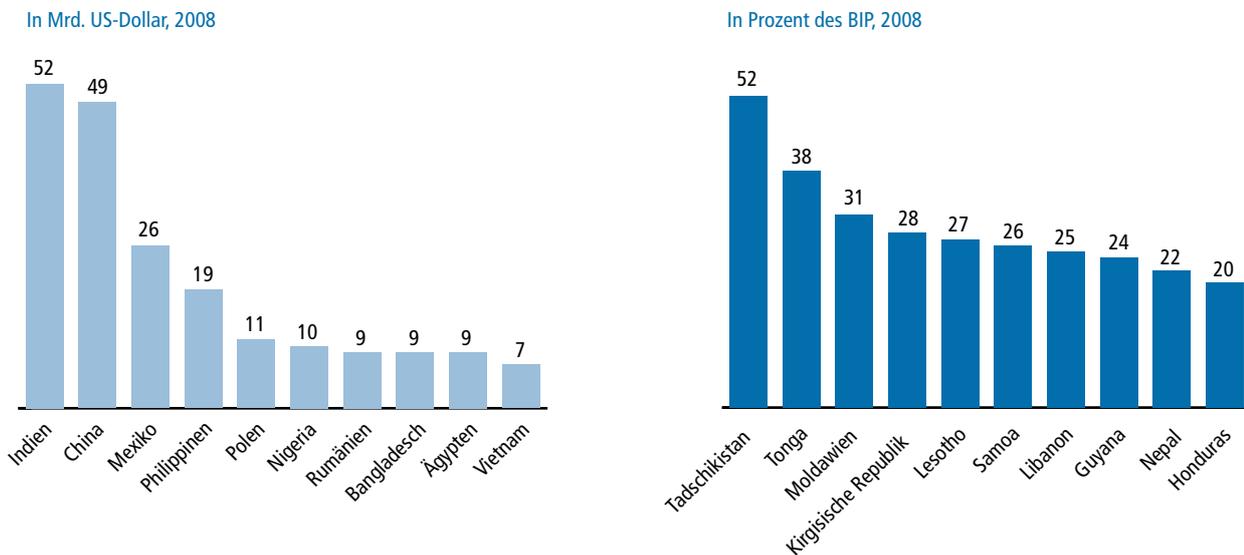
⁶⁸ Vgl. Awad (2009).

⁶⁹ Vgl. Awad (2009), S. 28.

⁷⁰ Vgl. Köhler (2009).

Grafik 7

Ökonomische Bedeutung der Rücküberweisungen für die am stärksten betroffenen Länder



Quelle: World Bank (2009f), S. 3.

Kasten 4

Beispiel Honduras: Sinkende Rücküberweisungen verschärfen die Krise

Jedes Jahr verlassen Tausende von Honduranern ihre Heimat auf der Suche nach Arbeit. Ziel sind dabei vor allem die USA. Ungefähr eine Million Honduraner leben zurzeit in den USA, schätzungsweise 600.000 von ihnen ohne die notwendigen Papiere.⁷¹

Das Geld, das von den MigrantInnen nach Hause geschickt wird, ist für viele Familien eine zentrale Einkommensquelle. Honduras gilt als das zweitärmste Land in Zentralamerika: Militärrherrschaft, Korruption, die große Ungleichverteilung von Land und Vermögen, hohe Kriminalität und Naturkatastrophen trugen zu der schwierigen Lage bei.

2008 haben die im Ausland (vor allem in den USA) lebenden Honduraner 2,7 Mrd. US Dollar als Rücküberweisungen nach Hause geschickt – das entspricht 20 Prozent des honduranischen BIP.⁷² Rücküberweisungen sind für Honduras damit die wichtigste Devisenquelle. Sie werden allerdings überwiegend für den Konsum und nur selten für produktive Zwecke verwendet.⁷³

In Folge der Finanzkrise sind viele Honduraner in den USA arbeitslos geworden. Sie konnten aus diesem Grund weniger oder gar kein Geld mehr an ihre Familien nach Hause schicken. Die Rücküberweisungen gingen in den ersten neun Monaten 2009 gegenüber dem Vorjahr um 13,1 Prozent zurück. Die Einkommen der betroffenen Familien sanken dadurch um 240 Millionen US-Dollar.⁷⁴ Dies verschärft die ohnehin schwierige Lage in Honduras zusätzlich. Denn das Land wurde von der globalen Wirtschaftskrise erheblich in Mitleidenschaft gezogen. Die Exporte in die USA brachen ein, die Importpreise für Erdöl und Getreide blieben weiterhin hoch, die Kaufkraft der Bevölkerung sank. Hinzu kommt die politische Krise, die durch den Militärputsch gegen den demokratisch gewählte Präsidenten Manuel Zelaya am 28. Juni 2009 ausgelöst worden war.

⁷¹ Vgl. US Department of State (2009).

⁷² Ebd.

⁷³ Vgl. dazu eine Studie der honduranischen Zentralbank zu den ökonomischen Folgen der Rücküberweisungen vom März 2007 (www.bch.hn/download/trabajos_investigacion/remesas.pdf).

⁷⁴ Vgl. www.latribuna.hn/web2.0/?p=43076. Im Juli 2009 stiegen die Überweisungen kurzfristig um 18 Prozent. Dies wird als Reaktion auf den Militärputsch vom 28. Juni 2009 gesehen (vgl. www.latribuna.hn/web2.0/?p=38083).

6. Neue Verschuldungsspirale

Die Weltwirtschaftskrise droht in vielen Ländern eine neue Verschuldungsspirale auszulösen. Selbst Länder, die im Rahmen der *Heavily Indebted Poor Countries Initiative* (HIPC-Initiative) gerade erst entschuldet worden waren, steuern auf eine erneute Überschuldung zu.⁷⁵ Viele von ihnen befinden sich in einem doppelten Dilemma: Auf der einen Seite verschlechtern sich ihre Verschuldungsindikatoren infolge abgeschwächten Wirtschaftswachstums und sinkender Export- und damit auch Deviseneinnahmen. Auf der anderen Seite steigt ihr Finanzbedarf zur Bewältigung der Wirtschaftskrise. Zusätzliche Mittel erhalten die Länder, wenn überhaupt, aber überwiegend in Form von Krediten, insbesondere von IWF und Weltbank. Dies verschärfte ihre Verschuldungssituation weiter.

IWF und Weltbank selbst haben am Rande ihrer Jahrestagung im Oktober 2009 in Istanbul eingeräumt, dass inzwischen für 14 Entwicklungsländer ein hohes und für weitere 22 Länder ein mittleres Risiko der Überschuldung besteht.⁷⁶ Sieben Länder sind bereits überschuldet („in debt distress“), darunter Liberia, Togo und die Demokratische Republik Kongo (s. Tabelle 2).

Während nach Einschätzung des IWF vor Ausbruch der Finanzkrise 36 Prozent der Länder mit niedrigem Einkommen überschuldet waren oder für sie ein hohes Risiko der Überschuldung bestand, wird der Anteil dieser beiden Risikogruppen nach der Krise auf 50 Prozent steigen (s. Grafik 8).

Erlassjahr.de kommt in einer umfangreichen Untersuchung der Schuldenituation von 24 Ländern, die Schuldenentlastungen durch die HIPC-Initiative erfahren haben, zu dem Schluss, dass für nahezu all diese Länder ein hohes Risiko der erneuten Überschuldung besteht. Besonders krisenanfällig sind demnach derzeit Burundi, Kamerun, Äthiopien, Guyana, Honduras, Mauretanien, Nicaragua, Sao Tomé und Príncipe sowie der Senegal.⁷⁷

Verschärft wird die Lage für viele Entwicklungs- und Schwellenländer durch zwei Nebeneffekte der globalen Finanzkrise: Erstens haben seit dem Herbst 2008 zahlreiche Währungen gegenüber dem US-Dollar an Wert verloren, zeitweise in der Größenordnung von 20 bis 50 Prozent. Dies verteuert den Schuldendienst der betroffenen Länder erheblich, da dieser in der Regel in „harter“ Währung zu leisten ist. Zweitens haben

⁷⁵ Vgl. dazu z.B. Kaiser/Knoke/Kowsky (2009).

⁷⁶ Vgl. IMF (2009e), S. 33.

⁷⁷ Vgl. Kaiser/Knoke/Kowsky (2009), S. 12.

Tabelle 2

Entwicklungsländer mit hohem Schuldenrisiko

(Stand: Ende Juli 2009)

Länder in akuter Schuldenbedrängnis („debt distress“)

DR Kongo
Guinea
Guinea-Bissau
Komoren
Liberia
Sudan
Togo

Länder mit hohem Schuldenrisiko

Afghanistan
Burkina Faso
Burundi
Côte d'Ivoire
Djibouti
Dominica
Gambia
Grenada
Haiti
Jemen
Laos
Republik Kongo
São Tomé und Príncipe
Tadschikistan

Quelle: IMF (2009e), S. 33.

sich infolge der globalen „Kreditklemme“ (*credit crunch*) die Refinanzierungsbedingungen für den öffentlichen und privaten Sektor der Länder des Südens erheblich verschlechtert. Nach Schätzungen der Weltbank wurden 2009 allein in den Schwellenländern 2,5 bis 3 Billionen US-Dollar an Krediten fällig und mussten zurückgezahlt oder umgeschuldet werden, davon über eine Billion Schulden von privaten Unternehmen. Gläubiger sind unter anderem die großen internationalen Banken, die selbst unter enormem Refinanzierungsdruck stehen.⁷⁸ Frisches Geld konnten Regierungen und Unternehmen, wenn überhaupt, nur zu erheblichen Risikoaufschlägen auf den Finanzmärkten erhalten. Dies verteuerte die Kredite, erhöhte die Schuldendienstzahlungen und schränkte damit den Spielraum der Regierungen zur Finanzierung von Bildungs- und Gesundheitsausgaben, sozialen Sicherungssystemen und notwendigen Investitionen in die öffentliche Infrastruktur weiter ein.

Um die Liquiditätsempässe auf den globalen Finanzmärkten zu überbrücken, hat der IWF auf Initiative der G20 im April 2009 eine Aufstockung seiner Kreditmittel um 500 Mrd. US-Dollar sowie die Zuteilung neuer Sonderziehungsrechte im Umfang von insgesamt 283 Mrd. US-Dollar beschlossen (mehr dazu in Kap. II.2.). Diese Maßnahmen haben zwar einige Länder vor der Zahlungsunfähigkeit bewahrt und anderen eine finanzielle Atempause beschert. Durch diese Form des Krisenmanagements mit Hilfe von IWF-Krediten bleiben diese Länder jedoch im Teufelskreis der Verschuldung gefangen. Solange es nicht gelingt, auf internationaler Ebene ein faires

und transparentes Staateninsolvenzverfahren einzuführen, droht für viele dieser Länder die Finanzkrise zu einer neuen Schuldenkrise zu werden.

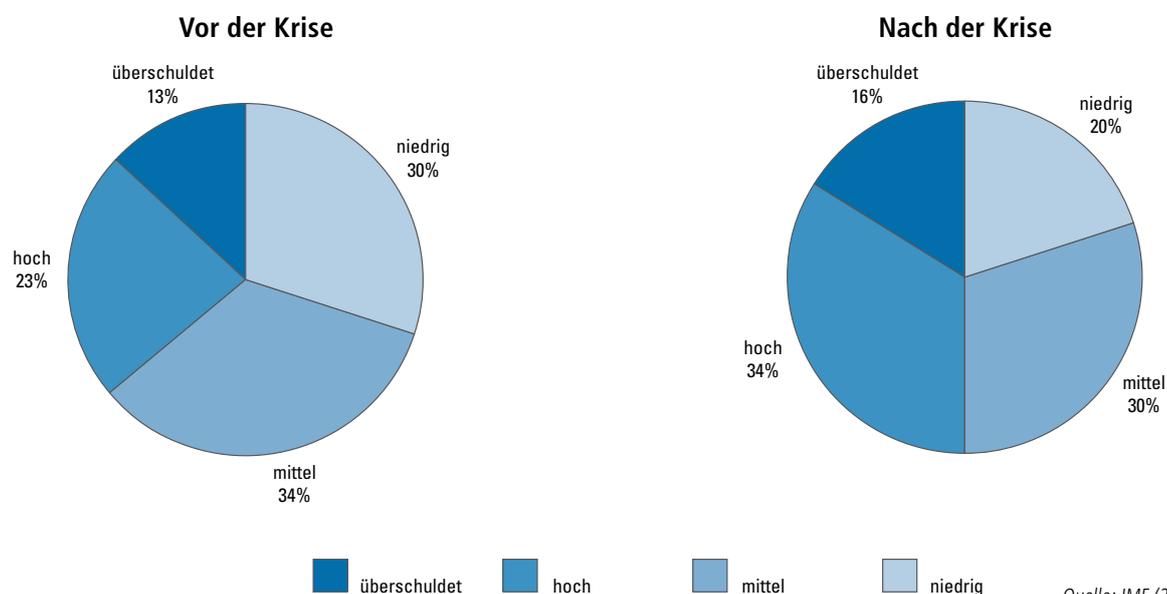
7. Wachsende Haushaltslöcher – weniger Geld für Gesundheit, Bildung und soziale Sicherung

Die Kombination aus sinkenden Exporterlösen, stagnierendem Wirtschaftswachstum und zunehmender Schuldendienstlast erweist sich für die Staatshaushalte vieler Entwicklungs- und Schwellenländer als fatal. Einerseits gehen die Einnahmen aus Steuern und Förderzinsen zurück, andererseits steigt der Anteil der Haushaltsmittel, die für Zins- und Tilgungszahlungen verwendet werden müssen. Die Haushaltslöcher wachsen, und solange sie nicht durch Reduzierung der Steuerflucht, zusätzliche Kreditaufnahme oder ausländische Budgethilfen gestopft werden können, bleibt vielen Regierungen nur der Tritt auf die Ausgabenbremse.

In einer Zeit, in der die Regierungen auf die wirtschaftliche Rezession und die wachsende Armut mit zusätzlichen Ausgaben für Konjunkturprogramme und soziale Sicherungssysteme reagieren müssten, geschieht das Gegenteil: In Kernbereichen der sozialen Grundversorgung, allen voran Bildung und Gesundheit, sind Mittelkürzungen zu befürchten. Als erstes afrikanisches Land hatte Tansania angekündigt, sein HIV/AIDS-Budget 2009 um 25 Prozent zu reduzieren.⁷⁹ Seitdem häuften sich die Meldungen aus aller Welt über Ausgabenstreichungen im Gesundheitsbereich (s. Kasten 5).

Grafik 8

Überschuldungsrisiko der Länder mit niedrigem Einkommen (Prognose des IWF)



⁷⁸ Vgl. World Bank (2009h), S. 6.

⁷⁹ Vgl. World Bank (2009a), S. 46.

Folgen der Krise: Wachsende Finanzierungslücke bei der Behandlung von HIV und AIDS

Gesundheitsfürsorge ist eine staatliche Aufgabe. Dort, wo Regierungen infolge der globalen Wirtschaftskrise die öffentlichen Ausgaben kürzen müssen, sind davon häufig auch die Gesundheitsetats betroffen. Regierungsfinanzierte Programme zur Prävention und Behandlung von HIV und AIDS sind davon nicht ausgenommen.

Bereits Mitte des Jahres 2009 zeichnete sich nach einer Umfrage von Weltbank und UNAIDS ab, dass in zahlreichen Entwicklungsländern HIV-Präventions- und Behandlungsprogramme von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise betroffen sind.⁸⁰ In acht Ländern kam es bereits zu konkreten Mittelkürzungen bei antiretroviralen Behandlungsprogrammen. In weiteren 22 Ländern mit insgesamt 1,8 Millionen HIV-Patienten wurden negative Auswirkungen bis Ende 2009 erwartet. Besonders gefährdet sind die Menschen im südlichen Afrika, wo der Anteil der HIV-Infizierten am größten ist. Leidtragende sind auch Kinder und Jugendliche. Weltweit gibt es rund 15 Millionen AIDS-Waisen, etwa zwei Millionen Kinder sind HIV-infiziert.

Besonders stark von der Krise erfasst werden die Programme zur HIV/AIDS-Prävention. Hier befürchteten UNAIDS und Weltbank Einschränkungen in mindestens 34 Ländern, in denen insgesamt 75 Prozent der HIV-Infizierten leben. Michel Sidibé, Exekutivdirector von UNAIDS, stellt angesichts der dramatischen Zahlen fest:

“This is a wake-up call which shows that many of our gains in HIV prevention and treatment could unravel because of the impact of the economic crisis. Any interruption or slowing down in funding would be a disaster for the 4 million people on treatment and the millions more currently being reached by HIV prevention programmes. We need to show solidarity with people living with and affected by HIV just as they are beginning to hope for a better future.”⁸¹

Im sechsten Millenniumsentwicklungsziel hatten sich die Regierungen verpflichtet, bis 2015 die Ausbreitung von HIV/AIDS zum Stillstand zu bringen und eine Trendwende einzuleiten. In den Jahren vor der Krise hat es bei der Verwirklichung dieses Zieles durchaus Fortschritte gegeben, auch wenn noch immer über fünf Millionen HIV-Infizierte keinen Zugang zur lebensnotwendigen Behandlung haben. Wenn die Regierungen die Finanzierungslücken, die infolge der Weltwirtschaftskrise entstanden sind, nicht schließen und zusätzliche Mittel bereitstellen, werden die Fortschritte der vergangenen Jahre zunichte gemacht. Die weitere Ausbreitung von HIV und AIDS, der Anstieg der Todesfälle und eine wachsende Zahl von AIDS-Waisen wären dann die unvermeidbare Folge.

Auch im Bildungsbereich zeichnet sich dieser Trend ab, obgleich die UNESCO, die UN-Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur, in vorläufigen Untersuchungen zu dem Ergebnis kommt, die Bildungsetats vieler Entwicklungsländer hätten bisher „dem Sturm standgehalten.“⁸² Sie fragt aber im gleichen Atemzug: „Wie lange noch?“ Denn erst wenn die tatsächlichen Haushaltszahlen 2009 und 2010 vorliegen, lässt sich mit Gewissheit sagen, ob Schulen geschlossen und LehrerInnen entlassen werden mussten. In einigen Ländern kam es bereits zu Einsparmaßnahmen. Unter anderem in Ke-

nia, Kamerun, der Demokratischen Republik Kongo und dem Sudan lagen die Bildungsausgaben 2009 unter den Werten der Jahre 2008 bzw. 2007.⁸³ In Ghana verfügte die Regierung einen Einstellungsstopp für LehrerInnen. In Pakistan wurden die Ausgaben für Grundbildung und frühkindliche Erziehung gekürzt. Es gibt aber auch Gegenbeispiele: In Guatemala wurde der Bildungsetat 2009 bewusst von den allgemeinen Haushaltskürzungen ausgenommen, und in Ägypten wurde im Haushalt 2009 eine Erhöhung der Bildungsausgaben um 15,5 Prozent beschlossen.

⁸⁰ Vgl. hierzu und zu den folgenden Ausführungen UNAIDS/World Bank (2009).

⁸¹ World Bank News Release No. 2010/011/HDN: Global Economic Crisis Threatens HIV Prevention and Treatment Gains in Poor Countries (6. Juli 2009).

⁸² UNESCO (2009a).

⁸³ Vgl. zu diesen und den folgenden Beispielen UNESCO (2009b), S. 2ff.

Ähnlich sieht das Bild bei der Finanzierung sozialer Sicherungssysteme aus. Auch hier konnten in vielen Ländern Ausgabenkürzungen zunächst vermieden werden. Nach Angaben des IWF haben 24 von 31 untersuchten Ländern mit niedrigem Einkommen ihre Sozialausgaben 2009 nicht reduziert.⁸⁴ Allerdings existieren in vielen der ärmeren Entwicklungsländer ohnehin nur rudimentäre Sozialsysteme, die dringend ausgebaut werden müssten, um das Recht auf soziale Sicherung für alle Menschen zu verwirklichen. Angesichts wachsender Arbeitslosigkeit und Armut infolge der globalen Krise müssten die Sozialausgaben eigentlich steigen. Nullwachstum bedeutet faktischen einen Rückschritt. Und auch in diesem Bereich steht das Schlimmste vermutlich noch bevor: Eine Untersuchung der Weltbank über die Auswirkungen der Krise auf die Rentensysteme in Osteuropa und Zentralasien kommt zu dem Ergebnis, dass dort in nahezu allen Ländern die Krise negative finanzielle Folgen für die Rentensysteme hat. In einer Reihe von Ländern wurden die Beitragssätze für die Beschäftigten erhöht, beispielsweise in Rumänien und Russland, in anderen

wurden die Renten gekürzt, so etwa in Lettland, Litauen und Ungarn.⁸⁵

In rund 75 Prozent aller Länder mit niedrigem Einkommen ist 2009 das Haushaltsdefizit gewachsen.⁸⁶ Zum Teil versuchten die Regierungen durch zusätzliche Kreditaufnahme, ihr Ausgabenniveau zu halten und die Folgen der Krise abzumildern. In vielen Fällen war das Loch in den öffentlichen Kassen jedoch so groß, dass trotz zusätzlicher Schulden Ausgabenkürzungen notwendig waren.

Fest steht: Um die Menschenrechte auf Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung zu verwirklichen, und damit verbunden auch die international anerkannten Rechte von Kindern und Jugendlichen (vgl. Kasten 6), wären erhebliche Mehrausgaben in den öffentlichen Haushalten notwendig. Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise bedeutet für die Menschen in vielen Ländern einen herben Rückschlag in den Bemühungen, diese Rechte zu schützen, zu fördern und letztendlich durchzusetzen.

Kasten 6

Die Kleinsten sind die größten Verlierer – Kinder brauchen einen Schutzschirm gegen die Krise

Kinder und Jugendliche trifft die gegenwärtige Krise am härtesten. Ihre Rechte werden allzu oft nicht respektiert. Die Lobby für sie ist häufig schwach. Sie sind abhängig von ihren Müttern und Vätern, die oftmals selbst zu den Opfern der Krise gehören.

Viele arbeitende Mütter wurden infolge der Wirtschaftskrise arbeitslos und finden sich nun im unsicheren informellen Sektor wieder. Andere, die ohnehin im Niedriglohsektor, insbesondere der Textilbranche, beschäftigt sind, arbeiten jetzt für weniger Geld oder akzeptieren längere Arbeitszeiten, da sie sich aus Sorge um den möglichen Verlust ihres Arbeitsplatzes von den Arbeitgebern stärker unter Druck setzen lassen.⁸⁷

Auch zahlreiche Arbeiter in der Rohstoffindustrie verloren infolge der Nachfrageeinbrüche ihre Anstellung, etwa durch die Schließung von Kupferminen in Sambia (vgl. Kasten 1).

Viele Mütter und Väter, die als ArbeitsmigrantInnen oder WanderarbeiterInnen weit entfernt von ihren Familien lebten, wurden arbeitslos. Viele kehrten aus dem Ausland oder wie im Falle Chinas aus den prosperierenden Wirtschaftszentren der Küstenregionen in ihre Heimat zurück und sind dort nun mit hoher Arbeitslosigkeit konfrontiert.⁸⁸ Für viele Familien schrumpften die lebensnotwendigen monatlichen Rücküberweisungen oder fielen ganz weg.

Die sozialen Folgen von Arbeitslosigkeit und Einkommenseinbußen ihrer Eltern sind für die Kinder dramatisch: Häufig fehlt den Eltern nun das Geld, um eine gesunde Ernährung und eine ausreichende medizinische Versorgung ihrer Kinder zu

⁸⁵ Vgl. World Bank (2009g), S. 9ff.

⁸⁶ Vgl. IMF (2009e), S. 19.

⁸⁷ Vgl. Garbers/Strack (2009), S. 38.

⁸⁸ Vgl. Heidel/Wong (2009), S. 42.

⁸⁴ Vgl. IMF (2009e), S. 20f.

Kasten 6 (Fortsetzung)

gewährleisten und die Schulgebühren zu bezahlen.⁸⁹ Letzteres ist nicht der einzige Grund dafür, Kinder aus der Schule zu nehmen. Oft sparen Eltern zwar zuletzt an den Ausgaben für Bildung, die ihren Kindern später ein chancenreicheres Leben verheißen soll. Vielfach müssen die Kinder aber stärker zum Familieneinkommen beitragen, damit das Nötigste bezahlt werden kann. Das Recht der Kinder auf Schulbildung wird damit den wirtschaftlichen Sachzwängen geopfert. Dennoch reicht das Familieneinkommen oft kaum für eine ausreichende Ernährung. Die Zahl der mangelernährten Kinder stieg infolge der Krise weltweit an.⁹⁰ So nimmt insbesondere auch in Indien infolge des erneuten Anstiegs der Nahrungsmittelpreise 2009 die Anzahl der unter- und mangelernährten Mütter und Kinder erheblich zu.⁹¹

Als Folge der Einnahmeausfälle in den öffentlichen Haushalten stehen auch für den Bildungs- und Gesundheitsbereich häufig weniger Mittel zur Verfügung. Lehrerinnen und Lehrer können nicht mehr bezahlt werden, Krankenhäuser sind unzureichend ausgestattet. Der schlechtere Gesundheitszustand und die Mangelernährung werdender oder junger Mütter hat zur Folge, dass viele Neugeborene untergewichtig sind. Entgegen dem international vereinbarten Millenniumsentwicklungsziel 4 steigt die Sterblichkeitsrate der Kinder unter fünf Jahren wieder an.⁹²

Besonders betroffen aber sind die zahllosen Kinder, die ihre Not leidenden Familien verlassen haben und auf eigene Faust auf der Straße weiterleben. Es ist zu befürchten, dass ihre Zahl wie in früheren Krisen zunimmt. So war in Thailand als Folge der asiatischen Finanzkrise Ende der 1990er Jahre die Zahl der Straßenkinder um 10-15 Prozent angestiegen.⁹³ In Johannesburg berichtet Felix Mulhanga, Regionalkoordinator von terre des hommes für das Südliche Afrika, bereits im Laufe des Jahres 2009 vom deutlich sichtbaren Anstieg der Straßenkinderzahl und verstärkter Kinderarbeit.

Straßenkinder erfahren die Folgen der Wirtschaftskrise ohne den Schutz eines familiären Netzes. Öffentliche Programme zur Unterstützung von Straßenkindern sind unzureichend und drohen im Rahmen staatlicher Sparmaßnahmen gekürzt zu werden. Öffentliche Zentren für Straßenkinder werden geschlossen, weil entweder der Staat die Finanzierung streicht oder private Unternehmen ihre Unterstützung aufgrund wirtschaftlicher Probleme zurückziehen.⁹⁴ Vielen Straßenkindern, die sich mit dem Sammeln von Müll über Wasser hielten, brechen die Einnahmen aus dem Verkauf von Plastik und Aluminiumresten weg. Denn die Preise für Recycling-Stoffe sind infolge des Rohstoffpreisverfalls rapide gesunken.⁹⁵

Es reicht jetzt nicht, nur die schlimmsten Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise für Kinder und Jugendliche abzufedern. Wichtig ist es, über ihnen einen Schutzschirm aufzuspannen – ähnlich wie es die Regierungen zur Rettung der Banken getan haben. Die Krise muss zu einem Perspektivwechsel weg von kurzfristigem Profitstreben hin zur umfassenden Verwirklichung der Rechte von Kindern und ihren Familien führen. Soll die Chance für ein besseres Leben für diese Kinder Realität werden, so ist unabdingbar, ihre Rechte künftig über die wirtschaftlichen Verwertungsinteressen zu stellen.

Die Weltbank hat in einem internen Papier hochgerechnet, wie viel Mehrausgaben in den öffentlichen Haushalten der Entwicklungsländer notwendig wären, um die Grundversorgung für die Bevölkerung zumindest auf dem Niveau vor der Krise zu halten. Demnach wären für Bildung und Gesundheit, öffentliche Infrastrukturausgaben und soziale Sicherung

insgesamt rund 200 Mrd. US-Dollar an zusätzlichen öffentlichen Ausgaben pro Jahr erforderlich (s. Grafik 9). Damit wäre wohlgerne nur der Status quo vor der Krise gehalten. Um Fortschritte bei der Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele zu machen, wären bis zum Jahr 2015 weitere Ausgaben in erheblichem Umfang notwendig.

⁸⁹ Vgl. Horn (2009), S. 19.

⁹⁰ Vgl. Garbers/Strack (2009), S. 39.

⁹¹ So Neeta Hardikar, Direktorin der indischen Organisation ANANDI auf der internationalen Konferenz „Die sozialen Folgen der globalen Finanzkrise“ am 19. November 2009 bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin.

⁹² Vgl. Garbers/Strack (2009), S. 39f. MDG 4 sieht vor, zwischen 1990 und 2015 die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren um zwei Drittel zu senken.

⁹³ Vgl. Harper/Jones/McKay (2009), S. 3.

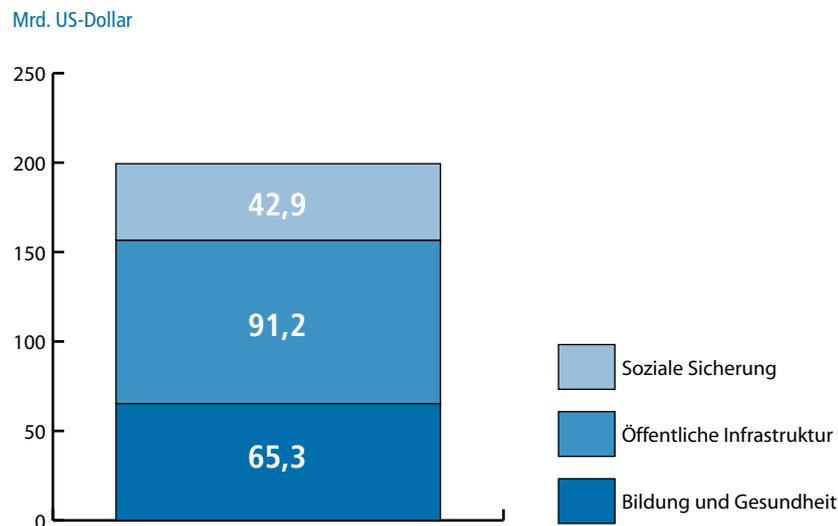
⁹⁴ Vgl. Garbers/Strack (2009), S. 39.

⁹⁵ Vgl. Garbers/Strack (2009), S. 39.

Grafik 9

Was nötig wäre: Zusätzlicher Finanzbedarf zur Sicherung prioritärer Staatsausgaben in den Entwicklungsländern

(2009, in Mrd. US-Dollar)



Quelle: Verhoeven (2009).

8. Entwicklungszusammenarbeit unter Druck

Als Folge der wirtschaftlichen Rezession in den Industrieländern ist dort auch die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) unter Kürzungsdruck geraten. In einer Reihe von Ländern wurde die ODA bereits 2009 reduziert. Die Berlusconi-Regierung hat die Streichung von mehr als 50 Prozent der italienischen ODA angekündigt; Irland plante, seine Entwicklungshilfe um 100 Millionen Euro zu senken; fast alle mittel- und osteuropäischen Länder haben ihre ODA-Zusagen reduziert, so zum Beispiel Litauen, Tschechien und Polen.

Andere EU-Länder haben ihre Entwicklungshilfemittel nicht in dem Umfang erhöht, der notwendig wäre, um die international eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Zu ihnen zählt auch Deutschland. Denn nach wie vor gilt der EU-Stufenplan, zu dem sich die Staats- und Regierungschefs im Juni 2005 verpflichtet haben. Damals vereinbarten sie wörtlich:

„Der Europäische Rat kann in diesem Zusammenhang Folgendes bestätigen: Gemäß den im Rat am 24. Mai 2005 erzielten Ergebnissen verpflichten sich die Mitgliedstaaten, die noch unter der ODA-Quote von 0,51 % des BNE liegen, diese im Rahmen ihrer jeweiligen Haushaltsaufstellungsverfahren bis 2010 zu erreichen, während die Mitgliedstaaten, die die Quote bereits überschritten haben, ihre Bemühungen fortsetzen; diejenigen Mitgliedstaaten, die der EU nach 2002 beigetreten sind und deren ODA-Quote noch unter 0,17 % des BNE liegt, werden sich bemühen, ihre Quote bis 2010 im Rahmen ihrer jeweiligen Haushaltsaufstellungsverfahren auf diesen Wert

aufzustocken, während die Mitgliedstaaten, die die Quote bereits überschritten haben, ihre Bemühungen fortsetzen; die Mitgliedstaaten verpflichten sich, bis 2015 eine Quote von 0,7 % des BNE zu erreichen; diejenigen, die diese Zielquote bereits einhalten, verpflichten sich, sie nicht zu unterschreiten; die Mitgliedstaaten, die der EU nach 2002 beigetreten sind, werden sich bemühen, ihre Quote bis 2015 auf 0,33 % des BNE zu erhöhen.“⁹⁶

Im Vorfeld der UN-Konferenz zur globalen Wirtschafts- und Finanzkrise im Juni 2009 bekräftigten die westlichen Geberländer im Rahmen des Entwicklungshilfeausschusses (Development Assistance Committee, DAC) der OECD ihre ODA-Verpflichtungen und räumten Umsetzungsdefizite ein:

„The shortfall remains significant and aid to Africa is falling well behind pledges. We all recognise the need for further collective momentum. (...) We reaffirm our existing ODA commitments, especially for Africa.“⁹⁷

Um ihre Verpflichtungen zu erfüllen, müssten die westlichen Geberländer ihre ODA nach OECD-Schätzungen von 119,8 Mrd. US-Dollar 2008 auf 145,1 Mrd. US-Dollar 2010 erhöhen.⁹⁸ Die deutsche ODA müsste um 27 Prozent von 13,9 auf 17,7 Mrd. US-Dollar steigen. Statt dessen hat Bundesentwicklungsminister Niebel bereits kurz nach seinem Amtsantritt an-

⁹⁶ Europäischer Rat (2005), Pkt. 27.

⁹⁷ OECD-DAC (2009).

⁹⁸ Vgl. dazu ausführlicher terre des hommes/Welthungerhilfe (2009), S. 17.

gekündigt, dass Deutschland das Zwischenziel für 2010 nicht erreichen wird. In einem Interview sagte er am 18. November 2009:

„Der EU-Stufenplan beschreibt eine Willensbekundung, aber keine völkerrechtliche Verpflichtung. In einem Jahr von 0,38 auf 0,51 Prozent zu kommen, ist in der derzeitigen Situation nicht darstellbar.“⁹⁹

Dabei wären als Folge der globalen Wirtschaftskrise vor allem die ärmsten Länder auf zusätzliche Entwicklungshilfeszuschüsse dringend angewiesen. Nach Schätzungen des IWF besteht allein in den Ländern mit niedrigem Einkommen 2009 und 2010 ein jährlicher Zusatzbedarf von rund 25 Mrd. US-Dollar.¹⁰⁰ Er könne zu einem knappen Drittel über zusätzliche IWF-Kredite und die erhöhte Zuteilung von Sonderziehungsrechten gedeckt werden (s. dazu Kap. II.2.). Der Rest müsse über zusätzliche bi- und multilaterale Entwicklungshilfe aufgebracht werden.

MitarbeiterInnen der Weltbank gehen in ihren Schätzungen davon aus, dass von den oben zitierten 200 Mrd. US-Dollar, die zusätzlich notwendig wären, um in den Entwicklungsländern die Grundversorgung der Bevölkerung in den Bereichen Bildung und Gesundheit, öffentliche Infrastruktur und soziale Sicherung auf dem Niveau vor der Krise zu halten (s. Grafik 9), 42 Mrd. US-Dollar über externe Hilfen finanziert werden müssten.¹⁰¹ Rund zwei Drittel dieser Summe müssten für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Infrastruktur verwendet werden. Angesichts der unbewältigten Krisenfolgen ist davon auszugehen, dass der zusätzliche Finanzbedarf, der für das Jahr 2009 ermittelt wurde, auch im Jahr 2010 besteht.

Zusätzliche Kosten verursachen die von den Industrieländern ausgelösten Klimaveränderungen in den Ländern des Südens. Grobe Schätzungen gehen davon aus, dass diese Kosten und der damit verbundene Finanzierungsbedarf in den Entwicklungsländern für Maßnahmen des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel derzeit bei rund 100 Mrd. Euro pro Jahr liegen und in den kommenden zwei Jahrzehnten auf eine Größenordnung von 500 Mrd. Euro steigen werden.¹⁰²

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben bei ihrem Gipfeltreffen am 11. Dezember 2009 angekündigt, im Zeitraum

⁹⁹ Vgl. www.bmz.de/de/presse/interviews/niebel/2009/november/20091118_interview.html. Der Bundesentwicklungsminister hat dabei allerdings übersehen, dass es sich bei der aktuellen ODA-Quote von 0,38 Prozent um den Wert für **2008** handelt. Für die Erhöhung der Quote nach dem EU-Stufenplan sind demnach **zwei** Jahre Zeit.

¹⁰⁰ Vgl. IMF (2009e) S. 3.

¹⁰¹ Vgl. Verhoeven (2009)

¹⁰² Vgl. dazu terre des hommes/Welthungerhilfe (2009), S. 22ff.

2010-2012 den Entwicklungsländern 2,4 Mrd. Euro jährlich für Maßnahmen des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel zur Verfügung zu stellen.¹⁰³ Deutschland wird davon einen Anteil von 422 Mio. Euro pro Jahr übernehmen. Bundesentwicklungsminister Niebel unterstreicht:

„Diese Mittel werden neu und zusätzlich sein und nicht mit anderen Entwicklungsmaßnahmen zum Beispiel für die Armutsbekämpfung verrechnet.“¹⁰⁴

Um die Lücke zwischen Finanzbedarf im Süden und Zahlungsbereitschaft im Norden zu schließen, die infolge der globalen Krisen immer größer geworden ist, reichen die bisherigen Zusagen der EU und der Bundesregierung allerdings bei weitem nicht aus.

9. Rettungsschirme des Nordens verschärfen Ungleichheit

Um die Folgen der globalen Finanzkrise für die heimische Wirtschaft abzumildern, haben zahlreiche Industrieländer sowie einige Entwicklungs- und Schwellenländer wie China, Südkorea und Vietnam umfangreiche Konjunkturpakete geschnürt (vgl. Tabelle 3). Sie haben einen Gesamtumfang von rund zwei Billionen US-Dollar für die Jahre 2009-2010.¹⁰⁵ Mit dieser Form von antizyklischer Konjunkturpolitik, die überwiegend schuldenfinanziert ist, wollen die Regierungen verhindern, dass aus der globalen Rezession eine lang anhaltende Depression wird. Mit Investitions- und Konsumanreizen soll die Binnennachfrage gesteigert werden, um auf diese Weise den Zusammenbruch heimischer Firmen und den Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Für die Rettung bzw. Rekapitalisierung von Banken und Unternehmen stellen die Industrieländer zusätzlich öffentliche Gelder in Höhe von bis zu 18 Billionen US-Dollar bereit, insbesondere in Form von Bürgschaften, Eigenkapitalspritzen und Krediten.¹⁰⁶ Davon profitieren in erster Linie die Banken und Unternehmen in den USA, der EU, und Japan.

¹⁰³ Vgl. Europäischer Rat, 10./11. Dezember 2009, Schlussfolgerungen, Pkt. 37 (www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ec/111877.pdf).

¹⁰⁴ BMZ, Aktuelle Meldung vom 11. Dezember 2009 (www.bmz.de/de/presse/aktuelle_Meldungen/2009/dezember/20091211_kopenhagen/index.html).

¹⁰⁵ Vgl. die umfassende Zusammenstellung des International Institute for Labour Studies der ILO (Khatiwada (2009)). Der UN-Generalsekretär nennt sogar als Gesamtsumme der weltweiten Konjunkturpakete 2,7 Billionen US-Dollar, allerdings ohne diese Zahl genauer aufzuschlüsseln, vgl. UN Secretary-General (2009), Pkt. 7. Wir beziehen uns daher im Folgenden auf die detailliertere Untersuchung der ILO, die die Konjunkturprogramme von 32 Ländern umfasst.

¹⁰⁶ Vgl. UN Secretary-General (2009), Pkt. 7.

Tabelle 3

Zwei Billionen US-Dollar zur Ankurbelung der Konjunktur

	Konjunkturpaket 2009-2010 (in Mrd. US-Dollar)	Geschätzte Ausgaben 2009	
		in Mrd. US-Dollar	in Prozent des BIP
Argentinien	13,2	13,2	3,9
Australien	26,5	11,66	1,1
Belgien	2,52	2,52	0,5
Brasilien	3,6	3,6	0,2
Chile	4,0	4,0	2,2
China	586,0	257,84	6,1
Deutschland	103,3	44,42	1,2
Frankreich	32,75	33,0	1,1
Großbritannien	36,36	33,81	1,2
Indien	4,0	4,0	0,3
Indonesien	6,15	6,15	1,2
Italien	6,3	6,3	0,3
Japan	110	70,4	1,5
Kanada	31,06	15,53	1,0
Korea	25,0	12,5	1,3
Malaysia	18,2	9,1	4,2
Mexiko	54,0	22,14	1,9
Niederlande	7,56	7,56	0,8
Neuseeland	5,0	5,0	3,7
Norwegen	2,9	2,9	0,6
Philippinen	6,84	3,42	1,3
Portugal	2,77	2,77	1,1
Russland	20,0	20,0	1,1
Saudi Arabien	60,0	21,0	4,0
Schweiz	1,34	1,34	0,3
Spanien	14,05	14,05	0,8
Südafrika	3,76	3,76	1,3
Thailand	8,32	3,16	1,2
Ungarn	6,5	6,5	4,0
USA	787,0	251,84	1,8
Vietnam	1,0	1,0	1,1
Gesamt	1.989,98	894,48	
davon:			
Industrieländer	1.194,41	515,60	
Entwicklungs- und Schwellenländer	795,57	378,87	

Quelle: Khatiwada (2009), S. 15. Stand: April 2009

Der Umfang der einzelnen Konjunkturprogramme ist enorm. Allein die USA planen für 2009 und 2010 im Rahmen des *American Recovery and Reinvestment Act* Ausgaben in Höhe von 787 Mrd. US-Dollar.¹⁰⁷ In Deutschland sind im Rahmen der Konjunkturpakete I und II 82 Mrd. Euro zur Finanzierung von Investitionsprogrammen, Steuererleichterungen für die Wirtschaft, Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung und Subventionierung der Kurzarbeit sowie zur Ankurbelung des Konsums (Stichwort: Abwrackprämie) vorgesehen.

Auch eine Reihe von Schwellen- und Entwicklungsländern hat antizyklische Programme zur Überwindung der wirtschaftlichen Talfahrt verabschiedet. Eine Sonderstellung nimmt dabei China ein, das in den Jahren 2009 und 2010 ein bislang einmaliges staatliches Konjunkturprogramm im Umfang von vier Billionen Yuan (rund 432 Mrd. Euro) durchführt. Als Reaktion auf den Nachfragerückgang bei Exportgütern zielt das Programm der chinesischen Regierung auf die Stärkung des Binnenmarktes, indem es Investitionen in die heimische Infrastruktur, soziale Sicherung, Technologie, Umwelt und Bildung finanziert.

Weitere Länder des Südens, die über eigene Finanzreserven oder guten Zugang zu den Kapitalmärkten verfügen, wie Malaysia, Mexiko oder Saudi Arabien, führen ebenfalls umfangreiche Konjunkturprogramme durch. Ihre Größe übertrifft im Vergleich zur Wirtschaftskraft dieser Länder noch die Programme der USA oder Deutschlands. Dagegen kann sich die große Mehrheit der Länder des Südens kreditfinanzierte Konjunkturpakete im größeren Stil nicht leisten. Sofern Länder wie Sambia, Kenia oder Ghana während der Krise überhaupt die Möglichkeit hatten, Kredite auf den heimischen oder internationalen Finanzmärkten aufzunehmen, mussten sie diese dazu verwenden, die Einnahmeausfälle zu kompensieren und die laufenden Kosten im Staatshaushalt zu decken.

In den unterschiedlichen Möglichkeiten der Länder, auf die Krise wirtschaftspolitisch zu reagieren, spiegelt sich eine (neue) Dreiteilung der Welt wider: Sie besteht erstens aus den reichen Industrieländern, die auf die Wirtschaftskrise und die Exporteinbrüche mit milliardenschweren Konjunkturpaketen antworten können; zweitens aus den aufstrebenden Schwellenländern wie China, die versuchen, mit Investitionen in die Infrastruktur und die Stärkung der Kaufkraft ihrer Bevölkerung einen auf den Binnenmarkt gestützten Aufschwung anzukurbeln; und drittens den wirtschaftlich schwächeren Entwicklungsländern mit ihrer oft einseitigen Ausrichtung auf den

Exportmarkt und der damit verbundenen Verwundbarkeit gegenüber den volatilen Weltmarktpreisen. Von Armut und Arbeitslosigkeit sind alle drei Ländergruppen betroffen – nur können die ersten beiden Gruppen diese vergleichsweise besser abfedern. Dies verschärft die sozialen und ökonomischen Gegensätze zwischen den ärmeren und reicheren Ländern. Der UN-Generalsekretär warnt vor diesem Hintergrund:

*„This asymmetry between industrialized countries and developing countries in their latitude to respond to economic and financial crises is exacerbating global inequality and could stymie progress toward the MDGs.“*¹⁰⁸

Das Problem besteht für die ärmeren Länder nicht nur darin, dass sie auf die Krise nicht mit eigenen konjunkturpolitischen Maßnahmen reagieren können. Verschärfend kommt hinzu, dass die Politik der Industrieländer zur Wiederbelebung der heimischen Wirtschaft eine Reihe negativer Nebeneffekte für die Entwicklungsländer hat:

- Die Konjunkturprogramme der Industrieländer werden überwiegend durch **Kredite und Staatsanleihen** finanziert. Infolge der entsprechend gestiegenen Nachfrage auf den Finanzmärkten werden die konkurrierenden Regierungen und Unternehmen aus Ländern mit schlechterer Bonität vom Markt verdrängt (*crowding out*) oder müssen erheblich höhere Zinsen und Risikoaufschläge bezahlen. Die als Folge der Krise fortbestehende Kreditklemme (*credit crunch*), die auch die Unternehmen in den reicheren Ländern vor erhebliche Refinanzierungsprobleme stellt, verschärft die Situation zusätzlich.
- Die **Subventionen**, die die Regierungen der Industrieländer im Rahmen ihrer Konjunkturprogramme den heimischen Unternehmen gewähren, verbilligen deren Produktionskosten und erhöhen ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Konkurrenten aus anderen Ländern, deren Regierungen keinen finanziellen Spielraum für solche Formen der Wirtschaftsförderung haben.
- Gezielte Maßnahmen der staatlichen **Exportförderung** bringen für die Industrien der reicheren Länder zusätzliche Wettbewerbsvorteile auf dem Weltmarkt. Die G20 hat auf ihrem Gipfel in London im April 2009 vereinbart, mindestens 250 Mrd. US-Dollar 2009 und 2010 zur Finanzierung von Exportkrediten und Investitionsgarantien zur Verfügung zu stellen.¹⁰⁹ Dies unterstützt vor allem die heimische Wirt-

¹⁰⁷ Vgl. die offizielle Website zum amerikanischen Konjunkturprogramm: www.recovery.gov

¹⁰⁸ UN Secretary-General (2009), Pkt. 9.

¹⁰⁹ Vgl. G20 (2009d), Pkt. 22.

schaft gegenüber der (ohnehin meist schwachen) Konkurrenz außerhalb der G20. Besonders eklatant sind weiterhin die Agrarexportsubventionen, die, wie im Falle der Milchproduktion, unzählige Bauern in den Entwicklungsländern in den Ruin treiben.

- Entgegen aller Beteuerungen („*we reaffirm the commitment (...) to refrain from raising new barriers to investment or to trade in goods and services (...)*“)¹¹⁰ haben zahlreiche Länder zum Schutz der heimischen Industrie neue Handelsbarrieren eingeführt. Die Europäische Kommission zählte zwischen Oktober 2008 und Oktober 2009 insgesamt 233 neue Fälle von handelsbeschränkenden Maßnahmen.¹¹¹ So hat Russland temporär die Zölle für Waschmaschinen erhöht. Die USA hat mit Hinweis auf Sicherheitsbedingungen Reifenimporte aus China behindert, woraufhin China gegen subventionierte Geflügelprodukte aus den USA vorging.¹¹²

Die Antwort auf die wachsende Chancenungleichheit infolge der Konjunkturmaßnahmen der reicheren Länder kann nicht im Aussetzen der entsprechenden Programme bestehen. Notwendig wären vielmehr ein global koordiniertes Konjunkturpaket, von dem auch die Entwicklungsländer profitieren, und die gezielte finanzielle Unterstützung der ärmeren Länder bei der Durchführung eigener antizyklischer Konjunkturprogramme. Wichtig ist dabei, dass eine solche Unterstützung nicht die Außenverschuldung der Länder erhöht und dadurch einer neuen Schuldenkrise Vorschub leistet.

10. Fazit: Wachsende Armut, Arbeitslosigkeit, Hunger und Unsicherheit

Die sozialen Folgen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise sind für die Menschen in den Entwicklungs- und Schwellenländern dramatisch: Die Vereinten Nationen gehen davon aus, dass das Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens in diesen Ländern 2009 im Durchschnitt auf Null sank. Für mindestens 60 Entwicklungsländer (von insgesamt 107 Ländern, für die Daten verfügbar sind) prognostizierten die UN sogar ein Fallen des Pro-Kopf-Einkommens, besonders stark in einigen Ländern der ehemaligen Sowjetunion, Subsahara-Afrikas und Lateinamerikas.¹¹³

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) schätzt, dass die Zahl der registrierten Arbeitslosen bis Ende 2009 um über 20 Millionen zugenommen hat.¹¹⁴ Hinzu kommen fünf Millio-

nen Beschäftigte, deren Arbeitsplatz akut gefährdet ist. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit ist damit zwar vorerst niedriger ausgefallen als ursprünglich befürchtet, die offiziellen Zahlen spiegeln jedoch bei weitem nicht das ganze Ausmaß der weltweiten Jobkrise wider. Denn zum einen basieren sie nur auf Statistiken aus 51 Ländern, darunter mit Ägypten und Südafrika nur zwei afrikanischen Ländern. Zum anderen tauchen Millionen von Arbeitslosen, die infolge fehlender sozialer Sicherungssysteme in die informelle Arbeit abgedrängt wurden, in den offiziellen Arbeitslosenstatistiken nicht auf. Dies gilt insbesondere für WanderarbeiterInnen und ArbeitsmigrantInnen, allen voran solche ohne Aufenthaltsgenehmigung. Hinzu kommt, dass die Konjunkturpakete und Beschäftigungsprogramme in einigen Ländern den Anstieg der Arbeitslosigkeit zwar herausgezögert haben, mit wachsenden Arbeitslosenzahlen aber zu rechnen ist, sobald diese Maßnahmen auslaufen. Zudem verschärft die krisenbedingte Arbeitslosigkeit in einigen Ländern lediglich das ohnehin bestehende strukturelle Problem der Unterbeschäftigung. So ist beispielsweise in Südafrika die offizielle Arbeitslosenquote zwischen November 2008 und August 2009 zwar „nur“ um 2,6 Prozentpunkte gestiegen, dies aber von einem Niveau von 21,9 Prozent auf 24,5 Prozent.¹¹⁵

Schließlich hat die Wirtschaftskrise nicht nur Einfluss auf die Quantität sondern auch auf die Qualität der Arbeit. Das Dammoklesschwert der Arbeitslosigkeit führt bei vielen Beschäftigten zu „freiwilligem“ Lohnverzicht und unbezahlter Mehrarbeit. Das Entwicklungsziel der guten bzw. menschenwürdigen Arbeit für Alle (*decent work*) wird zunehmend konterkariert. Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen sind davon besonders betroffen (vgl. Kasten 7).

Auch die Zahl der Menschen, die in extremer Armut leben, steigt infolge der Krise wieder an. Nach unterschiedlichen Schätzungen von Weltbank und UN müssen zwischen 55 und 103 Millionen Menschen mehr in Armut leben, als dies ohne die Krise der Fall gewesen wäre – eine Größenordnung, die der gesamten Bevölkerungszahl Deutschlands entspricht.¹¹⁶ Sie vergrößern die Masse der Menschen, die bisher schon in extremer Armut, das heißt von weniger als 1,25 US-Dollar (in Kaufkraftparitäten) pro Tag, leben mussten. Dies waren nach Weltbank-Schätzungen vor der Krise (2005) 1,375 Mrd. Menschen.¹¹⁷

¹¹⁰ Ebd.

¹¹¹ European Commission (2009), S. 16.

¹¹² European Commission (2009), S. 8ff.

¹¹³ UN (2009b), S. 1.

¹¹⁴ Vgl. ILO (2009f), S. 3ff.

¹¹⁵ Vgl. <http://laborsta.ilo.org>, periodic data, November 2009.

¹¹⁶ Die UN sprechen von 73-103 Millionen zusätzlichen Menschen in extremer Armut, die Weltbank von 55-90 Millionen, vgl. UN Secretary-General (2009), Pkt. 29 und World Bank (2009e), S. 2.

¹¹⁷ Vgl. World Bank (2009e), S. 18. Zum Armutsmaß der Weltbank und den revidierten Schätzungen der weltweiten Zahl der Armen vgl. Martens/Debiel (2008), S. 9f.

Viele der Armen leiden an Unterernährung. Ihre Zahl hat sich bereits infolge der globalen Ernährungskrise seit 2007 drastisch erhöht (s. Kap. 1.2.). Infolge der Weltwirtschaftskrise ist sie im Jahr 2009 weiter auf über eine Milliarde Menschen gestiegen – die höchste Zahl in der Menschheitsgeschichte.¹¹⁸

Angesichts dieses düsteren Krisenszenarios rücken die Chancen, die Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) bis zum Jahr 2015 zu verwirklichen, in immer weitere Ferne.¹¹⁹ Dies betrifft nicht nur das MDG 1, das die Reduzierung von Armut, Arbeitslosigkeit und Hunger zum Ziel hat. Auch die Erreichung der übrigen MDGs ist durch die Wirtschafts- und Finanzkrise akut gefährdet. Das gilt für die Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung für Kinder (MDG 2 – s. Kasten 6), die Senkung der Kinder- und Müttersterblichkeit (MDG 4 und 5), die Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten (MDG 6 – s. Kasten 5), die Wasserversorgung (MDG 7) und nicht zuletzt die Gleichstellung der Geschlechter (MDG 3 – s. Kasten 7). Aus der globalen Finanzkrise wurde mittlerweile eine globale Entwicklungskrise.

Für viele der betroffenen Menschen wird die Krise dauerhafte Folgen haben, die über die Phase der eigentlichen Krise hinaus anhalten. Säuglinge, die unter Mangelernährung leiden, können dadurch für den Rest ihres Lebens gesundheitliche Schäden davon tragen. Kinder, die infolge der Krise nicht zur Schule gehen, haben später als Erwachsene geringere Beschäftigungschancen. Für viele Männer und Frauen, die einmal arbeitslos wurden, bleibt der Zugang zum Arbeitsmarkt auch nach dem Ende der Krise verschlossen. Das gilt insbesondere für MigrantInnen, ungelernte ArbeiterInnen und ältere Menschen. Wenn die Kluft zwischen denen, die infolge der Krise sozial ausgegrenzt wurden, und denen, die die Krise unbeschadet überstanden haben, wächst, birgt dies die Gefahr sozialer Spannungen und politischer Instabilitäten.

Umso dringlicher wäre eine konzertierte Antwort der Regierungen auf die sozialen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise in den Entwicklungsländern. Sie sollte sowohl aus menschenrechtlichen als auch aus ökonomischen, ökologischen und politischen Gründen im wohlverstandenen Eigeninteresse aller Regierungen liegen.

¹¹⁸ Vgl. FAO (2009d), S. 10f.

¹¹⁹ Vgl. zu den MDGs die umfassenden Informationen unter www.un.org/millenniumgoals.

Genderaspekte der Finanzkrise: Frauen zwischen Existenzkrise und Krisenausgleich

Frauen sind von der globalen Finanzkrise je nach Land, Wirtschaftssektor und sozialer Situation unterschiedlich betroffen. Während die wachsende Arbeitslosigkeit im Norden eher männlicher Natur zu sein scheint,¹²⁰ betrifft sie im Süden in hohem Maße Frauen. In Kambodscha waren 90 Prozent derer, die in der Textilbranche ihre Arbeit verloren haben, Frauen. Dagegen waren in den USA seit Beginn der Krise 80 Prozent der Entlassenen Männer.¹²¹ Insgesamt sind in den Industrieländern im ersten Jahr der Krise (2008) mehr Männer arbeitslos geworden als Frauen.¹²²

Daraus die Schlussfolgerung abzuleiten, Frauen würden von der Krise weltweit weniger in Mitleidenschaft gezogen als Männer, wäre jedoch verfehlt. Denn Frauen sind vor allem im Süden aufgrund prekärer Arbeitsverhältnisse mit niedrigem Verdienst und fehlender sozialer Sicherung im Vergleich zu Männern stärker existentiell bedroht.¹²³ Zugleich sichern sie aber nicht selten die Familienexistenz. Häufig fangen sie nicht nur den eigenen Arbeitsplatzverlust auf, sondern auch den ihrer Männer. Frauen sind die „sozialen Airbags“ und stopfen durch schlecht bezahlte Mehrarbeit und unbezahlte Versorgungsarbeit die familiären Haushaltslöcher.¹²⁴ Gleichzeitig haben sie aber weiterhin geringeren Zugang zu und Kontrolle über Geld und Besitz.¹²⁵

Besonders gravierend sind die Folgen der Krise für Frauen, die in der Exportindustrie beschäftigt sind. In Afrika hat der Exporteinbruch in der Blumenindustrie vor allem Frauen in Äthiopien, Kenia, Tansania und Uganda den Arbeitsplatz gekostet. Auch in der Textilindustrie wurden Frauen in allen Regionen der Welt entlassen, von Kenia und Lesotho über Honduras bis Vietnam. Auf den Philippinen haben Textilfabrikanten ihre Näherinnen entlassen, um sie danach zu schlechteren Bedingungen nach Bedarf wieder zu beschäftigen.¹²⁶

Auch von den Einnahmeausfällen der öffentlichen Haushalte und den daraus resultierenden Ausgabenstreichungen sind Frauen besonders betroffen, so zum Beispiel von den Kürzungen der Renten und der Kinderbetreuungsleistungen in verschiedenen Ländern Osteuropas.

¹²⁰ Vgl. dazu z.B. Wichterich (2009), S. 32ff und ILO (2009c), S. 6.

¹²¹ Vgl. Wichterich (2009), S. 33.

¹²² Der Anstieg der Arbeitslosenquote betrug 1,1 Prozentpunkte bei Männern gegenüber 0,8 Prozentpunkten bei Frauen, vgl. ILO (2009c), S. 6.

¹²³ Vgl. ILO (2009c), S. 32.

¹²⁴ Vgl. Wichterich (2009), S. 32.

¹²⁵ Vgl. Baroni et al. (2009), S. 17.

¹²⁶ Vgl. Wichterich (2009), S. 33.

II. Die Antwort der Regierungen: Krisenmanagement zwischen G20 und UN

Die Regierungen haben auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise mit einem bislang einmaligen Gipfelmарathon reagiert. Im Zentrum stand dabei die G20, die Gruppe der wirtschaftsstärksten Industrie- und Schwellenländer. Sie bescherte mit ihren Beschlüssen dem Internationalen Währungsfonds (IWF) eine Renaissance. Die Vereinten Nationen entwickelten sich dagegen immer mehr zum Sprachrohr derer, die vom G20-Prozess ausgeschlossen blieben. Dies sind die überwiegende Mehrzahl der Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, aber auch die Organisationen der Zivilgesellschaft. Fest steht: Durch die Krise ist das Institutionengefüge der globalen Wirtschafts- und Finanzpolitik in Bewegung geraten. Wer am Ende die Gewinner und Verlierer der Reformprozesse sind, ist ungewiss.

1. Aufwertung der G20

Die dramatische Zuspitzung der globalen Finanzkrise im Herbst 2008 machte deutlich, dass die internationalen Gremien, die gerade eine solche Krise verhindern sollten, versagt haben. Dies gilt insbesondere für das Forum für Finanzmarktstabilität (*Financial Stability Forum, FSF*).¹²⁷ Es war 1999 nach der asiatischen Finanzkrise auf Initiative des damaligen Bundesbankpräsidenten Hans Tietmeyer von der G7 gegründet worden, um Schwachstellen im internationalen Finanzsystem zu identifizieren und die Koordination der Aufsichtsorgane zu verbessern.

Ebenfalls bereits 1999 hatten die Regierungen der G7 die G20 ins Leben gerufen. Sie sollte die internationale Koordination der Finanz- und Währungspolitik zwischen der G7 und weiteren wichtigen Industrie- und Schwellenländern verbessern. Die G20 tagte seitdem auf Ebene von Finanzministern und Zentralbankchefs. Das erste Treffen dieser Gruppe fand unter deutschem Vorsitz 1999 in Berlin statt.¹²⁸

Die G20 war in den folgenden Jahren von WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen immer wieder als repräsentativere Alternative zur G7/8 ins Spiel gebracht worden, allen voran vom ehemaligen kanadischen Premier Paul Martin. Er hatte bereits 2003 vorgeschlagen, die G20 sollte sich auf der Ebene von Staats- und Regierungschefs als L-20 (Leaders 20) formieren.¹²⁹

Der damalige US-Präsident George W. Bush griff diese Idee auf und nutzte die G20 als willkommenes Format für das erste Gipfeltreffen zur aktuellen Finanzkrise, das am 15. November 2008 in Washington, D.C. stattfand. Mit zwei weiteren Gipfeln am 2. April 2009 in London und am 24.-25. September 2009 in Pittsburgh wurde die G20 zum zentralen Forum für das globale Krisenmanagement.

In Washington verabschiedete die G20 einen 47 Punkte umfassenden Aktionsplan, der vor allem Beschlüsse zur verbesserten Regulierung und zur Reform des internationalen Finanzsystems enthielt.¹³⁰ Die darin vorgesehenen kurz- und mittelfristigen Maßnahmen sollten in erster Linie die Funktionsfähigkeit der globalen Finanzmärkte wiederherstellen. Unter anderem beschlossen die Staats- und Regierungschefs, das FSF in einen Financial Stability Board (FSB) mit größeren Kompetenzen und einer erweiterten Mitgliedschaft umzuwandeln. Die Folgen der Krise für die Entwicklungsländer wurden in Washington nur am Rande erwähnt.

Beim Londoner Gipfel¹³¹ stand die Überbrückung der weltweiten Liquiditätseingänge im Mittelpunkt. Die Staats- und Regierungschefs kündigten Finanzspritzen von insgesamt mehr als einer Billion US-Dollar an, die hauptsächlich über den IWF kanalisiert werden sollten. Der Währungsfonds erlebte durch diese Entscheidung ein politisches Comeback.

Mit dem Pittsburgh-Gipfel¹³² ernannte sich die G20 endgültig selbst zum zentralen Forum internationaler Wirtschaftskooperation. „Today, we designated the G-20 as the premier

¹²⁷ Vgl. www.financialstabilityboard.org.

¹²⁸ Vgl. www.G20.org.

¹²⁹ Vgl. www.l20.org.

¹³⁰ Vgl. www.G20.org/Documents/G20_summit_declaration.pdf.

¹³¹ Vgl. www.londonsummit.gov.uk.

¹³² Vgl. www.pittsburghsummit.gov.

Die ILO-Initiative für einen globalen Beschäftigungspakt

Als Antwort auf die Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) am 19. Juni 2009 einen globalen Beschäftigungspakt (*Global Jobs Pact*) beschlossen. Er stellt das weitreichendste Maßnahmenpaket zur Bekämpfung einer Wirtschaftskrise dar, das die ILO in ihrer 90jährigen Geschichte je ergriffen hat.

Der globale Beschäftigungspakt ruft Regierungen sowie Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen auf, die weltweite Beschäftigungskrise durch Maßnahmen zu bekämpfen, die sich an der ILO-Agenda für menschenwürdige Arbeit orientieren. Zu den Maßnahmen, die der Pakt vorsieht, gehören öffentliche Infrastrukturinvestitionen, Beschäftigungsprogramme, die Stärkung der Sozialschutzsysteme und Mindestlöhne. Der Pakt appelliert an die Geberländer und die internationalen Entwicklungsorganisationen, die notwendigen Mittel bereitzustellen, um die Umsetzung der Maßnahmen in den Entwicklungsländern zu ermöglichen.

Darüber hinaus fordert der Pakt einen „*stärkeren, global konsistenten Aufsichts- und Regulierungsrahmen für den Finanzsektor*“. Dieser müsse so gestaltet werden, dass er die Realwirtschaft und menschenwürdige Arbeit unterstützt und Sicherheit für die Ersparnisse und Renten der Menschen bietet. Der Pakt erteilt Protektionismus eine Absage und plädiert für eine Wende hin zu einer umwelt- und klimafreundlichen Produktionsweise.

Quelle: ILO (www.ilo.org/public/german/region/eurpro/bonn/download/globaljobspactger.pdf).

forum for our international economic cooperation,“ erklärten die Staats- und Regierungschefs zum Abschluss des Gipfeltreffens.¹³³ Ihre Beschlüsse wurden diesem hohen Anspruch aber kaum gerecht. Sie blieben weitgehend vage und unverbindlich. Gegenüber den ärmsten Ländern bekräftigten sie zwar ihre Zusage, neue Schritte zu unternehmen, um deren Zugang zu Nahrung, Kraftstoffen und Finanzen zu steigern, konkrete Verpflichtungen gingen sie aber nicht ein.¹³⁴ Mit Blick auf die Reform von IWF und Weltbank einigten sie sich auf die Empfehlung, den Stimmrechtsanteil von Schwellen- und Entwicklungsländern im IWF um fünf und in der Weltbank um drei Prozentpunkte zu erhöhen. Davon profitieren hauptsächlich größere Schwellenländer wie China.

Bemerkenswerterweise widmeten die Regierungen einen eigenen Abschnitt des Pittsburgh-Statements dem Thema Arbeit und Beschäftigung. Sie unterstützen darin die Initiative der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) für einen globalen Beschäftigungspakt (s. Kasten 8), bleiben in ihren Formulierungen aber auch hier schwammig, indem sie beispielsweise lediglich empfehlen:

*„The international institutions should consider ILO standards and the goals of the Jobs Pact in their crisis and post-crisis analysis and policy-making activities.“*¹³⁵

Zugleich verabredeten sie für Anfang 2010 ein Treffen der G20-Arbeitsminister, um nach ihren Worten den kontinuierlichen Fokus der Gruppe auf die Beschäftigungspolitik sicherzustellen. Damit geht die G20 weit über ihren ursprünglichen Zuständigkeitsbereich internationaler Finanz- und Währungspolitik hinaus und macht die G7/8 als eigenständige Struktur mehr und mehr überflüssig.

Als normativen Rahmen vereinbarten die Mitglieder der G20 ein Set von Kernprinzipien und Werten für nachhaltige wirtschaftliche Aktivitäten (*Core Values for Sustainable Economic Activity*). Sie sollen die Grundlage für die von Bundeskanzlerin Merkel vorgeschlagene Charta für nachhaltiges Wirtschaften bilden, mit der sich die G20 weiter befassen wird. Die Regierungen verpflichteten sich in ihrer Erklärung von Pittsburgh, acht grundsätzliche Kernprinzipien zu befolgen, darunter die folgenden:

¹³³ G20 (2009d), Pkt. 50.

¹³⁴ Ebd., Präambel, Pkt. 22.

¹³⁵ Ebd., Pkt. 46.

- *„We have a responsibility to provide for financial markets that serve the needs of households, businesses and productive investment by strengthening oversight, transparency and accountability.*
- *We have a responsibility to secure our future through sustainable consumption, production and use of resources that conserve our environment and address the challenge of climate change.*
- *We have a responsibility to invest in people by providing education, job training, decent work conditions, health care and social safety net support, and to fight poverty, discrimination and all forms of social exclusion.*
- *We have a responsibility to recognize that all economies, rich and poor, are partners in building a sustainable and balanced global economy on which the benefits of economic growth are broadly and equitably shared. We also have a responsibility to achieve the internationally agreed development goals.“¹³⁶*

Die G20 stellen rund zwei Drittel der Weltbevölkerung und erwirtschaften knapp 90 Prozent des weltweiten Bruttonationaleinkommens (BNE). Die Gruppe ist damit zweifellos repräsentativer als der exklusive Club der G7/8. Die Selbsterennung der G20 zum zentralen Forum globaler Wirtschafts- und Finanzpolitik¹³⁷ ist aus folgenden Gründen dennoch problematisch:

Mangelnde Repräsentativität: Die G20 bleibt ein selbst-ernannter Club von Staaten, in dem weite Regionen der Welt unterrepräsentiert sind. Von den 54 Ländern Afrikas ist lediglich Südafrika vertreten, von den 35 Ländern Lateinamerikas und der Karibik sind es mit Argentinien, Brasilien und Mexiko lediglich drei. Die Mitglieder der G20 sind sich dieses Defizits durchaus bewusst. Tatsächlich haben an den bisherigen Gipfeltreffen der Gruppe auch wesentlich mehr als 20 Länder teilgenommen. Neben den 19 offiziellen Mitgliedsländern der G20 und der jeweiligen Präsidentschaft der EU als der Nr. 20 waren die Vorsitzenden von NEPAD und ASEAN, der Präsident der Europäischen Kommission sowie die Spitzenvertreter von UN, IWF, Weltbank, WTO, FSF/FSB und ILO (bisher nur in Pittsburgh) anwesend. Als „Beobachter“ nahmen außerdem die Regierungschefs von Spanien (immerhin die achtgrößte Volkswirtschaft der Erde) und den Niederlanden teil. Tatsächlich war die G20 also eher eine G30. Dies änderte nichts an

der schwachen Interessenvertretung der ärmeren Länder, die sich auch in den Beschlüssen der bisherigen Gipfel widerspiegelt (s. Tabelle 4).

Intransparenz: Die Verhandlungs- und Entscheidungsprozesse der G20 vollziehen sich weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Selbst über die Arbeitsstrukturen der Gruppe ist wenig bekannt. Medien, Zivilgesellschaft, Parlamente und die Länder, die nicht Mitglied im Club sind, erfahren von den diskutierten Themen und den Entscheidungen meist erst im Nachhinein, wenn die Gipfelerklärung präsentiert wird. Während sich in der internationalen Politik der letzten Jahre Prozesse hin zu mehr Transparenz vollzogen haben – selbst in Organisationen wie Weltbank, IWF und WTO – bedeutet die mangelnde Offenheit der G20 einen erheblichen Rückschritt.

Zivilgesellschaft ausgeschlossen: Zivilgesellschaftliche Gruppen und Organisationen wurden in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu einem wichtigen und weithin anerkannten Akteur in der internationalen Politik. Ihre Beteiligung fördert den demokratischen Pluralismus und die Artikulation von Interessen und Positionen, die bei reinen Regierungsveranstaltungen unterrepräsentiert blieben. Die meisten internationalen Organisationen, allen voran die UN, haben sich der Zivilgesellschaft mehr und mehr geöffnet. Selbst die G8 hat in den vergangenen Jahren einen, wenn auch umstrittenen, Dialogprozess mit zivilgesellschaftlichen Gruppen etabliert. Die G20 ist bislang gegenüber der Zivilgesellschaft blind. Systematische Konsultations- und Beteiligungsverfahren existieren nicht und selbst rudimentäre Formen des Informationsaustauschs oder sporadische Treffen fanden bisher nicht statt.

Keine Umsetzungskapazitäten: Als informeller Club verfügt die G20 weder über ein eigenes Sekretariat noch über die Infrastruktur, um die Umsetzung ihrer Beschlüsse zu überwachen und zu koordinieren. Selbst die Website der G20 ändert sich mit dem jährlich wechselnden Vorsitz der Gruppe (2009: Großbritannien, 2010: Südkorea). Das Verhältnis zwischen der ursprünglichen G20 der Finanzminister und Notenbankchefs und der neuen G20 der Staats- und Regierungschefs ist ebenso unklar wie das Verhältnis zwischen G20 und G7/8. Auch wenn die G20 formell keine Arbeitsaufträge erteilen kann, wird der IWF zunehmend zur „Durchführungsorganisation“ der Gruppe. Daneben spielen auch die OECD und der FSB eine wachsende Rolle bei der Umsetzung von G20-Beschlüssen. Die Interessen der Entwicklungsländer sind dort kaum vertreten.

¹³⁶ Ebd., Annex: Core Values for Sustainable Economic Activity, Pkt. 5.

¹³⁷ Vgl. dazu auch Falk (2009a).

Zivilgesellschaftliche Organisationen haben wiederholt auf die Grenzen und Defizite der G20 hingewiesen.¹³⁸ Und selbst Bundeskanzlerin Angela Merkel hat eingeräumt:

*„Die G20 sind natürlich ein Fortschritt; aber sie sind längst nicht das ganze Bild der Welt. Deshalb brauchen wir, so wie wir für die Fragen der Sicherheit und der Menschenrechte die Vereinten Nationen und einen UN-Sicherheitsrat haben, nach meiner festen Überzeugung auch für die Wirtschaft einen Weltwirtschaftsrat. Wir brauchen so etwas wie eine Wirtschafts-UNO. Wir können feststellen: Wir müssen gar nicht bei null anfangen; denn die Gründungsväter der Vereinten Nationen haben bereits einen Rat für Wirtschafts- und Sozialfragen installiert, der allerdings heute ein jämmerliches Schattendasein führt. Deshalb muss sich etwas ändern: Wir müssen eine Weltwirtschaftsordnung mithilfe eines solchen Weltwirtschaftsrates bauen.“*¹³⁹

Dieser Appell blieb jedoch bislang folgenlos – auch in der deutschen Politik. Stattdessen schreiten die Institutionalisierung der G20 und ihre Fusion mit der G8 voran. Der Gipfel-fahrplan für die kommenden zwei Jahre steht bereits fest: Im Juni 2010 wird die G20 in Kanada und im November 2010 in Südkorea zusammenkommen. Ab 2011 soll der Gipfel dann im jährlichen Turnus stattfinden, zunächst in Frankreich.

Tabelle 4

Die G20-Mitglieder und Beobachter

G20-Mitglieder

Argentinien
Australien
Brasilien
Großbritannien
Kanada
China
Europäische Union
Frankreich
Deutschland
Indien
Indonesien
Italien
Japan
Mexiko
Russland
Saudi Arabien
Südafrika
Südkorea
Türkei
USA

G20-Beobachter

Länder

Spanien
Niederlande

Regionale Organisationen

Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD)
Verband südostasiatischer Nationen (ASEAN)
Europäische Kommission

Internationale Organisationen

Vereinte Nationen (UN)
Weltbank
Internationaler Währungsfonds (IWF)
Internationale Arbeitsorganisation (ILO)
Welthandelsorganisation (WTO)
Rat für Finanzmarktstabilität (FSB)

¹³⁸ Vgl. z.B. die Stellungnahme der internationalen Women's Working Group on Financing for Development zum G20-Gipfel in Pittsburgh: „G20 & the IMF: Peddling Cosmetic Changes while hounded by Illegitimacy“ (<http://blog.socialwatch.org/g20-the-imf-peddling-cosmetic-changes-while-hounded-by-illegitimacy/#more-669>).

¹³⁹ Angela Merkel am 1. Dezember 2008 in ihrer Rede auf dem CDU-Parteitag in Stuttgart (www.angela-merkel.de/081201-rede-merkel-stbericht.pdf, S. 21).

2. Renaissance des IWF

Der IWF gehört zu den Profiteuren der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise. In der weltwirtschaftlichen Schönwetterperiode der Jahre 2002-2007 war er als Krisenmanager weitgehend überflüssig geworden. Nach der schweren Finanzkrise in der Türkei (2001) hatte kein Land mehr einen größeren Stand-by-Kredit des IWF zur Überbrückung kurzfristiger Zahlungsbilanzschwierigkeiten in Anspruch nehmen müssen. Einige Länder, insbesondere Brasilien und Argentinien, zahlten ihre IWF-Kredite sogar vorzeitig zurück, um die damit verbundenen politischen Konditionen abzuschütteln und ihre wirtschaftspolitische Souveränität zurück zu gewinnen. Im Oktober 2008 hatten die bewilligten Stand-by-Kredite des IWF einen Umfang von gerade einmal 1,8 Mrd. US-Dollar (1,2 Mrd. Sonderziehungsrechte).¹⁴⁰ Ein gutes Jahr später betrug der Kreditrahmen für insgesamt 23 Länder (Stand-by-Kredite für 20 Länder und die neugeschaffene Flexible Kreditlinie für Kolumbien, Mexiko und Polen) 174 Mrd. US-Dollar (108 Mrd. Sonderziehungsrechte) (s. Tabelle 5).¹⁴¹

Nach den Beschlüssen des Londoner G20-Gipfels sollten die IWF-Mittel im Rahmen der sogenannten Neuen Kreditvereinbarungen (*New Arrangements to Borrow, NAB*) um bis zu 500 Milliarden US-Dollar aufgestockt werden. Zugleich rief die G20 den IWF auf, neue Sonderziehungsrechte (SZR) im Umfang von 250 Mrd. US-Dollar auszugeben.¹⁴² Dies geschah am 28. August 2009. Hinzu kam eine einmalige Zuteilung von weiteren SZR im Umfang von 33 Mrd. US-Dollar, die bereits 1997 beschlossen, aber bislang von den USA blockiert worden war.¹⁴³ Von den insgesamt 283 Mrd. US-Dollar stehen etwa 110 Mrd. den Schwellen- und Entwicklungsländern zur Verfügung, davon rund 20 Mrd. den Entwicklungsländern mit niedrigem Einkommen.¹⁴⁴ Wollen die Länder die ihnen zugeordneten Mittel nutzen, müssen sie einen wenn auch derzeit niedrigen Zins bezahlen (Dezember 2009: 0,24 Prozent).

Von der allgemeinen Aufstockung der IWF-Mittel profitieren die armen Länder nur in geringem Maße. 2009 und 2010 sollen für sie lediglich jeweils bis zu vier Mrd. US-Dollar

zur Verfügung stehen. Da diese Mittel als Kredite vergeben werden, besteht die Gefahr, dass sie in einigen Ländern zur Verschärfung der Schuldenprobleme beitragen. Zudem sind diese Mittel (im Gegensatz zur Inanspruchnahme von Sonderziehungsrechten) weiterhin mit makroökonomischen Auflagen verknüpft, die die betroffenen Länder erneut in eine wirtschaftspolitische Abhängigkeit vom IWF bringen.

Eine umfangreiche Untersuchung des Washingtoner Center for Economic and Policy Research vom Oktober 2009 kommt zu dem Schluss, dass 31 von 41 Kreditvereinbarungen zwischen dem IWF und Entwicklungs- oder Schwellenländern mit prozyklischen Konditionalitäten, wie dem Einfrieren der Staatsausgaben, verknüpft wurden, die die wirtschaftliche Rezession in vielen dieser Länder eher noch verschärften.¹⁴⁵

Der IWF hat zwar als Reaktion auf die Wirtschaftskrise die Auflagen in einigen Ländern abgeschwächt und nach eigenen Angaben in einer Reihe betroffener Länder gezielt Sozialausgaben vor Kürzungen bewahrt,¹⁴⁶ eine systematische Abkehr von den Politikrezepten der Vergangenheit ist aber bisher nicht zu erkennen. Zu diesem Schluss kommt auch die UNCTAD in ihrem Bericht über Handel und Entwicklung 2009. Darin heißt es:

*„(...) in reality, the conditions attached to recent lending operations have remained quite similar to those of the past. Indeed, in almost all its recent lending arrangements, the Fund has continued to impose procyclical macroeconomic tightening, including the requirement for a reduction in public spending and an increase in interest rates.“*¹⁴⁷

Dennoch haben die Mitglieder der G20 dem IWF eine zentrale Rolle im gegenwärtigen Krisenmanagement zugewiesen, wenngleich sie in ihrer Erklärung von Pittsburgh durchaus kritisch *„the need for a more legitimate and effective IMF“* betonen.¹⁴⁸ Ihre Schlussfolgerung:

*„Modernizing the IMF’s governance is a core element of our effort to improve the IMF’s credibility, legitimacy, and effectiveness.“*¹⁴⁹

Zur „Modernisierung“ des IWF soll der Quotenanteil der unterrepräsentierten Entwicklungs- und Schwellenländer bis Januar 2011 um mindestens fünf Prozentpunkte erhöht werden.

¹⁴⁰ IMF Financial Activities, Update October 2, 2008 (www.imf.org/external/np/tre/activity/2008/100208.htm).

¹⁴¹ IMF Financial Activities, Update December 3, 2009 (www.imf.org/external/np/tre/activity/2009/120309.htm).

¹⁴² Sonderziehungsrechte (SZR) sind eine künstliche Währung, die vom IWF 1969 eingeführt wurde. Ihr Wechselkurs wird durch einen Währungskorb der wichtigsten Weltwährungen bestimmt. SZR werden den Mitgliedern des IWF entsprechend ihrer Quote im IWF zugeteilt. Sie sind Teil der Währungsreserven eines Landes und sollen vor allem dazu dienen, kurzfristige Liquiditätsengpässe zu überbrücken (mehr dazu unter www.imf.org/external/np/exr/facts/sdr.htm).

¹⁴³ Vgl. www.imf.org/external/pubs/ft/survey/so/2009/POL082809A.htm.

¹⁴⁴ Der Anteil Deutschlands an den SZR-Zuteilungen beträgt rund 11,8 Milliarden Euro (10,8 Milliarden SZR zum Kurs vom 1. September 2009).

¹⁴⁵ Vgl. Weisbrodt et al. (2009).

¹⁴⁶ Vgl. www.imf.org/external/np/exr/facts/protect.htm.

¹⁴⁷ UNCTAD (2009e), S. VII.

¹⁴⁸ G20 (2009d), Pkt. 20.

¹⁴⁹ Ebd., Pkt. 21.

Tabelle 5

Tabelle 5: Stand-by-Kredite des IWF

(Stand: 3. Dezember 2009)

Land	Gesamtumfang der bewilligten Kredite	Bisher nicht in Anspruch genommene Kredite	Ausstehende Kredite
<i>in Millionen Sonderziehungsrechten (SZR) (1 SZR = 1,61181 US-Dollar)</i>			
Stand-by Kredite			
Angola	859	630	229
Armenien	534	232	302
Belarus	2.270	876	1.394
Bosnien	1.015	832	183
Costa Rica	492	492	--
Dominikanische Republik	1.095	895	489
El Salvador	514	514	--
Gabun	77	77	--
Georgien	747	365	383
Guatemala	631	631	--
Ungarn	10.538	2.901	7.637
Island	1.400	735	665
Lettland	1.522	808	714
Mongolei	153	61	92
Pakistan	7.236	3.833	3.403
Rumänien	11.443	5.355	6.088
Serbien	2.619	1.918	702
Seychellen	18	9	9
Sri Lanka	1.654	1.240	446
Ukraine	11	4	7
Zwischensumme	55.814	26.402	29.734
Flexible Kreditlinie			
Kolumbien	6.966	6.966	--
Mexiko	31.528	31.528	--
Polen	13.690	13.690	--
Zwischensumme	52.184	52.184	--
Gesamt	107.998	78.586	29.734

Quelle: IWF (www.imf.org/cgi-shl/create_x.pl?fa+2009)

Diese Empfehlung geht nicht über den Grundsatzbeschluss des Internationalen Währungs- und Finanzausschusses des IWF vom April 2008 hinaus. Größter Nutznießer einer solchen Reform wäre China, dessen Quotenanteil sich nach neuesten Kalkulationen des IWF von derzeit 3,7 auf 7,4 Prozent verdoppeln könnte.¹⁵⁰ Die BRICs, das heißt die verstärkt im Verbund auftretenden Länder Brasilien, Russland, Indien und China, würden ihren gemeinsamen Quotenanteil von derzeit 9,8 Prozent auf rund 14 Prozent erhöhen. Dies geht ihnen nicht weit genug. Sie forderten bei der Jahrestagung von IWF und Weltbank Anfang Oktober 2009 in Istanbul eine Aufstockung der Anteile für Schwellen- und Entwicklungsländer um sieben Prozent. Mit über 15 Prozent der Quoten hätten sie dann, ebenso wie die USA, bei wichtigen Entscheidungen des Fonds eine Sperrminorität.

Ein bemerkenswerter Aspekt des gegenwärtigen Reformprozesses ist die Öffnung des IWF gegenüber Nichtregierungsorganisationen.¹⁵¹ Unter Federführung seines geschäftsführenden Direktors, des französischen Sozialisten Dominique Strauss-Kahn, bildeten Konsultationen mit der Zivilgesellschaft 2009 die sogenannte vierte Säule im Reformprozess.¹⁵² Der 43-seitige Abschlussbericht über diese Konsultationen vom September 2009 enthält eine umfassende Liste von Reformempfehlungen. Sie zielen unter anderem auf eine weitergehende Umverteilung von Quoten und Stimmrechten zugunsten der Entwicklungsländer, die Einführung des Abstimmungsverfahrens der Doppelten Mehrheiten (Mehrheit der Mitglieder und Mehrheit des Kapitals), die stärkere Rechenschaftspflicht des IWF für seine Programme auf Länderebene und die Abkehr von einseitigen Politikrezepten zur Erzielung von Leistungsbilanzüberschüssen im Interesse ausländischer Gläubiger.¹⁵³

Ob der nun abgeschlossene Konsultationsprozess ein Einzelfall bleibt oder den Beginn einer systematischeren Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen in die Arbeit des IWF markiert, bleibt abzuwarten. Ebenso ungewiss ist, ob die Ergebnisse dieser Konsultationen irgendeinen Einfluss auf den weiteren Reformprozess im IWF haben werden.

3. Ambivalente Rolle der UN

Die Vereinten Nationen haben in der akuten Krisendiplomatie nach dem Zusammenbruch der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 keine Rolle gespielt. Sie blieben Zaungast im hektischen Krisenmanagement, das von G20 und IWF dominiert wurde. Gleiches galt für die überwiegende Mehrheit ihrer 192 Mitgliedsstaaten. Sie fanden ein Forum in der zweiten UN-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung, die vom 29. November bis 2. Dezember 2008 in Doha stattfand. Dort warnten viele Redner vor den dramatischen Folgen der Krise für die Entwicklungsländer und kritisierten, dass diese Problematik in den politischen Reaktionen der Industrieländer auf die Krise kaum eine Rolle spielte. Gerade die in der G77 zusammengeschlossenen Länder des Südens werteten es daher als Erfolg, dass die Regierungen sich in Doha auf eine weitere internationale Konferenz verständigten, die sich speziell mit der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise und ihren Auswirkungen auf die Entwicklungsländer befassen sollte. Sie fand vom 24. bis 26. Juni 2009 in New York statt.

Die Vorzeichen für diese Konferenz waren denkbar ungünstig: Während die westlichen Industrieländer den UN die Kompetenzen für die internationale Wirtschafts- und Finanzpolitik grundsätzlich absprachen und auf die aus ihrer Sicht dafür zuständigen Organisationen verwiesen, nahm die G77 unter dem Vorsitz des Sudan und der Wortführerschaft von Ländern wie Nicaragua, Venezuela und Kuba bei den Verhandlungen fundamentale Gegenpositionen ein, die Kompromisse fast unmöglich erscheinen ließen. Im Kern forderten sie eine zentrale Führungsrolle der UN und ihrer Generalversammlung in der internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Umso überraschender kam die Einigung auf ein Abschlussdokument, das einige bemerkenswerte Aussagen zur künftigen Rolle der UN in Wirtschafts- und Finanzfragen enthält.¹⁵⁴ Der zentrale Satz in dem Ergebnisdokument lautet:

*„While recognizing the decisions taken in the G-20, we are resolved to strengthen the role of the United Nations and its Member States in economic and financial affairs, including its coordinating role.“*¹⁵⁵

Die Regierungen gehen in dem 15-seitigen Dokument ungewohnt deutlich auf den Zustand der Weltwirtschaft und die Ursachen für die gegenwärtige Krise ein. Sie sprechen von

¹⁵⁰ Vgl. www.imf.org/external/np/fin/quotas/2009/091509.htm

¹⁵¹ Vgl. www.imf.org/external/np/exr/cs/Index.aspx

¹⁵² Vgl. <http://thefourthpillar.ning.com>. Die anderen drei „Säulen“ des Reformprozesses waren ein Report des Independent Evaluation Office des IWF vom Mai 2008, der Bericht einer Arbeitsgruppe des IWF-Verwaltungsrates unter Leitung des schweizerischen Exekutivdirektors Thomas Moser sowie der Bericht des Committee of Eminent Persons on IMF Governance Reform unter dem Vorsitz des damaligen südafrikanischen Finanzministers Trevor Manuel vom März 2009 (s. www.imf.org/external/pubs/ft/survey/so/2009/NEW062509A.htm).

¹⁵³ Vgl. Lombardi (2009).

¹⁵⁴ Vgl. UN General Assembly (2009).

¹⁵⁵ Ebd., Pkt. 16.

der „systemischen Fragilität“ und den „Ungleichgewichten“, die zum unzulänglichen Funktionieren der Weltwirtschaft beigetragen hätten.¹⁵⁶ Sie räumen selbstkritisch inkonsistente und mangelhaft koordinierte Wirtschaftspolitiken, unzulängliche Strukturreformen, den Mangel an Transparenz und finanzieller Integrität sowie das blinde Vertrauen („overreliance“) in die Selbstregulierung der Märkte ein. Vor diesem Hintergrund betonen sie die Notwendigkeit effektiveren staatlichen Handelns, „um ein angemessenes Gleichgewicht zwischen dem Markt und dem öffentlichen Interesse sicherzustellen.“¹⁵⁷

Als Antwort auf Zahlungsbilanzschwierigkeiten billigen sie den betroffenen Ländern das Recht auf legitime handelsbeschränkende Maßnahmen („trade defense measures“) und vorübergehende Kapitalverkehrsbeschränkungen zu.¹⁵⁸ Regierungen müssten die notwendige Flexibilität haben, um antizyklische Politikmaßnahmen durchführen zu können. Aus diesem Grund fordern sie auch die Rationalisierung („streamlining“) und „Modernisierung“ von Konditionalitäten. Die bestehenden und zukünftigen Programme des IWF sollten nicht an ungerechtfertigte prozyklische Auflagen geknüpft werden.¹⁵⁹

Unter der Überschrift „Der Weg nach vorne“ („The Way Forward“) enthält das Abschlussdokument unter anderem folgende, auf den ersten Blick unspektakuläre Beschlüsse zum institutionellen Folgeprozess, die für die Vereinten Nationen von großer Bedeutung sein können:

1. Die Generalversammlung wird aufgefordert, eine „Ad-hoc Open-ended Working Group“ zur globalen Wirtschafts- und Finanzkrise einzurichten. Sie soll der Generalversammlung bis zum September 2010 einen Fortschrittsbericht vorlegen.¹⁶⁰ Diese Arbeitsgruppe wurde im Juli 2009 ins Leben gerufen.
2. Der Wirtschafts- und Sozialrat der UN (ECOSOC) soll der Generalversammlung Empfehlungen zur Einrichtung eines Ad-hoc Expertenpanels vorlegen, das sich mit der Weltwirtschafts- und Finanzkrise und ihren Auswirkungen auf Entwicklung befassen soll.¹⁶¹ Das Panel soll unabhängige Expertisen erstellen und den Dialog zwischen Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft fördern.

3. Der ECOSOC soll die Stärkung des UN-Expertenausschusses zur internationalen Zusammenarbeit in Steuerfragen prüfen.¹⁶² Diesen Auftrag hatte er bereits bei der Doha-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung erhalten. Weitergehende Beschlüsse wurden von EU und USA verhindert.
4. Der ECOSOC soll die Abkommen zwischen UN und Bretton-Woods-Institutionen (BWIs) in Kooperation mit diesen überprüfen. Ziel ist es, die Zusammenarbeit zwischen UN und BWIs zu verbessern.¹⁶³
5. Der ECOSOC soll der Generalversammlung Vorschläge zur Stärkung des „Financing for Development“-Follow-up-Prozesses vorlegen.¹⁶⁴ Im Kern geht es darum, wie die UN Fragen der Entwicklungsfinanzierung künftig auf zwischenstaatlicher Ebene effektiver bearbeiten kann.

Diese Entscheidungen bedeuten, dass die UN im globalen Diskurs über die Wirtschafts- und Finanzkrise nicht völlig marginalisiert wurden. Zivilgesellschaftliche Organisationen und Wissenschaftler hatten im Vorfeld freilich wesentlich weitergehende Forderungen formuliert.

Eine wichtige Rolle spielte dabei die internationale Expertenkommission, die vom Präsidenten der UN-Generalversammlung, dem Nicaraguaner Miguel d'Escoto Brockmann, Ende 2008 eingesetzt worden war.¹⁶⁵ Die Kommission unter Leitung des Wirtschaftsnobelpreisträgers Joseph Stiglitz sollte Vorschläge zu Reformen des internationalen Währungs- und Finanzsystems ausarbeiten. Ihr gehörten 18 international renommierte Finanzexperten und Politiker an, darunter auch die damalige Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul. Ein Zwischenbericht der Kommission wurde im März 2009 veröffentlicht, der Abschlussbericht erschien am 21. September 2009.¹⁶⁶ Darin hat die Kommission auf 140 Seiten neben Empfehlungen für kurzfristige Maßnahmen im Bereich der Finanzmarktregulierung und der Wirtschaftspolitik Vorschläge für weitreichende Reformen im internationalen Finanzsystem formuliert. Ihr grundsätzlicher Appell lautet:

„First, and most important, the decisions concerning necessary reforms in global institutional arrangements must be made

¹⁵⁶ Ebd. Pkt. 9.

¹⁵⁷ Ebd.

¹⁵⁸ Ebd. Pkt. 15.

¹⁵⁹ Ebd. Pkt. 17.

¹⁶⁰ Ebd. Pkt. 54.

¹⁶¹ Ebd. Pkt. 56e.

¹⁶² Ebd. Pkt. 56c.

¹⁶³ Ebd. Pkt. 56d.

¹⁶⁴ Ebd. Pkt. 56b.

¹⁶⁵ Für nähere Informationen über die Commission of Experts of the President of the General Assembly on Reforms of the International Monetary and Financial System („Stiglitz-Kommission“) siehe www.un.org/ga/president/63/commission/financial_commission.shtml

¹⁶⁶ Vgl. Commission of Experts (2009).

not by a self-selected group (whether the G-7, G-8, G-10, G20, or G-24), but by all the countries of the world, working in concert. This inclusive global response will require the participation of the entire international community; it must encompass representatives of the entire planet, the G-192.”¹⁶⁷

Die Vorschläge der Stiglitz-Kommission gehen weit über die Beschlüsse der G20-Gipfel und der Finanzkrisenkonferenz der UN hinaus. Dazu zählen unter anderem:

- Die Schaffung eines neuen globalen **Währungsreserve-systems**, das den US-Dollar als zentrale Reservewährung ablöst.
- Die Einrichtung eines internationalen **Gerichtshofs für Umschuldung** (*International Debt Restructuring Court*).
- Die Einführung national erhobener und **international koordinierter Steuern**, insbesondere auf Kohlendioxid-emissionen und Finanztransaktionen.
- Die Aufwertung des UN-Expertenausschusses zur internationalen Zusammenarbeit in Steuerfragen zu einer **Zwischenstaatlichen Kommission für Steuerfragen** sowie die Unterstützung der deutschen Initiative für einen International Tax Compact zur Stärkung internationaler Steuerkooperation.
- Die langfristige Gründung eines **Globalen Wirtschaftskoordinationsrates** (*Global Economic Coordination Council*) unter dem Dach der Vereinten Nationen auf einer Ebene mit der Generalversammlung und dem Sicherheitsrat.
- Die kurzfristige Schaffung eines **Internationalen Expertenpanels** nach dem Vorbild des Weltklimarates (*Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC*). Das Panel soll die systemischen Risiken in der Weltwirtschaft beobachten und bewerten und damit auch eine Frühwarnfunktion für die politischen Entscheidungsorgane übernehmen.

Eine solche Rolle hatte auch die G20 den UN ansatzweise zugestanden. Im Kommuniqué ihres Londoner Gipfels riefen sie die UN auf,

„(...) to establish an effective mechanism to monitor the impact of the crisis on the poorest and most vulnerable.”¹⁶⁸

Auf der operativen Ebene haben die UN darauf bereits reagiert und mit der Einrichtung eines *Global Impact and Vulnerability Alert System (GIVAS)* begonnen (www.voicesofthevulnerable.net). GIVAS soll nicht nur die Finanzkrise und ihre Auswirkungen in den Blick nehmen sondern die diversen globalen Krisenerscheinungen (Finanzen, Hunger, Klima, Krankheiten etc.) in ihrer Komplexität und Interdependenz beobachten. Es soll bestehende Frühwarnsysteme verknüpfen und „in Echtzeit“ Daten zu akuten Krisen liefern. Auf diese Weise soll es die tatsächlichen und potentiellen Auswirkungen von Krisen, insbesondere für besonders verwundbare Bevölkerungsgruppen, sichtbar machen – und damit auch Entscheidungsgrundlagen für die Politik liefern.

Die Reaktionen der Vereinten Nationen auf die Krise lassen sich damit zu drei Punkten zusammenfassen:

- Auf der politischen Ebene schufen sie mit der Ad-hoc-Arbeitsgruppe der Generalversammlung ein neues Gremium, das sich mit der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise und ihren Auswirkungen für die Entwicklungsländer befassen wird.
- Auf der wissenschaftlichen Ebene sind sie im Begriff, ein Internationales Expertenpanel einzusetzen, das sich mit den systemischen Risiken in der Weltwirtschaft befassen soll.
- Auf der operativen Ebene installieren sie mit dem *Global Impact and Vulnerability Alert System (GIVAS)* ein neues Krisenfrühwarnsystem.

Den Referenzrahmen für diese Aktivitäten bilden das Abschlussdokument der UN-Konferenz zur globalen Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 und der Bericht der Stiglitz-Kommission.

Ob die Vereinten Nationen damit künftig eine signifikante Rolle in der internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik spielen, wird davon abhängen, welchen politischen Stellenwert die Regierungen – allen voran die Regierungen der G20 – ihnen einräumen. Eine Schlüsselrolle kommt dabei den G20-Mitgliedern aus dem Süden zu. Die politischen Trends seit dem Herbst 2008 sprechen allerdings eher für eine Machtverlagerung hin zur G20 mit dem IWF als „Durchführungsorganisation“.

Dennoch markieren die Entscheidungen des Jahres 2009 für die Vereinten Nationen einen wichtigen Fortschritt. Sie haben mit den neuen Gremien das Potenzial erhalten, den politischen und gesellschaftlichen Diskurs im Bereich internatio-

¹⁶⁷ Commission of Experts (2009), S.15.

¹⁶⁸ www.londonsummit.gov.uk/resources/en/PDF/final-communique

naler Wirtschafts- und Finanzpolitik zu beeinflussen und den Interessen der Länder und Gruppen ein Forum zu bieten, die in der G20 nicht zu Wort kommen. Eine Stärke der Vereinten Nationen ist ihre Trendsetter-Rolle. Unter dem Dach der UN werden immer wieder Themen auf die internationale Agenda gesetzt, die erst später zum gesellschaftlichen Mainstream werden. Das gilt für den Nachhaltigkeitsdiskurs ebenso wie für die Gender-Thematik oder die langjährigen Debatten über

die Besteuerung der Finanzmärkte (Stichwort: Tobin-Steuer). Als Nebeneffekt der gegenwärtigen Krise besteht für die UN nun die Chance, diese Rolle auch auf den Bereich globaler Wirtschafts- und Finanzpolitik auszudehnen. Angesichts der fortbestehenden Defizite von G20 und IWF bleibt zu hoffen, dass sie diese Chance trotz ihrer politischen Schwerfälligkeit nutzen können.

III. Wege aus der Entwicklungskrise

Die Regierungen haben auf die dramatischen Folgen der globalen Krise bislang nicht angemessen reagiert. Ihre Maßnahmen blieben in der Reichweite beschränkt und dienten in erster Linie der Reparatur und der Stabilisierung des bestehenden Systems – und damit desselben Systems, das die gegenwärtige Krise erst ermöglicht hat. Vor allem die Belange der Menschen in den ärmeren Ländern wurden im bisherigen Krisenmanagement der Regierungen zu wenig berücksichtigt. Notwendig ist daher ein umfassendes Programm gegen die globale Entwicklungskrise, das die Interessen der Menschen in den Entwicklungsländern in den Mittelpunkt stellt und sowohl Schritte zur Bewältigung der akuten Krisenerscheinungen als auch der langfristigen strukturellen Krisen einschließt. Es umfasst effektive Regeln gegen den Casino-Kapitalismus, Reformen im globalen System der Wirtschafts- und Finanzinstitutionen, zusätzliche Finanzmittel für öko-soziale Entwicklungsprogramme, weltweite Schritte hin zu einem ökologischen Wohlfahrtsstaat sowie die grundsätzliche Wende hin zu einem ganzheitlichen, rechtsbasierten Entwicklungsmodell.

Die Reaktionen der Regierungen auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise haben gezeigt, dass sie unter akutem Handlungsdruck zu raschen und weitreichenden politischen Entscheidungen fähig sind.

Die Regierungen der wirtschaftsstärksten Länder haben im Zuge des globalen Krisenmanagements ihre multilaterale Zusammenarbeit intensiviert. Sie haben quasi über Nacht die G20 an Stelle der jahrzehntelang dominierenden G7/8 zum zentralen Koordinierungsgremium globaler Wirtschaftspolitik gemacht.

Die Regierungen haben zur Verhinderung einer wirtschaftlichen Depression in ihren Ländern binnen weniger Wochen Konjunkturprogramme im Gesamtumfang von zwei Billionen US-Dollar beschlossen – eine Summe, die die kumulierte öffentliche Entwicklungshilfe der letzten 50 Jahre bei weitem übersteigt. Sie haben in noch größerem Umfang finanzielle Rettungspakete für den Bankensektor geschnürt. Allein in Deutschland wurde der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung¹⁶⁹ mit 480 Mrd. Euro ausgestattet, um mit Hilfe von Garantien, Eigenkapitalspritzen und Risikoübernahmen Banken zu unterstützen, die sich auf den Finanzmärkten verspekuliert haben.

Die Krise hat aber auch zu einem Wandel im wirtschaftspolitischen Diskurs geführt. Das blinde Vertrauen neoliberaler Ökonomen und der von ihnen beratenen Regierungen in die Selbstregulierungskräfte des Marktes ist erschüttert. Selbst der frühere US-Notenbankchef Alan Greenspan räumte grundsätzliche Fehleinschätzungen ein: *„Ich habe falsch gelegen mit der Annahme, dass Organisationen – speziell Banken – aufgrund von Eigeninteresse ihre Aktionäre und ihr Firmenkapital am*

besten schützen können“, sagte er im Oktober 2008 vor dem US-Kongress.¹⁷⁰ Als Reaktion auf die Krise ist nun vermehrt die Rede von der Notwendigkeit effektiveren staatlichen Handelns und eines *„angemessenen Gleichgewichts zwischen dem Markt und dem öffentlichen Interesse.“*¹⁷¹

Themen und Forderungen, die für die tonangebende Politik lange Jahre tabu waren, sind nun „hoffähig“. Bestes Beispiel ist die Debatte über eine internationale Finanztransaktionssteuer. Der Vorschlag wurde, zunächst mit Blick auf Devisentransaktionen (Stichwort Tobin-Steuer), seit 1994 auf globaler Ebene diskutiert. Die breite Masse der Regierungen lehnte ihn damals als unpraktikabel und illusionär ab. 1998 gründete sich das globalisierungskritische Netzwerk attac, das diesen Vorschlag in seinem Namen führt.¹⁷² Gut zehn Jahre später wird er von einer wachsenden Zahl von Regierungen – auch innerhalb der G20 – unterstützt. So sprachen sich Bundeskanzlerin Angela Merkel und der britische Premier Gordon Brown für diese Idee aus, und selbst der frühere Geschäftsführende Direktor des IWF und jetzige Bundespräsident Horst Köhler sagte im Oktober 2009:

*„Ich halte es auch für richtig, wenn sich Deutschland mit Nachdruck für eine Abgabe auf internationale Finanztransaktionen einsetzt.“*¹⁷³

¹⁷⁰ Zitiert nach www.manager-magazin.de/geld/artikel/0,2828,585921,00.html.

¹⁷¹ So die Regierungen im Abschlussdokument des UN-Gipfels zur globalen Wirtschafts- und Finanzkrise. www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/RES/63/303&Lang=E

¹⁷² Attac steht für „association pour une taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyens“, d.h. auf deutsch „Vereinigung für eine Besteuerung von Finanztransaktionen zum Nutzen der Bürger“.

¹⁷³ Vgl. Köhler, Horst (2009): Politische Stabilität und tatkräftiges Regieren. Ansprache von Bundespräsident Horst Köhler aus Anlass der Ernennung des Bundeskabinetts am 28. Oktober 2009 in Berlin. (www.bundespraesident.de/Anlage/original_658957/Ansprache-von-Bundespraesident-Horst-Koehler-aus-Anlass-der-Ernen-nung-des-Bundeskabinetts.pdf).

¹⁶⁹ Vgl. www.soffin.de.

Und auch auf EU-Ebene ist Bewegung in die Auseinandersetzungen gekommen. Zum Abschluss ihres Gipfels am 10. und 11. Dezember 2009 in Brüssel stellten die Staats- und Regierungschefs der EU fest:

*„The European Council emphasises the importance of renewing the economic and social contract between financial institutions and the society they serve and of ensuring that the public benefits in good times and is protected from risk. The European Council encourages the IMF to consider the full range of options including insurance fees, resolution funds, contingent capital arrangements and a global financial transaction levy in its review.“*¹⁷⁴

Die Veränderungen im politischen Diskurs schlugen sich allerdings bislang nicht in entsprechend substanziellen Veränderungen in der Politik nieder. Die Reaktionen der Regierungen auf die Krise markierten zwar einen Politikwechsel hin zu einer stärkeren Rolle des Staates im Wirtschafts- und Finanzsystem und zu einer antizyklischen Konjunkturpolitik. Die Maßnahmen blieben in ihrer Reichweite jedoch beschränkt und dienten in erster Linie der Reparatur und der Stabilisierung des bestehenden Systems – und damit desselben Systems, das die gegenwärtige Krise erst ermöglicht hat.

Vor allem die Belange der ärmeren Länder wurden im bisherigen Krisenmanagement der Regierungen zu wenig berücksichtigt. Auf die massiven sozialen und ökonomischen Auswirkungen der Dreifachkrise aus wirtschaftlicher Rezession, Klimawandel und Ernährungsunsicherheit, die sich zu den ohnehin bestehenden strukturellen Problemen dieser Länder addieren, haben die Regierungen der G20 bislang nicht adäquat reagiert. Die wirtschaftlichen und politischen Ungleichgewichte zwischen armen und reichen Ländern bzw. zwischen Überschuss- und Defizitländern wurden zwar als eine der Ursachen für die gegenwärtige Krise identifiziert, zu ihrer Überwindung wurde aber bisher kaum etwas getan.

Stattdessen zeichnet sich in Politik und Wirtschaft inzwischen wieder ein Trend zurück zum *business as usual* ab. Exemplarisch dafür ist die Feststellung von Holger Schmieding, Europa-Chefvolkswirt der Bank of America, der mit Blick auf die Pleite der Investmentbank Lehman Brothers, die die akute Krise ausgelöst hatte, im November 2009 konstatiert:

*„Lehman war ein Unfall. Nun ist die Unfallstelle bereinigt, und der Verkehr kann wieder fließen.“*¹⁷⁵

¹⁷⁴ Europäischer Rat, 10./11. Dezember 2009, Schlussfolgerungen, Pkt. 15 (www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ec/111877.pdf).

¹⁷⁵ Zitiert nach: Financial Times Deutschland, 25. November 2009, S.1.

Genau davor hat die Stiglitz-Kommission in ihrem Bericht gewarnt:

*“(…) it must be recognized that there can be no return to the status quo ante. It is essential that governments undertake reforms that address the underlying factors that contributed to the current economic crisis (...). Failure to act quickly to address the global economic downturn and more fundamental problems that gave rise to it would increase the depth and duration of the crisis, making it more difficult and more costly to create a balanced and robust recovery.“*¹⁷⁶

Was getan werden müsste, um die gegenwärtige Krise an den Wurzeln zu bekämpfen, ihre sozialen und ökologischen Folgen abzumildern, künftige Krisen zu verhindern – und damit die Krise als Chance für einen tatsächlichen Politikwechsel zu nutzen, haben Internationale Organisationen, Expertengremien, Gewerkschaften und NGOs in zahlreichen Berichten und Stellungnahmen formuliert. Beispielhaft dafür sind

- der Bericht der Stiglitz-Kommission zur Reform des internationalen Währungs- und Finanzsystems vom September 2009;¹⁷⁷
- die Stellungnahmen zivilgesellschaftlicher Organisationen gegenüber der Stiglitz-Kommission vom Januar 2009¹⁷⁸ und ihre Empfehlungen an die UN-Konferenz zur globalen Wirtschafts- und Finanzkrise vom Juni 2009;¹⁷⁹
- die Erklärung der globalen Gewerkschaftsverbände zum G20-Gipfel in Pittsburgh im September 2009;¹⁸⁰
- die Erklärung der ILO für einen Globalen Beschäftigungspakt (*Global Jobs Pact*) vom Juni 2009;¹⁸¹ und
- die Initiative des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) für einen *Global Green New Deal* vom März 2009.¹⁸²

Diese Texte enthalten detaillierte Politikempfehlungen, die sich meist mit Teilaspekten der globalen Krisen befassen. In einzelnen Fällen versuchen sie gezielt, die Interdependenz der

¹⁷⁶ Commission of Experts (2009), S. 14f.

¹⁷⁷ Vgl. Commission of Experts (2009).

¹⁷⁸ Vgl. UN-NGLS (2009).

¹⁷⁹ Vgl. Civil Society Background Document on the UN Conference on the World Financial and Economic Crisis and its Impact on Development (www.ffdnngo.org/sites/default/files/Final_CS_Background_Document.pdf).

¹⁸⁰ Vgl. Global Unions/ITUC/TUAC (2009).

¹⁸¹ Vgl. ILO (2009b).

¹⁸² Vgl. UNEP (2009).

Krisen zu berücksichtigen und mit den empfohlenen Maßnahmen mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Dies gilt insbesondere für die UNEP-Initiative für einen *Global Green New Deal*, die dafür plädiert, einen signifikanten Anteil der Konjunkturprogramme in „grüne Industrien“ zu investieren, um dadurch sowohl die Wirtschaft anzukurbeln als auch Arbeitsplätze zu schaffen und den Klimawandel zu bremsen.

Auf Grundlage der verschiedenen Maßnahmenkataloge lässt sich ein umfassendes **Programm gegen die globale Entwicklungskrise** formulieren, das die Interessen der Menschen in den Entwicklungsländern in den Mittelpunkt stellt und sowohl Schritte zur Bewältigung der akuten Krisenerscheinungen als auch der langfristigen strukturellen Krisen umfasst. Es kann unter folgenden fünf Überschriften zusammengefasst werden:

1. Effektive Regeln gegen den Casino-Kapitalismus

Die Krise des internationalen Banken- und Finanzsystems hat das Defizit an staatlicher Regulierung und Kontrolle sichtbar gemacht. Sie hat gezeigt, dass alle Hoffnungen in die Selbstregulierungskräfte der Finanzmärkte trügerisch waren. Formen privater Überwachung und Risikobewertung, insbesondere durch die internationalen Ratingagenturen, haben versagt. Selbstdefinierte Anreizsysteme der Wirtschaft, etwa die an den kurzfristigen Erfolg gekoppelten Bonuszahlungen für Manager, haben die Krise befördert. Die exzessive Spekulation und der dominante Einfluss von Finanzinvestoren auf Märkte, Unternehmen und Regierungen haben einen Casino-Kapitalismus geprägt, der zur gegenwärtigen Krise geführt hat. Gefordert ist nun eine grundsätzliche Re-Regulierung der Finanzmärkte, die diese wieder in den Dienst der Realwirtschaft stellt. Sie muss über die bisherigen Beschlüsse der G20 hinausweisen. Die Stiglitz-Kommission und viele andere haben dazu umfassende Maßnahmenkataloge vorgelegt. Wichtige Elemente eines neuen Ordnungsrahmens für die Finanzmärkte sind:

Umfassende Transparenz- und Offenlegungspflichten für Banken und Unternehmen: Alle finanziellen Transaktionen von Banken und Unternehmen müssen gegenüber Aufsichtsbehörden offen gelegt werden. Darüber hinaus ist die Einführung länderbezogener Rechnungslegungsvorschriften für Unternehmen und Banken („*country-by-country reporting*“) wichtig. Sie sollen sichtbar machen, in welchen Ländern Unternehmen und Banken in welcher Höhe Gewinne ausweisen und Steuern zahlen. Dies ist eine Grundvoraussetzung, um schädliche Steuervermeidungspraktiken zu verhindern.

Erhöhte Eigenkapitalanforderungen und Risikovorsorge: Als Lehre aus der Bankenpleite müssen die Eigenkapitalvorschriften für Banken verschärft werden. Zugleich sollten aus den Banken ausgelagerte Zweckgesellschaften und außerbilanzliche Geschäfte, die der Umgehung von Aufsicht und Mindeststandards dienen, verboten werden.

„Finanz-TÜV“ zum Schutz von Verbrauchern und Investoren: Die Entwicklung immer neuer komplexer Finanzprodukte und innovativer Formen von Verbriefungen (*securitization*), das heißt der Umwandlung und Bündelung von Krediten in handelbare Wertpapiere, haben die Intransparenz und Krisenanfälligkeit der Finanzmärkte erheblich erhöht. Notwendig wäre eine systematische Überprüfung (*impact assessment*) aller (neuen) Finanzprodukte durch eine Art „Finanz-TÜV“. Die Stiglitz-Kommission schlägt vor, auf globaler Ebene dazu eine Internationale Kommission für die Sicherheit von Finanzprodukten (*Financial Product Safety Commission*) zu gründen.

Verschärfte internationale Standards für Hedgefonds und Private Equity Fonds: Um die destabilisierenden Wirkungen von Hedgefonds und Private Equity Fonds für das globale Finanzsystem zu vermeiden, ist eine effektivere internationale Regulierung erforderlich. Dazu zählen vollständige Offenlegungspflichten gegenüber den Finanzaufsichtsbehörden, Regeln zur Beschränkung der Kreditvergabe an derartige Fonds sowie das Verbot für Pensionsfonds und Versicherungen, in diese hochspekulativen Fonds zu investieren.

Öffentliche Kontrolle der Ratingagenturen: Ratingagenturen sind aufgrund ihrer Fehlanalysen für die gegenwärtige Finanzkrise mitverantwortlich – wie schon für vorausgegangene Finanzkrisen, etwa die Asienkrise. Da sie von den Kunden, seien es Banken, Unternehmen oder Regierungen, bezahlt werden, deren Produkte sie bewerten und die sie zum Teil auch beraten, befinden sie sich in einem strukturellen Interessenkonflikt. Der Weltmarkt wird von einem Oligopol aus drei US-amerikanischen Firmen (Standard&Poor's, Moody's und Fitch) dominiert. Ihre Bewertungskriterien sind intransparent. Grundsätzlich erforderlich wäre eine stärkere öffentliche Kontrolle der Agenturen. Ihre Bewertungskriterien sollten vollständig offengelegt werden. Geschäftsbeziehungen zu Kunden und das Rating ihrer Produkte sollten voneinander entkoppelt werden. Um das marktbeherrschende Oligopol von Standard & Poor und Co. aufzubrechen, sollte die Gründung einer zwischenstaatlichen, nicht-profitorientierten Ratingagentur geprüft werden.

2. Reformen im globalen System der Wirtschafts- und Finanzinstitutionen

Die Globalisierung ökonomischer, ökologischer und sozialer Krisenphänomene hat deutlich gemacht, wie wichtig eine verstärkte multilaterale Zusammenarbeit sowohl für das Krisenmanagement als auch für die Krisenprävention ist. Das gegenwärtige System der *Global Economic Governance* konnte die bisherigen Krisen nicht verhindern. Es befindet sich zwar in einem permanenten Reformprozess, der durch die jüngste Wirtschafts- und Finanzkrise an Dynamik gewann – die Aufwertung der G20 ist das sichtbarste Beispiel dafür. Das System weist aber weiterhin erhebliche Defizite auf: Die Länder des Südens sind in vielen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen nach wie vor unterrepräsentiert, Entscheidungsprozesse verlaufen für die Öffentlichkeit intransparent, die Partizipation zivilgesellschaftlicher Organisationen ist nicht gewährleistet, die Beschlüsse sind vielfach nicht effektiv und werden dem Ausmaß der Probleme nicht gerecht. Zudem fehlt eine unabhängige und demokratische Überprüfung der Implementierung. Zur Stärkung und Demokratisierung des zwischenstaatlichen Wirtschafts- und Finanzsystems sind daher weitergehende Reformen notwendig. Dazu zählen insbesondere:

Stärkung der „G192“ im globalen Wirtschafts- und Finanzsystem: Die Vereinten Nationen mit ihren 192 Mitgliedsstaaten sind aufgrund ihres universellen Charakters das legitime Gremium zur Koordination globaler Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Regierungen haben bei der UN-Konferenz zur Wirtschafts- und Finanzkrise im Juni 2009 vereinbart, die Rolle der Vereinten Nationen in Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten, „*einschließlich ihrer Koordinierungsrolle*“, zu stärken. Dieser Beschluss muss nun umgesetzt werden. Längerfristiges Ziel sollte die Errichtung eines Weltwirtschaftsrates unter dem Dach der UN sein. Die Vorbereitungen dazu sollten in der neuen Arbeitsgruppe der UN-Generalversammlung zur Wirtschafts- und Finanzkrise und dem zu gründenden Expertenpanel erfolgen. Das Expertenpanel sollte sich jenseits des akuten Krisenmanagements mit den grundlegenden Ursachen der gegenwärtigen Krise, ihren sozialen und ökologischen Implikationen und möglichen Lösungen befassen. Ihre Empfehlungen könnten die Grundlage für eine zweite „**Bretton-Woods-Konferenz**“ unter dem Dach der Vereinten Nationen bilden. Sie sollte die notwendigen strukturellen Reformen im globalen Wirtschafts- und Finanzsystem beschließen. Zu den Themen, die dort auf der Agenda stehen sollten, zählen:

- der Vorschlag der Stiglitz-Kommission für ein neues **Globales System der Währungsreserven**;

- die stärkere institutionelle Einbindung von **IWF, Weltbank und WTO** in das System der Vereinten Nationen;
- die Verabschiedung einer verbindlichen **Weltwirtschaftscharta** der Vereinten Nationen nach dem Modell der Menschenrechtscharta (angelehnt an den Vorschlag von Bundeskanzlerin Merkel für eine Charta für nachhaltiges Wirtschaften); sowie
- die Gründung des vorgeschlagenen **Weltwirtschaftsrates** unter dem Dach der UN.

Einbettung der G20 in das UN-System: Die G20 entwickelt sich derzeit zum wichtigsten Forum globaler Wirtschafts- und Finanzpolitik. Sie bleibt aber dennoch ein informeller Club von Staaten, in dem weite Regionen der Welt unterrepräsentiert sind. Um den Problemen mangelnder Repräsentativität und intransparenter Entscheidungsverfahren zu begegnen, sollte sie sich kurzfristig für Vertreter der unterrepräsentierten Regionen, insbesondere Afrikas, öffnen und ihre Arbeits- und Entscheidungsprozesse vollständig transparent machen. Da sie Entscheidungen von globaler Reichweite trifft, die auch Auswirkungen auf Staaten haben, die nicht Mitglied der G20 sind, sollte sie gegenüber der gesamten Staatengemeinschaft, d.h. den Vereinten Nationen und ihrer Generalversammlung, rechenschafts- und berichtspflichtig werden. Längerfristig sollte die G20 vollständig in das UN-System integriert werden und in dem zu gründenden Weltwirtschaftsrat aufgehen.

Substantielle Reformen von IWF und Weltbank: Als Reaktion auf die breite Kritik an ihren Defiziten an Legitimation, Effektivität und Glaubwürdigkeit haben der IWF und die Weltbank Reformprozesse eingeleitet, die unter anderem zu einer moderaten Ausweitung der Stimmrechte für Entwicklungs- und Schwellenländer führen sollen. Die bislang beschlossenen Reformen gehen aber nicht weit genug. Viele zivilgesellschaftliche Organisationen fordern unter anderem eine weitergehende Umverteilung von Quoten und Stimmrechten zugunsten der Entwicklungsländer, die Einführung des Abstimmungsverfahrens der doppelten Mehrheiten (Mehrheit der Mitglieder und Mehrheit des Kapitals), die stärkere Rechenschaftspflicht des IWF für seine Programme auf Länderebene und die Abkehr von prozyklischen Konditionalitäten und einseitigen Politikrezepten, die vorrangig der Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit der Staaten im Interesse ausländischer Gläubiger dienen.

Schließung der globalen Governance-Lücke: In wesentlichen Bereichen internationaler Wirtschafts- und Finanzpolitik existieren bisher keine zwischenstaatlichen Gremien, in denen die Länder des Südens gleichberechtigt mitwirken.

Dies gilt zum Beispiel für die Steuerkooperation, die Rechnungslegungsstandards und die Bankenaufsicht.

- Um die globale Governance-Lücke im Steuerbereich zu schließen, wird seit Jahren gefordert, im Rahmen der UN eine **Internationale Organisation für Steuerfragen** zu schaffen. Die OECD leistete mit ihren Aktivitäten in diesem Bereich zwar Pionierarbeit. Sie ist aber weiterhin die Organisation der Industrieländer, in der die Länder des Südens lediglich auf Einladung mitwirken dürfen. Die Aufwertung des UN-Expertenausschusses zur internationalen Zusammenarbeit in Steuerfragen zu einer Zwischenstaatlichen Kommission für Steuerfragen wäre ein sinnvoller Schritt auf dem Weg zu einer globalen Steuerorganisation.
- Im Bereich der internationalen Rechnungslegungsstandards ist der **International Accounting Standards Board (IASB)** ein Paradebeispiel dafür, wie eine formalrechtlich private Organisation quasi hoheitliche Aufgaben übernimmt und internationale Standards setzt, die in vielen Ländern automatisch Gesetzeskraft erhalten. Die Satzung des IASB sollte dahingehend reformiert werden, dass diese Organisation nicht länger als Unternehmen in Privatbesitz agiert. Seine Finanzen dürfen nicht länger von den großen Rechnungsprüfungsunternehmen kontrolliert werden. Stattdessen sollte der IASB zu einer internationalen Behörde unter öffentlicher Kontrolle umgewandelt werden.
- Bei der internationalen Bankenaufsicht spielt der **Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht** eine Schlüsselrolle. Im Zuge der weltweiten Finanzkrise hat er seine Mitgliedschaft erweitert. Ihm gehören nun 27 Länder einschließlich der G20-Mitglieder an. Entwicklungsländer sind aber auch hier unterrepräsentiert. Damit ihre Erfahrungen und Interessen besser berücksichtigt werden, fordert die Stiglitz-Kommission eine Öffnung des Ausschusses für zusätzliche Mitglieder aus dem Süden.

Förderung regionaler und dezentraler Kooperation:

Reformen im globalen Wirtschafts- und Finanzsystem sollten sich nicht auf die globale Ebene beschränken. Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips sollten Probleme auf der Ebene gelöst werden, auf der es am effektivsten möglich ist. Als Ergänzung zu den notwendigen Reformen der globalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen sollten daher auch regionale Kooperationsformen gezielt gefördert und ausgebaut werden. Beispiele dafür sind die Chiang-Mai-Initiative der ASEAN-Staaten sowie Chinas, Japans und Südkoreas, sowie die neugeschaffene Banco del Sur in Südamerika.

3. Mehr Geld für öko-soziale Entwicklungsprogramme

Ohne die Aufstockung der öffentlichen Finanzen können die Länder des Südens weder die gegenwärtigen Krisenfolgen überwinden noch künftigen Krisen vorbeugen. Schon vor der Krise fehlten vielen Ländern die Ressourcen, um Programme zur Armutsbekämpfung und zur Umsetzung der international vereinbarten Entwicklungsziele, einschließlich der MDGs, zu finanzieren. Mehr öffentliche Mittel sind keineswegs eine automatische Garantie für die Verwirklichung der Ziele – sie sind eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung.

Infolge der Krise befinden sich viele Länder in einem doppelten Dilemma: Auf der einen Seite sind die öffentlichen Einnahmen gesunken, auf der anderen Seite ist der Bedarf an öffentlichen Mitteln gestiegen. Unter anderem folgende fünf Schritte können dazu beitragen, mehr öffentliche Gelder für öko-soziale Entwicklungsprogramme zu mobilisieren:

Bekämpfung der Kapitalflucht in das globale Schattenfinanzsystem:

Die Finanzkrise hat deutlich gemacht, wie wichtig eine stabile Einnahmenbasis für die Regierungen der Entwicklungsländer wäre. Kapitalflucht, Steuervermeidung und Korruption verhindern in vielen Ländern weiterhin den Aufbau eines tragfähigen Systems öffentlicher Finanzen. Durch das weltweite Netz von Steueroasen und Schattenfinanzplätzen entgehen den Ländern des Südens jedes Jahr öffentliche Einnahmen in dreistelliger Milliardenhöhe. Effektive Gegenmaßnahmen gegen Steuerflucht und Steuervermeidung sind nur durch verstärkte internationale Kooperation möglich. Dazu gehören die Unterstützung der Entwicklungsländer beim Aufbau funktionsfähiger Finanzverwaltungen sowie ein internationales Abkommen zur Zusammenarbeit in Steuerfragen, das unter anderem den automatischen Informationsaustausch zwischen Steuerbehörden verbindlich vorsieht.¹⁸³ Finanztransaktion in Länder und Jurisdiktionen, die sich einem solchen Abkommen nicht anschließen, sollten sanktioniert werden.

Das Verursacherprinzip auf die Finanzkrise anwenden – Einführung einer internationalen Finanztransaktionssteuer:

Die langjährige Forderung nach Einführung einer internationalen Finanztransaktionssteuer hat durch die Krise zusätzliche Relevanz erhalten.¹⁸⁴ Denn eine solche Steuer kann zu einer faireren Verteilung der Lasten beitragen, indem sie den Finanzsektor, der die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise verursacht hat, an den Kosten der Krisenbewältigung beteiligt. Das derzeit diskutierte Modell der Steuer

¹⁸³ Vgl. Netzwerk Steuergerechtigkeit (2009).

¹⁸⁴ Vgl. dazu die Kampagnenwebsite www.steuer-gegen-armut.org.

geht auf einen Vorschlag des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) zurück.¹⁸⁵ Die Steuer sollte auf den Handel mit Aktien, Anleihen, Derivaten und Devisen an Börsen, Handelsplätzen und im außerbörslichen (*Over the Counter – OTC*) Handel erhoben werden. Schon bei einem Steuersatz von nur 0,01 Prozent wird das jährliche Steueraufkommen auf mindestens 80 Mrd. Dollar geschätzt. Die Steuer sollte international koordiniert von den zuständigen nationalen Steuerbehörden erhoben werden. Um sicherzustellen, dass die Steuereinnahmen nicht (ausschließlich) zum Stopfen von Haushaltslöchern in den reichen Ländern sondern für umwelt- und entwicklungspolitische Zwecke verwendet werden, und um ihre faire Verteilung zu garantieren, sollte ein substantieller Teil der Mittel über einen Fonds unter dem Dach der Vereinten Nationen an die Entwicklungsländer fließen.

Wort halten: Stufenplan zur ODA-Erhöhung umsetzen: Angesichts der weltweiten Zunahme von Armut und Hunger infolge der Krise bleibt die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit für viele Länder des Südens von essentieller Bedeutung. Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union hatten sich lange vor der Krise bei ihrem Gipfeltreffen am 16. und 17. Juni 2005 in Brüssel dazu verpflichtet, ihre öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) bis zum Jahr 2010 kollektiv auf 0,56 Prozent des BNE und bis 2015 auf 0,7 Prozent des BNE zu erhöhen.¹⁸⁶ Für Deutschland bedeutet diese Verpflichtung die Aufstockung der deutschen ODA auf 0,51 Prozent des BNE bis 2010. Eine Abkehr von dieser Verpflichtung hätte gerade in den derzeitigen Krisenzeiten eine negative Signalwirkung und würde die Glaubwürdigkeit deutscher und europäischer Entwicklungspolitik untergraben. Aus diesem Grund sollten alle Regierungen der EU nationale ODA-Stufenpläne für den Zeitraum 2010-2015 vorlegen, in denen sie ihre quantitativen Finanzierungszusagen klar benennen und festlegen, in welchem Jahr sie welche zusätzlichen Mittel für welche Zwecke bereitstellen. Solche Stufenpläne wären auch für die größere Berechenbarkeit der Entwicklungszusammenarbeit und die bessere Geberkoordination sinnvoll.

Zusätzliche Finanzmittel zur Begleichung der Klimaschulden des Nordens: Die von den Industrieländern ausgelösten Klimaveränderungen verursachen in den Entwicklungsländern zusätzliche Kosten des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel. Sie werden derzeit auf mindestens 100 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt und werden in den kommenden Dekaden massiv ansteigen.¹⁸⁷ Die zusätzlichen Kosten müssen überwiegend von den Industrieländern

getragen werden, denn im Sinne des Verursacherprinzips sind sie für den Schaden mitverantwortlich, der durch den übermäßigen Ausstoß von Treibhausgasen entstanden ist – und künftig noch entsteht. Sie haben gegenüber den Ländern des Südens Klimaschulden angehäuft, die sie in den kommenden Jahren und Jahrzehnten begleichen müssen. Dies völkerrechtlich zu verankern ist die zentrale Aufgabe der internationalen Klimaverhandlungen bis zum Jahr 2012 – dem Jahr, in dem die Regelungen unter dem Kyoto-Protokoll auslaufen.

Neue Verschuldungsspirale verhindern – Keine Krisenbewältigung auf Pump: Die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise hat für zahlreiche Entwicklungsländer die Gefahr der Überschuldung erhöht. Den Ländern als Antwort auf die Krise Finanzhilfen in Form von Krediten zur Verfügung zu stellen, wie es unter anderem der IWF tut, verschärft ihre Verschuldungssituation weiter. Darüber hinaus schränken die damit verbundenen höheren Schuldendienstzahlungen in Verbindung mit gesunkenen Staatseinnahmen den finanziellen Handlungsspielraum der Regierungen erheblich ein. Dringend benötigtes Geld für Gesundheit, Bildung, Umwelt- und Sozialausgaben fehlt. Um eine neue Schuldenkrise zu verhindern und Überschuldungsprobleme dauerhaft zu lösen, sind vor allem drei Schritte notwendig:

- **Illegitime Schulden streichen und Gläubigermitverantwortung rechtlich verankern.** Kreditgeber sollten grundsätzlich das Prinzip der Gläubigermitverantwortung und das Konzept der illegitimen Schulden anerkennen. Sie sollten sich dafür einsetzen, international anerkannte rechtsverbindliche Standards für die verantwortungsvolle Vergabe und Aufnahme von Krediten zu vereinbaren. Die *EURODAD Charter on Responsible Financing* kann dafür die Grundlage bilden.¹⁸⁸
- **Neue Indikatoren der Schuldentragfähigkeit definieren.** Die von IWF und Weltbank verwendeten makroökonomischen Indikatoren für Schuldentragfähigkeit dienen vor allem dazu, im Interesse der Gläubiger die Zahlungsfähigkeit der Schuldner sicherzustellen. Eine Neudefinition von Schuldentragfähigkeit sollte demgegenüber soziale und ökologische Kriterien einbeziehen und auch die inländische Verschuldung berücksichtigen.
- **Faires und transparentes internationales Insolvenzverfahren einführen.** Zur Lösung von Überschuldungsproblemen sollten die Regierungen unter dem Dach der Vereinten Nationen das Modell eines fairen und transparenten Schiedsverfahrens zur Schuldenumwandlung entwickeln.

¹⁸⁵ Vgl. Schulmeister et al. (2008).

¹⁸⁶ Vgl. www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ec/85349.pdf

¹⁸⁷ Vgl. terre des hommes/Welthungerhilfe (2009), S. 24f.

¹⁸⁸ Vgl. www.eurodad.org/whatsnew/reports.aspx?id=2060

Ein solches Verfahren sollte die Beteiligung aller staatlichen und privaten Gläubiger vorsehen und einen unparteiischen Entscheidungsprozess garantieren.

4. Weltweite Schritte zum ökologischen Wohlfahrtsstaat

Die gegenwärtigen Krisen können ohne eine aktivere Rolle des Staates nicht überwunden werden. Hoffnungen in die Selbstheilungskräfte der Märkte haben sich als trügerisch erwiesen. Aktive staatliche Interventionen dürfen sich aber nicht auf die Bankenrettung, die Stabilisierung der Finanzmärkte und Konjunkturprogramme in den reichen Ländern beschränken. Um die sozialen und ökologischen Auswirkungen der Krise zu beheben und die strukturellen Probleme von Armut und Umweltzerstörung zu überwinden, sind eine aktive Arbeitsmarktpolitik, der flächendeckende Aufbau von Systemen sozialer Sicherung sowie eine umwelt- und klimagerechte Wirtschaftspolitik wichtig. Dies gilt sowohl für Industrie- als auch für Entwicklungsländer. Unter dem Dach der Vereinten Nationen wurden dazu drei Initiativen formuliert, die die Regierungen rasch umsetzen sollten:

Globaler Beschäftigungspakt: Um zu verhindern, dass aus der globalen Wirtschaftskrise eine lang anhaltende weltweite Beschäftigungskrise wird, muss der von der ILO verabschiedete *Global Jobs Pact* vollständig umgesetzt werden. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit muss für die Regierungen höchste Priorität haben. Dies gilt in besonderem Maße für die wachsende Jugendarbeitslosigkeit. Eine wichtige Rolle spielen dabei öffentliche Infrastrukturinvestitionen, Beschäftigungsprogramme, die sich an der ILO-Agenda für menschenwürdige Arbeit orientieren sollten, sowie die Einführung von Mindestlöhnen, um dem zunehmenden Phänomen der *working poor* entgegenzuwirken. Eine aktive Beschäftigungspolitik muss sich auch mit den Problemen der Informalisierung der Arbeit und der Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse befassen, von denen in Folge der Krise vor allem Frauen – und damit auch deren Familienangehörigen – betroffen sind.

Soziale Grundsicherung für Alle: Die ILO hat darauf hingewiesen, dass der Zugang zu sozialer Sicherung ein Menschenrecht ist (Art. 22 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte). Er ist aber gerade in Krisenzeiten auch eine ökonomische und politische Notwendigkeit, denn ein funktionierendes System sozialer Sicherung reduziert Armut, stärkt die Kaufkraft der Bevölkerung und damit die Binnen- nachfrage, und beugt sozialen Spannungen und gesellschaftlichen Konflikten vor. Die ILO hat im Rahmen ihrer globalen Kampagne für soziale Sicherung das Konzept einer globalen

sozialen Grundsicherung (*Global Social Protection Floor*) entwickelt, das auf vier Eckpfeilern basiert:¹⁸⁹

- **Universeller Zugang zu öffentlicher Gesundheitsversorgung für Alle.**
- **Garantierte staatliche Mindestzuwendungen für jedes Kind.** Auf diese Weise soll für alle Kinder und Jugendlichen die Verwirklichung der Rechte auf Nahrung, Bildung und Wohnraum sichergestellt werden.
- **Universelle staatliche Grundrente für alle alten Menschen und Menschen mit Behinderungen.**
- **Garantierte staatliche Unterstützung für Arbeitslose und Unterbeschäftigte, die in Armut leben.** Dies kann in Form direkter Bargeldzuwendungen (*cash transfers*) oder in Rahmen von öffentlichen Beschäftigungsprogrammen (*public work programs*) geschehen.

Ein solches Minimalset sozialer Grundsicherung sollte in jedem Land existieren und wäre eine notwendige Voraussetzung, um zu verhindern, dass Menschen infolge ökonomischer Krisen in die Armut abstürzen.

Globaler Green New Deal: Um die drohenden Klima- veränderungen zu begrenzen, sind weltweit massive Investitionen in umweltfreundliche Technologien und Energiesparmaßnahmen erforderlich. Die antizyklischen Konjunkturprogramme, die als Reaktion auf die globale Wirtschaftskrise verabschiedet wurden, böten die Chance, öffentliche Mittel gezielt für Zwecke des Klimaschutzes zu verwenden. Bislang ist dies nur in geringem Umfang geschehen.¹⁹⁰ UNEP hat vor diesem Hintergrund Vorschläge für einen *Green New Deal* aufgegriffen¹⁹¹ und zu einer globalen Initiative weiterentwickelt. UNEP ruft die Regierungen auf, mindestens 750 Mrd. US-Dollar, d.h. rund 25 Prozent der weltweiten Konjunkturpakete, in folgende fünf Bereiche zu investieren:

- Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden
- Ausbau erneuerbarer Energien
- Aufbau nachhaltiger Verkehrssysteme

¹⁸⁹ Vgl. dazu z.B. Ehmke/Skaletz (2009), S. 5f.

¹⁹⁰ Vgl. French et al. (2009).

¹⁹¹ Vgl. dazu Green New Deal Group (2008) und French et al. (2009).

- Schutz der ökologischen Infrastruktur der Erde einschließlich der Süßwassersysteme, der Wälder, der Böden und der Korallenriffe
- Umstellung der Landwirtschaft auf nachhaltige Bewirtschaftung, insbesondere den ökologischen Landbau

Damit diese drei Initiativen in den Ländern effektiv umgesetzt werden können und tatsächlich den betroffenen Menschen zugute kommen, müssen zwei grundsätzliche Bedingungen erfüllt sein:

Demokratische Entscheidungsverfahren und zivilgesellschaftliche Partizipation: Eine aktivere Rolle des Staates ist nur dann zu rechtfertigen, wenn die entsprechenden Entscheidungsgremien (Regierungen, Parlamente) demokratisch legitimiert sind und ihre Politik für zivilgesellschaftliche Kontrolle (Beispiel: Social Watch¹⁹²) und Partizipation offen ist. Die Wende hin zu einem ökologischen Wohlfahrtsstaat muss daher die Stärkung demokratischer Institutionen auf der nationalen und subnationalen Ebene sowie einer pluralistischen Zivilgesellschaft einschließen.

Beseitigung prozyklischer Konditionalitäten und externer Beschränkungen des politischen Handlungsspielraums: Eine aktive Beschäftigungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik darf gerade in Krisenzeiten nicht durch prozyklische Auflagen ausländischer Geldgeber, insbesondere des Internationalen Währungsfonds, verhindert werden. Im Krisenmanagement darf es keine Doppelstandards für reiche und arme Länder geben. Antizyklische Konjunkturprogramme, wie sie für Länder wie Deutschland, die USA oder China als richtige und notwendige Antwort auf die Krise angesehen werden, dürfen ärmeren Ländern nicht verwehrt werden. Auch Ländern, die auf externe Finanzmittel angewiesen sind, muss der politische Handlungsspielraum (*policy space*) für eine eigenständige Politikgestaltung eingeräumt werden. Dies schließt Schutzmaßnahmen für die heimische Wirtschaft ein.

Eine dritte Grundbedingung, die erfüllt sein muss, um eine aktive Beschäftigungspolitik zu betreiben, soziale Sicherungssysteme aufzubauen und die öffentlichen Investitionen in den Klimaschutz zu steigern, ist die massive Erhöhung der Staatseinnahmen – sei es aus heimischen Quellen, sei es durch internationale Entwicklungsfinanzierung.

5. Wende zu einem ganzheitlichen, rechtebasierten Entwicklungsmodell

Die Wirtschafts- und Finanzkrise trifft viele Länder des Südens besonders hart, weil sie dort auf bereits bestehende Krisen trifft: Die unbewältigte Ernährungskrise, die sich verschärfende Klimakrise, die je nach Region Wasserknappheit und Dürren oder Überschwemmungen zur Folge hat, und nicht zuletzt die Krise der politischen Systeme, in der sich zahlreiche sogenannte „fragile“ Staaten von Afghanistan bis Zimbabwe befinden.

Die Gleichzeitigkeit dieser Krisen ist kein Zufall. In vielen Fällen ist sie Ausdruck eines irregeleiteten Entwicklungsmodells, das sich am Leitbild nachholender Entwicklung orientiert, das ökologisch und menschenrechtlich blind ist, das wirtschaftliches Wachstum mit gesellschaftlichem Fortschritt verwechselt, das auf Exportorientierung und Weltmarktintegration setzt, und das Armutsbekämpfung primär als technische Herausforderung begreift, bei der die Kategorie sozialer Gerechtigkeit keine Rolle spielt. Je konsequenter Länder einem solchen Entwicklungsmodell folgten, umso verwundbarer wurden sie für die aktuellen Krisen.

Notwendig ist nun eine kohärente Analyse der gemeinsamen Ursachen der multiplen Krisen und ihrer Interdependenzen. Dies setzt die Überwindung der gegenwärtigen Zersplitterung im Entwicklungsdiskurs von Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft voraus, der sich je nach Akteuren auf sektorale Themen wie Armutsbekämpfung und MDGs, Klima und Umweltschutz, das Währungs- und Finanzsystem, Handel und Investitionen, sowie Menschenrechte und Konflikte konzentriert.

Notwendig ist die Rück- bzw. Neubesinnung auf ein ganzheitliches Entwicklungs- und Wohlstandsmodell, das sich auf sechs Eckpfeiler stützt:

- Ökologische Tragfähigkeit
- Soziale Gerechtigkeit
- Ökonomische Effizienz
- Demokratische Teilhabe
- Kulturelle Vielfalt
- Internationale Verantwortung

¹⁹² Vgl. www.socialwatch.org

Die Grundlage eines solchen Modells bilden das Völkerrecht und die universellen Menschenrechte, einschließlich der Rechte von Frauen und Kindern.

Ein solches Entwicklungs- und Wohlstandsmodell muss nicht neu erfunden werden. Die Regierungen haben in der Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen im Jahr 2000 die (bemerkenswert aktuellen) normativen Grundlagen eines solchen Modells formuliert (s. Kasten 9). Es kann außerdem aufbauen auf dem Diskurs über nachhaltige Entwicklung (*sustainable development*), der von der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 und der dort verabschiedeten Agenda 21 ausging – wenngleich der Begriff

der Nachhaltigkeit seitdem verwässert wurde und damit zum Allgemeinplatz verkam.

Im Jahr 2012 wird aller Voraussicht nach der nächste große Weltgipfel über Umwelt und Entwicklung („Rio plus 20“) stattfinden. Die Zeit bis dorthin sollte als Chance genutzt werden, um angesichts der offenkundigen Unzulänglichkeiten des traditionellen Entwicklungs- und Wachstumsmodells in Zivilgesellschaft und Politik einen grundsätzlichen Diskurs über neue Wohlstandsmodelle und Entwicklungspfade zu führen, die Lehren aus den gegenwärtigen Krisen ziehen, um zukünftige Krisen zu verhindern.

Grundwerte für die internationalen Beziehungen im 21. Jahrhundert

„Wir sind der Auffassung, dass die internationalen Beziehungen im 21. Jahrhundert unbedingt von bestimmten Grundwerten geprägt sein müssen:

FREIHEIT. Männer und Frauen haben das Recht, in Würde und Freiheit – von Hunger und der Furcht vor Gewalt, Unterdrückung oder Ungerechtigkeit – ihr Leben zu leben und ihre Kinder zu erziehen. Diese Rechte werden am besten durch eine demokratische und partizipatorische Staatsführung auf der Grundlage des Willens des Volkes gewährleistet.

GLEICHHEIT. Keinem Menschen und keiner Nation darf die Chance vorenthalten werden, aus der Entwicklung Nutzen zu ziehen. Die Gleichberechtigung und Chancengleichheit von Männern und Frauen muss gewährleistet sein.

SOLIDARITÄT. Die globalen Probleme müssen so bewältigt werden, dass die damit verbundenen Kosten und Belastungen im Einklang mit den grundlegenden Prinzipien der Billigkeit und sozialen Gerechtigkeit aufgeteilt werden. Diejenigen, die leiden oder denen die geringsten Vorteile entstehen, haben ein Anrecht darauf, Hilfe von den größten Nutznießern zu erhalten.

TOLERANZ. Die Menschen müssen einander in der gesamten Vielfalt ihrer Glaubensüberzeugungen, Kulturen und Sprachen achten. Unterschiede innerhalb einer Gesellschaft sowie zwischen verschiedenen Gesellschaften sollten weder gefürchtet noch unterdrückt, sondern vielmehr als kostbares Gut der Menschheit geschätzt werden. Eine Kultur des Friedens und des Dialogs zwischen allen Kulturen sollte aktiv gefördert werden.

ACHTUNG VOR DER NATUR. Bei der Bewirtschaftung aller lebenden Arten und natürlichen Ressourcen muss im Einklang mit den Grundsätzen der nachhaltigen Entwicklung Umsicht bewiesen werden. Nur so können wir die unermesslichen Reichtümer, mit denen die Natur uns beschenkt, erhalten und an unsere Nachkommen weitergeben. Die heutigen nicht zukunftsfähigen Produktions- und Konsumstrukturen müssen im Interesse unseres künftigen Wohls und des Wohls unserer Nachfahren geändert werden.

GEMEINSAM GETRAGENE VERANTWORTUNG. Die Verantwortung für die Gestaltung der weltweiten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und die Bewältigung von Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit muss von allen Nationen der Welt gemeinsam getragen und auf multilateraler Ebene wahrgenommen werden. Als universellste und repräsentativste Organisation der Welt müssen die Vereinten Nationen die zentrale Rolle dabei spielen.“

*Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen, 8. September 2000, Pkt. 6
(www.unric.org/html/german/millennium/millenniumerklaerung.pdf)*

Literatur

Asian Development Bank (2009): Global Financial Turmoil and Emerging Market Economies: Major Contagion and a Shocking Loss of Wealth? Manila.
www.adb.org/Media/Articles/2009/12818-global-financial-crisis/Major-Contagion-and-a-shocking-loss-of-wealth.pdf

Attac (2008): Die Zeit ist reif: Das Casino schließen. Attac-Erklärung zur Finanzkrise und demokratischen Alternativen. Frankfurt am Main.
http://www.attac-ffm.de/x_pdfs/attac_erkl%E4rung_finanzkrise%20%20dt.pdf

Awad, Ibrahim (2009): The Global Economic Crisis and Migrant Workers: Impact and Response. Genf: ILO.
www.ilo.org/global/About_the_ILO/Media_and_public_in_formation/Feature_stories/lang--en/WCMS_112537/index.htm

Baker, Dean (2008): The Benefits of a Financial Transactions Tax. Washington, D.C.: Center for Economic and Policy Research.
www.cepr.net/documents/publications/financial-transactions-tax-2008-12.pdf

Baroni, Nancy et al. (2009): Gender Equality and the Financial Crisis. In: Social Watch (2009), S. 17ff.

Barrell, Ray / Holland, Dawn / Te Velde, Dirk, Willem (2009): A Fiscal Stimulus to address the Effects of the Global Financial Crisis on Sub-Saharan Africa. London: ODI/NIESR/One.

Batalova, Jeanne / Demetrios, Papademetriou / Fix, Michael et al. (2009): Migration and the Global Recession. Washington, D.C.: Migration Policy Institute.
www.migrationpolicy.org/pubs/MPI-BBCreport-Sept09.pdf

Becker, Joachim / Küblböck, Karin (2009): Die Finanzkrise und die Peripherie. In: Sauer, Thomas/Ötsch, Silke/Wahl, Peter (Hrsg.): Das Casino schließen! Analysen und Alternativen zum Finanzmarktkapitalismus. Hamburg: Attac (Reader des wissenschaftlichen Beirats). S. 72-86.
www.sozialismus.de/vsa/pdf_downloads/VSA_Sauer_Oetsch_Wahl_Casino_schliessen.pdf

Better Factories Cambodia / ILO (2009a). Cambodian Garment Industry: Challenges and Opportunities. Genf.
www.betterfactories.org/content/documents/1/BFC%20Garment%20Industry_Fact%20sheet_%20August%202009_Final.pdf

Better Factories Cambodia / ILO (2009b): Twenty-Second Synthesis Report on Working Conditions in Cambodia's Garment Sector. Genf.
[www.betterfactories.org/content/documents/1/Synthesis-Report%2022nd-30-04-2009\(EN\).pdf](http://www.betterfactories.org/content/documents/1/Synthesis-Report%2022nd-30-04-2009(EN).pdf)

Better Factories Cambodia / ILO (2005): Memorandum of Understanding. Genf.
[www.betterfactories.org/content/documents/BFCMoU\(en\).pdf](http://www.betterfactories.org/content/documents/BFCMoU(en).pdf)

Burke-Rude, Sara (2008): The Doha Declaration and Development: What are the next Steps? New York: FES (Briefing Paper 14/08).
www.fes-globalization.org/publicationsNY/BP14DohaRev-Conf.pdf

CIDSE (2009): The EU Response to the Financial Crisis: The Development Dimension. Brüssel: CIDSE.
www.cidse.org/uploadedFiles/Areas_of_work/Financial_crisis/20090302_CIDSE%20recommendations%20to%20the%20EU%20on%20the%20financial%20crisis.pdf

Commission of Experts ("Stiglitz-Commission") (2009): Report of the Commission of Experts of the President of the United Nations General Assembly on Reforms of the International Monetary and Financial System. New York: United Nations.
www.un.org/ga/president/63/PDFs/reportofexpters.pdf

CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung / DGB Bildungswerk / Global Policy Forum Europe / terre des hommes / ver.di (Hrsg.) (2009): Freiwillig in die Krise, reguliert wieder heraus. Düsseldorf/Berlin/Bonn/Osnabrück.
www.globalpolicy.org/images/pdfs/gpf-europe-finanzkrise-onlineversion.pdf

DIE (2008a): Financing for Development Series: The Financial Crisis and Developing Countries. Bonn (Briefing Paper 08/08).

[www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/\(ynDK_contentByKey\)/ANES-7M8GKA/\\$FILE/BP%208.2008.pdf](http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/(ynDK_contentByKey)/ANES-7M8GKA/$FILE/BP%208.2008.pdf)

Economic Observer (2009): China's Stimulus Package. A Breakdown of Spending. Beijing, 7. März 2009.

www.eeo.com.cn/ens/finance_investment/2009/03/07/131626.shtml

Ehmke, Ellen / Skaletz, Mara (2009): Strengthening Social Security in Economic Crises. The Need for a Social Protection Floor. Genf: Friedrich-Ebert-Stiftung (Briefing Paper).

<http://library.fes.de/pdf-files/iez/global/06739.pdf>

EMPEA (2009): Emerging Markets Private Equity Slows Down in First Half of 2009 but Gains Larger Share of Global Activity. Washington, D.C.

<http://empea.net//Document-Library/Research/Links/Emerging-Markets-PE-Slows-Down-in-First-Half-of-2009-but-Gains-Larger-Share-of-Global-Activity.aspx>

Erlassjahr.de (2008): Die Finanzkrise in ihrer Bedeutung für verschuldete Entwicklungs- und Schwellenländer. Düsseldorf (Fachinfo Nr. 19).

www.erlassjahr.de/dev/cms/upload/fachinfo/erlassjahr_fachinfo_19_200810.pdf

Erlassjahr.de / Kindernothilfe (2009): Schuldenreport 2009. Düsseldorf.

www.erlassjahr.de/dev/cms/upload/2009/dokumente/presse/schuldenreport/schuldenreport-2009.pdf

Europäischer Rat (2005): Europäischer Rat (Brüssel), 16. und 17. Juni 2005. Schlussfolgerungen des Vorsitzes. Brüssel (Dok. 10255/1/05, REV 1 vom 15. Juli 2005).

www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/85350.pdf

European Commission (2009): Fifth Report on Potentially Trade Restrictive Measures in the Context of the Global Economic Crisis for the 133 Committee. Brüssel.

www.trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2009/november/tradoc_145270.pdf

Falk, Rainer (2009a): Die Selbstinethronisierung der G20 in Pittsburgh. Zur Neuformatierung ökonomischer Global Governance. In: Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung, September 2009.

Falk, Rainer (2009b): G20: Der eigentliche Sieger ist der IWF. In: Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung, April 2009.

Falk, Rainer (2008): Wie die Finanzkrise jetzt auch im Süden ankommt...und der IWF plötzlich wieder da ist. In: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, Oktober 2008.

FAO (2009a): Crop Prospects and Food Situation 2009. Rom. <ftp://ftp.fao.org/docrep/fao/012/ai484e/ai484e00.pdf>

FAO (2009b): More People than Ever are Hungry. Rom (Pressemitteilung, 20. Juni 2009).

www.fao.org/fileadmin/user_upload/newsroom/docs/Press%20release%20june-en.pdf

FAO (2009c): The State of Agricultural Commodity Markets 2009. Rom.

www.fao.org/docrep/012/i0854e/i0854e00.htm

FAO (2009d): The State of Food Insecurity in the World. Economic crises – impacts and lessons learned. Rom.

<ftp://ftp.fao.org/docrep/fao/012/i0876e/i0876e00.pdf>

FAO (2008a): Food Outlook June 2008. Rom.

<ftp://ftp.fao.org/docrep/fao/010/ai466e/ai466e00.pdf>

FAO (2008b): The State of Food and Agriculture 2008. Rom.

www.fao.org/docrep/011/i0100e/i0100e00.htm

French, Hilary / Renner, Michael / Gardner, Gary (2009): Auf dem Weg zu einem Green New Deal. Die Klima- und Wirtschaftskrise als transatlantische Herausforderung: Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.

www.boell.de/downloads/oekologie/green_new_deal_oeko_band3.pdf

Fritz, Thomas (2009): Dem Weltmarkt misstrauen: Die Nahrungskrise nach dem Crash. Berlin: FDCL.

www.fdcl.org/fileadmin/fdcl/Publikationen/FDCL-Die-Nahrungskrise-nach-dem-Crash-Thomas-Fritz.pdf

G20 (2009a): Declaration on Delivering Resources through the International Financial Institutions. London.

www.g20.org/Documents/Fin_Deps_IFI_Annex_Draft_02_04_09_-_1615_Clean.pdf

G20 (2009b): Declaration on Strengthening the Financial System. London.
www.g20.org/Documents/Fin_Deps_Fin_Reg_Annex_020409_-_1615_final.pdf

G20 (2009c): G20 Finance Ministers' and Central Bank Governors' Communiqué. London.
www.londonsummit.gov.uk/resources/en/PDF/finance-communicue-140309

G20 (2009d): London Summit – Leader's Statement. London.
www.wcoomd.org/files/1.%20Public%20files/PDFandDocuments/Highlights/G20_Final_London_Communique.pdf

G20 (2009e): Progress Report on the Actions of the Washington Action Plan. London.
www.g20.org/Documents/FINAL_Annex_on_Action_Plan.pdf

Garbers, Frank / Strack, Peter (2009): Die Folgen der Weltwirtschaftskrise für Kinder in Entwicklungsländern. In: Social Watch Deutschland (2009), S. 38-41.

Global Unions / ITUC / TUAC (2009): Pittsburgh-Erklärung von Global Unions. 24. und 25. September 2009. Brüssel/Paris.
www.wddw.org/IMG/pdf/0909t_g20_Pittsburgh_de-3.pdf

Grain (2008): The 2008 Land Grab for Food and Financial Security. Barcelona.
www.grain.org/briefings_files/landgrab-2008-en.pdf

Green New Deal Group (2008): A Green New Deal. Joined-up policies to solve the triple crunch of the credit crisis, climate change and high oil prices. London: New Economics Foundation.
www.neweconomics.org/sites/neweconomics.org/files/A_Green_New_Deal_1.pdf

Griffith-Jones, Stephany (2009): Put People First: Ensuring a Response to the Economic Crisis that Delivers Jobs, Public Services, Global Justice and a Green Economy. London.
www.putpeoplefirst.org.uk/wp-content/uploads/2009/03/ppf-policyplatform.pdf

Griffith-Jones, Stephany (2008): Proposals for Regulatory Reform. Presentation made at UN Financing for Development Conference at Doha, FES-IPD event. New York.
www.nsi-ins.ca/english/pdf/Proposals%20for%20Regulatory%20Principles.pdf

Griffith-Jones, Stephany / Ocampo, José Antonio (2009): The Financial Crisis and its Impact on Developing Countries. Brasilia: IPC-IG (Working Paper 53, 04/09).
www.ipc-undp.org/pub/IPCWorkingPaper53.pdf

Griffith-Jones, Stephany / Ocampo, José Antonio / Burke-Rude, Sarah (o.J.): Key Principles for Financial Reforms that G20 Leaders Should Implement. New York: FES-IPD.
www0.gsb.columbia.edu/ipd/pub/SGJO.pdf

Harper, Caroline / Jones, Nicola / McKay, Andy (2009): Children in Times of Economic Crisis: Past Lessons, Future Policies. London: ODI (Background Note 03/09).
www.odi.org.uk/resources/download/2865.pdf

Heidel, Klaus / Wong, Staphany (2009): Auswirkungen der globalen Krisen auf sogenannte Schwellenländer. Das Beispiel China. In: Social Watch Deutschland (2009), S. 42-43.

Helleiner, Eric (2009): Die Finanzkrise und ihre Reaktionen – was bisher geschah: Fünf Ansätze auf der Suche nach einem Ergebnis. Berlin: FES (Internationale Politikanalyse 01/09).
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/06057.pdf>

Horn, Zoe E. (2009): Synthesis Report: No Cushion to Fall Back On - The Global Economic Crisis and Informal Workers. Ohne Ort: Inclusive Cities (Synthesis Report 08).
www.inclusivecities.org/pdfs/GEC_Study.pdf

Horton, Richard (2009): The Global Financial Crisis: An Acute Threat to Health. London: The Lancet (Vol. 373, Issue 9661). S. 355-356.

Human Rights Council (2009): The Impact of the Global Economic and Financial Crisis on the Universal Realization and Effective Enjoyment of Human Rights. Genf.

ILO (2009a): 8th European Regional Meeting: Facts on Economic and Employment Trends: A Time of Challenges and Opportunities. Genf.
www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/documents/publication/wcms_101642.pdf

ILO (2009b): Die Überwindung der Krise. Ein globaler Pakt für Beschäftigung. Genf (98. Arbeitskonferenz).
<http://www.ilo.org/public/german/region/eurpro/bonn/download/globaljobsactger.pdf>

ILO (2009c): Global Employment Trends for Women. Genf.
www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/documents/publication/wcms_103456.pdf

ILO (2009d): Global Employment Trends January 2009. Genf.
www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/documents/publication/wcms_101461.pdf

ILO (2009e): The Financial and Economic Crisis: A Decent Work Response. Genf.
www.oit.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---relconf/documents/meetingdocument/wcms_103507.pdf

ILO (2009f): World of Work Report 2009. The Global Job Crisis and Beyond. Genf.
www.ilo.org/public/german/region/eurpro/bonn/download/wow_2009.pdf

IMF (2009a): Committee on IMF Governance Reform - Final Report. Washington, D.C.
www.imf.org/external/np/omd/2009/govref/032409.pdf

IMF (2009b): Group of Twenty Meeting of the Deputies January 31–February 1, 2009 London, UK. Washington D.C.
www.imf.org/external/np/g20/pdf/020509.pdf

IMF (2009c): Impact of the Global Financial Crisis on Sub-Saharan Africa. Washington, D.C.
www.imf.org/external/pubs/ft/books/2009/afrglobfin/ssa_globalfin.pdf

IMF (2009d): The Implications of the Global Financial Crisis for Low-Income Countries. Washington, D.C.
www.imf.org/external/pubs/ft/books/2009/globalfin/globalfin.pdf

IMF (2009e): The Implications of the Global Financial Crisis for Low-Income Countries - An Update. Washington, D.C.
www.imf.org/external/np/pp/eng/2009/092809.pdf

IMF (2009f): World Economic Outlook April 2009: Crisis and Recovery. Washington, D.C.
www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2009/01/pdf/text.pdf

IMF (2009g): World Economic Outlook October 2009: Sustaining the Recovery. Washington, D.C.
www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2009/02/pdf/text.pdf

IMF (2008): World Economic Outlook October 2008: Financial Stress, Downturns and Recoveries. Washington, D.C.
www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2008/02/pdf/text.pdf

Institute of Development Studies (2008): Voices from the South: The Impact of the Financial Crisis on Developing Countries. Brighton.
www.ids.ac.uk/UserFiles/file/globalisation_team/financial_crisis/Voices%20from%20the%20South%20Report.pdf

Institute of International Finance (2009): Capital Flows to Emerging Market Economies. Washington, D.C.
www.iif.com/about/article+204.php

Jones, Ryan / Mendoza, Ronald U. / Vergara, Gabriel (2009): Will the Global Financial Crisis Lead to Lower Foreign Aid? A First Look at United States ODA. New York: Fordham University (Discussion Paper Nr. 2009-01).

Kaiser, Jürgen (2009): Mit Schwung in die nächste Schuldenkrise: Die Beschlüsse des G20-Gipfels aus der Sicht der Entschuldungsbewegung. Düsseldorf: Erlassjahr.de.
www.erlassjahr.de/dev/cms/upload/presse/g20-london/09-04-03_Kommentar_G20-Beschluesse.pdf

Kaiser, Jürgen / Knoke, Irene / Kowsky Hartmut (2009): Towards a Renewed Debt Crisis? Risk Profiles of the poorest countries in the light of the global economic slowdown. Berlin: FES (Dialogue on Globalization, Occasional Papers Berlin, Nr. 44, Juni 2009).
<http://library.fes.de/pdf-files/iez/global/06444.pdf>

Kar, Dev / Cartwright-Smith, Devon (2008): Illicit Financial Flows from Developing Countries: 2002-2006. Washington, D.C.: Global Financial Integrity.
www.gfip.org/index.php?option=content&task=view&id=274

Khatiwada, Sameer (2009): Stimulus Packages to Counter Global Economic Crisis: A review. Genf: International Institute for Labour Studies.
www.ilo.org/public/english/bureau/inst/publications/discussion/dp19609.pdf

Köhler, Gabriele (2009): Wie die 3-F-Krise Frauen und Kinder trifft. In: Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung, August 2009.

Konrad-Adenauer-Stiftung (2008): Auswirkungen der Finanzkrise auf Nigeria. Abuja.
www.kas.de/wf/doc/kas_14865-544-1-30.pdf

Lombardi, Domenico (2009): Report on the Civil Society (Fourth Pillar) Consultations with the International Monetary Fund on Reform of IMF Governance. Washington, D.C.
www.api.ning.com/files/TYrle*Afvd8Gp2qiDyQAttPBdV3VsV-PctGvhx6FAhvRRro2Vclv7iJoRlurvFdfR0syXbAPKntBYIhrnr8mtfAlgRxqPH3z/Report_IMFConsultationswithCivilSociety_Lombardi_FINAL.pdf

MacKinnon, Ian (2009): Stream of Jobless Migrant Workers Returning from Abroad Adds to Local Misery. In: The Guardian, 6. April 2009.
www.guardian.co.uk/world/2009/apr/06/unemployment-asia-migration

Maimbo, Samuel Munzele (2004): The Regulation and Supervision of Informal Remittance Systems: Emerging Oversight Strategies. Washington, D.C.: World Bank.
<http://imf.org/external/np/leg/sem/2004/cdmfl/eng/maimbo.pdf>

Maldonado, Claudia (2009): Social Consequences and Political Implications of the Global Crisis. The Case of Mexico. Mexico City: CIDE (unveröffentlichte Powerpointpräsentation, 19. November 2009).

Martens, Jens/Debiel, Tobias (2008): Das MDG-Projekt in der Krise. Halbzeitbilanz und Zukunftsperspektiven. Bonn/Duisburg (INEF Policy Brief 04).
<http://inef.uni-due.de/page/documents/PolicyBrief04.pdf>

Naudé, Wim (2009): The Financial Crisis of 2008 and the Developing Countries. Helsinki: UNU-WIDER (Discussion Paper Nr. 2009/01).
www.wider.unu.edu/publications/working-papers/discussion-papers/2009/en_GB/dp2009-01/_files/80843373967769699/default/dp2009-01.pdf

Netzwerk Steuergerechtigkeit (2009): Schattenfinanzsystem abschalten und Steueroasen schließen! Ein 13-Punkte Aktionsprogramm zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit bei der Finanz- und Steuerregulierung. (G 20-Briefing).
www.taxjustice.net/cms/upload/pdf/TJN2009_G20Position-Paper_September_Deutsch.pdf

Ocampo, José Antonio (2008): A Development Friendly Reform of the International Financial Architecture. Ottawa: The North-South Institute.
www.nsi-ins.ca/english/pdf/Development%20Friendly%20Reform%20Ocampo.pdf

OECD (2009a): Development Co-operation Report 2009. Paris.
www.browse.oecdbookshop.org/oecd/pdfs/browseit/4309011E.PDF

OECD (2009b): Financial Crises: Past Lessons and Policy Implications. Paris. (Economics Department Working Paper 668).
[www.oilis.oecd.org/olis/2009doc.nsf/LinkTo/NT00000BFA/\\$FILE/JT03259830.PDF](http://www.oilis.oecd.org/olis/2009doc.nsf/LinkTo/NT00000BFA/$FILE/JT03259830.PDF)

OECD (2008): Debt Relief is down. Other ODA rises slightly. Paris.
www.oecd.org/document/8/0,3343,en_2649_201185_40381960_1_1_1_1,00.html

OECD-DAC (2009): DAC and Non-DAC OECD Donors Responding to Global Development Challenges at a Time of Crisis: DAC High Level Meeting Action Plan (27-28 May 2009). Paris.
www.oecd.org/dataoecd/5/49/42867232.pdf

Oxfam GB (2009): Urban Poverty and Vulnerability. Kenya Background Analysis for the Preparation of an Oxfam GB Urban Programme Focused on Nairobi. London.
www.irinnews.org/pdf/Urban_Poverty_and_Vulnerability_in_Kenya.pdf

Patel, Mahesh (2009): Economic Crisis and Children: An Overview for East Asia and the Pacific. In: Global Social Policy Vol. 9, Nr. 1, S. 33-54.
http://gsp.sagepub.com/cgi/reprint/9/1_suppl/33

PERI/SCEPA (2009): A Progressive Program for Economic Recovery and Financial Reconstruction. Amherst und New York.
www.peri.umass.edu/fileadmin/pdf/other_publication_types/PERI_SCEPA_full_statement.pdf

PERI/SCEPA (2008): Principles for Economic Recovery and Financial Reconstruction from Progressive Economist. Amherst und New York.
www.policyinnovations.org/ideas/policy_library/data/01522

Picek, Oliver / Schulmeister, Stephan / Schratzenstaller, Margit (2008): Eine allgemeine Finanztransaktionssteuer – Machbarkeit und Auswirkungen. Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. [engl. Fassung: A General Financial Transaction Tax – Motives, Revenues, Feasibility and Effects. Vienna: Austrian Institute of Economic Research.]

[www.wifo.ac.at/www/servlet/www.upload.DownloadServlet/bdoc/S_2008_FINANCIAL_TRANSACTION_TAX_31819\\$.PDF](http://www.wifo.ac.at/www/servlet/www.upload.DownloadServlet/bdoc/S_2008_FINANCIAL_TRANSACTION_TAX_31819$.PDF)

Ratha, Dilip / Silwal, S. (2009): Outlook for Remittance Flows 2009 – 2011: Remittances Expected to Fall by 7-10 Percent in 2009. Washington, D.C.: World Bank (Migration and Development Brief Nr.10).

www.siteresources.worldbank.org/INTPROSPECTS/Resources/334934-1110315015165/Migration&DevelopmentBrief10.pdf

Rude, Christopher (2008): The Global Financial Crisis: What need to be done? New York: FES (Briefing Paper Nr. 12).

www.library.fes.de/pdf-files/bueros/usa/05869-20081126.pdf

Singh, Anupama Rao / Patel, Mahesh et al. (2009): Children and the Economic Crisis. In: Global Social Policy Vol. 9, Nr. 1.

http://gsp.sagepub.com/cgi/reprint/9/1_suppl/5

Social Watch (2009): Social Watch Report 2009. Making Finances Work: People First. Montevideo.

www.socialwatch.org/node/799

Social Watch Deutschland (2009): Social Watch Deutschland Report 2009. Globale Krisen. Soziale Auswirkungen – politische Konsequenzen. Bonn.

www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/socialwatch-report2009dt.pdf

Synovitz, Ron (2008): Global Financial Crisis Costs Many Migrant Workers Their Jobs. Prag: Radio Free Europe.

www.rferl.org/content/Global_Financial_Crisis_Costs_Many_Migrant_Workers_Their_Jobs/1361209.html

Te Velde, Dirk Wilhelm (2008a): Effects of the Global Financial Crisis on Developing Countries and Emerging Markets: Policy Responses to the Crisis. London.

www.odi.org.uk/resources/projects/background-papers/2008/12/policy-responses-financial-crisis-developing-countries-emerging-markets.pdf

Te Velde, Dirk Wilhelm (2008b): The Global Financial Crisis and Developing Countries: Which Countries Are at Risk and What Can Be Done? London: ODI.

www.odi.org.uk/resources/odi-publications/background-notes/2008/global-financial-crisis-developing-countries-growth.pdf

Terre des hommes / Welthungerhilfe (2009): Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe, 17. Bericht. Kurs auf Kopenhagen. Entwicklungspolitische Anforderungen an die deutsche Klimafinanzierung. Bonn/Osnabrück.

www.tdh.de/content/themen/weitere/entwicklungspolitik/shadow-dac/shadow-dac_2009.htm

UN (2009a): World Economic Situation and Prospects 2009. New York.

<http://www.un.org/esa/policy/wess/wesp2009files/wesp2009.pdf>

UN (2009b): World Economic Situation and Prospects 2009. Update as of mid-2009. New York.

www.un.org/esa/policy/wess/wesp2009files/wesp09update.pdf

UN General Assembly (2009): Outcome of the Conference on the World Financial and Economic Crisis and Its Impact on Development. New York (UN Dok. A/RES/63/303 vom 9. Juli 2009, Annex).

www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/RES/63/303&Lang=E

UN Secretary-General (2009): The World Financial and Economic Crisis and its Impact on Development. New York.

www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/CONF.214/4&Lang=E

UNAIDS / World Bank (2009): The Global Economic Crisis and HIV Prevention and Treatment Programmes: Vulnerabilities and Impact. Genf/Washington, D.C.

<http://siteresources.worldbank.org/INTHIVAIDS/Resources/375798-1103037153392/TheGlobalEconomicCrisisandHIVfinalJune30.pdf>

UNAIP (2009): SIREN Report – Cambodia: Exodus to the Sex Trade? Effects of the Global Financial Crisis on Women's Working Conditions and Opportunities. New York.

www.no-trafficking.org/reports_docs/siren/siren_cb-04.pdf

UNCTAD (2009a): Assessing the Impact of the Current Financial and Economic Crisis on Global FDI Flows. Genf.

www.unctad.org/en/docs/webdiaeia20091_en.pdf

UNCTAD (2009b): Global Economic Crisis: Implications for Trade and Development. Genf.

www.unctad.org/en/docs/cicrp1_en.pdf

UNCTAD (2009c): The Global Economic Crisis: Systemic Failures and Multilateral Remedies. Genf.

www.unctad.org/en/docs/gds20091_en.pdf

UNCTAD (2009d): The Least Developed Countries Report 2009: The State and Development Governance. Genf.

www.unctad.org/en/docs/ldc2009_en.pdf

UNCTAD (2009e): Trade and Development Report 2009. Commodity Prices, Capital Flows and the Financing of Investment. Genf.

UNCTAD (2009f): World Investment Prospects Survey 2009-2011. Genf und New York.

www.unctad.org/en/docs/diaeia20098_en.pdf

UNCTAD (2009g): World Investment Report 2009. Genf.

UNCTAD (2008a): The Least Developed Countries Report 2008: Growth, Poverty and the Terms of Development Partnership. Genf.

www.unctad.org/en/docs/ldc2008_en.pdf

UNCTAD (2008b): Trade and Development Report 2008: Commodity Prices, Capital Flows and the Financing of Investment. Genf.

www.unctad.org/en/docs/tdr2008_en.pdf

UN-DESA (2009a): A Global Green New Deal for Sustainable Development. New York (Policy Brief Nr. 12).

www.un.org/esa/policy/policybriefs/policybrief12.pdf

UN-DESA (2009b): The Trillion Dollar Plan. New York (Policy Brief Nr. 13).

www.un.org/esa/policy/policybriefs/policybrief13.pdf

UN-DESA (2008): Bubbles, Busts, and Bailouts: Lessons from the Global Financial Meltdown. New York (Policy Brief Nr. 9).

www.un.org/esa/policy/policybriefs/policybrief9.pdf

UNDP (2009): Cambodia, Women and Children Hit Hardest by Economic Crisis. New York (Presseveröffentlichung, 8. April 2009).

www.content.undp.org/go/newsroom/2009/april/in-cambodia-women-and-children-hit-hardest-by-economic-crisis.en

UNDP/ODS (2009): Some Effects of the Financial Crisis on the Developing World. New York.

www.undp.org/developmentstudies/docs/_conferencecontributions/oxfam_mar09.pdf

UNEP (2009): Global Green New Deal. New York (Policy Brief 03/09).

www.unep.org/pdf/A_Global_Green_New_Deal_Policy_Brief.pdf

UNESCO (2009a): Financial crisis: education budgets weather the storm – so far. Paris.

www.unesco.org/en/education/dynamic-content-single-view/news/financial_crisis_education_budgets_weather_the_storm_so_far/browse/2/back/9195/cHash/a1164330ab/?tx_ttnews%5Byear%5D=2009

UNESCO (2009b): The Impact of the Global Financial and Economic Crisis on the Education Sector. No. 1: The Impact of the Crisis on Public Expenditure on Education: Findings from the UNESCO Quick Survey. Paris (UNESCO Doc. ED/EPS/2009/PI/1)

<http://unesdoc.unesco.org/images/0018/001836/183667e.pdf>

UNESCO (2008): EFA Global Monitoring Report 2009. Overcoming Inequality: Why Governance Matters. Paris.

<http://unesdoc.unesco.org/images/0017/001776/177683E.pdf>

UNICEF (2009): Impact of the Global Economic Crisis on Children in Asia and the Pacific. A Mid-Year Update on UNICEF Policy and Programme Responses. Bangkok: Social Policy and Economic Analysis Section, Regional Office for East Asia and the Pacific.

http://www.unicef.org/eapro/UNICEF_EAPR_Crisis_Response_Review_Draft_2009.pdf

UN-NGLS (2009): Civil Society Consultation on the Work of the President of the UN General Assembly's Commission of Experts on Reforms of the International Monetary and Financial System. Genf und New York.

www.un.org/ga/president/63/interactive/financialcrisis/PreliminaryReport210509.pdf

UNOHRLLS (2008): Cambodia Country Profile. New York.

www.unohrlls.org/en/orphan/72/

US Department of State (2009): Bureau of Public Affairs. Background Note: Honduras. Washington, D.C.
www.state.gov/r/pa/ei/bgn/1922.htm

VENRO (2009): Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise: Herausforderungen für die Entwicklungspolitik. Bonn (Positionspapier 02/09).
www.venro.org/fileadmin/Presse-Downloads/2009/Maerz_2009/Anhang_PM_0709/VENRO_PP_2_09b.pdf

VENRO (2008): Nachhaltige Finanzierung für Entwicklung und Armutsbekämpfung. Bonn. (VENRO-Positionspapier zur zweiten Weltkonferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Doha, 29. November bis 2. Dezember 2008).
www.venro.org/fileadmin/Publikationen/arbeitspapiere/VENRO_Positionspapier_Doha.pdf

Verhoeven, Marijn (2009): Protecting Core Public Spending during the Global Economic Crisis. Washington, D.C.: World Bank.
http://siteresources.worldbank.org/INTPOVERTY/Resources/335642-1251230679308/core_spending_final.pdf

Wahl, Peter (2008a): Finanzmärkte in den Dienst von Entwicklung stellen: Internationale Finanzmärkte, Krise und Entwicklung. Bonn: EED (Arbeitspapier 10/08).

Wahl, Peter (2008b): Food Speculation. The Main Factor of the Price Bubble in 2008. Berlin: Weed (Briefing Paper).
www2.weed-online.org/uploads/weed_food_speculation.pdf

Wahl, Peter (2008c): With Realistic Radicalism: Which Approach to the Upcoming Era of Reforms? Berlin: Weed.
www.weed-online.org/suchen/1834297.html?searchshow=realistic%20radicalism

Weisbrot, Mark et al. (2009): IMF-Supported Macroeconomic Policies and the World Recession: A Look at Forty-One Borrowing Countries. Washington, D.C.: Center for Economic and Policy Research.
www.cepr.net/documents/publications/imf-2009-10.pdf

Wichterich, Christa (2009): Deutschland: Die Krise ist nicht geschlechtsneutral. In: Social Watch Deutschland (2009), S. 32ff.

Woods, Ngaire (2009): The International Response to the Global Crisis and the Reform of the International Financial Aid Architecture. Brüssel: European Parliament (Briefing Paper, EXPO/B/DEVE/2009/21, September 2009).

World Bank (2009a): Averting a Human Crisis During the Global Downturn: Policy Options from the World Bank's Human Development Network. Washington, D.C.
www.siteresources.worldbank.org/NEWS/Resources/AvertingTheHumanCrisis.pdf

World Bank (2009b): Global Development Finance. Charting a Global Recovery. Washington, D.C.
<http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/NEWS/0,,contentMDK:22217518~pagePK:64257043~piPK:437376~theSitePK:4607,00.html>

World Bank (2009c): Global Economic Prospects 2009: Commodities at the Crossroads. Washington, D.C.
http://siteresources.worldbank.org/INTGEP2009/Resources/10363_WebPDF-w47.pdf

World Bank (2009d): The Global Economic Crisis: Assessing Vulnerability with a Poverty Lens. Washington, D.C.
www.siteresources.worldbank.org/NEWS/Resources/WBG-VulnerableCountriesBrief.pdf

World Bank (2009e): Global Monitoring Report 2009. A Development Emergency. Washington, D.C.
http://siteresources.worldbank.org/INTGLOMONREP2009/Resources/5924349-1239742507025/GMR09_book.pdf

World Bank (2009f): Migration and Development Brief 11. Migration and Remittance Trends 2009. Washington, D.C.
<http://siteresources.worldbank.org/INTPROSPECTS/Resources/334934-1110315015165/MigrationAndDevelopment-Brief11.pdf>

World Bank (2009g): Pensions in Crisis: Europe and Central Asia Regional Policy Note. Washington, D.C.
<http://siteresources.worldbank.org/ECAEXT/Resources/258598-1256842123621/6525333-1260213816371/PensionCrisisPolicyNotefinal.pdf>

World Bank (2009h): Swimming Against The Tide: How Developing Countries are Coping with the Global Crisis. Washington, D.C.
<http://siteresources.worldbank.org/NEWS/Resources/swimmingagainstthetide-march2009.pdf>

World Bank (2008a): Global Development Finance: The Role of International Banking. Washington, D.C.
www.siteresources.worldbank.org/INTGDF2008/Resources/gdf_complete_web-appended-6-12.pdf

World Bank (2008b): Weathering the Storm: Economic Policy Responses to the Financial Crisis. Washington, D.C.
<http://siteresources.worldbank.org/NEWS/Resources/wea-theringstorm.pdf>

World Trade Organization (2008a): International Trade Statistics 2008. Genf.
www.wto.org/english/res_e/statis_e/its2008_e/its2008_e.pdf

World Trade Organization (2008b): Trade Profiles 2008. Genf.
www.wto.org/english/res_e/booksp_e/anrep_e/trade_profiles08_e.pdf

World Trade Organization (2008c): World Trade Report 2008: Trade in a Globalizing World. Genf.
www.wto.org/english/res_e/booksp_e/anrep_e/world_trade_report08_e.pdf

Zoellick, Robert (2009a): A Stimulus Package for the World. In: New York Times, 22. Januar 2009.
www.nytimes.com/2009/01/23/opinion/23zoellick.html?_r=2

Zoellick, Robert (2009b): Time to Herald the Age of Responsibility. In: Financial Times, 25. Januar 2009.
www.ft.com/cms/s/0/1348d34e-eb0d-11dd-bb6e-0000779fd2ac.html?nclck_check=1

Alle Internetquellen wurden zuletzt am 30. November 2009 überprüft.

Abkürzungsverzeichnis

ADI	Ausländische Direktinvestitionen
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
ATTAC	Association pour une taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyens
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMZ	Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BNE	Bruttonationaleinkommen
BRIC	Brasilien, Indien, Russland und China
BSP	Bruttosozialprodukt
BWI	Bretton-Woods-Institutionen (IWF und Weltbankgruppe)
CTT	Currency Transaction Tax
DAC	Development Assistance Committee
ECOSOC	Economic and Social Council
EMPEA	Emerging Market Private Equity Association
EU	Europäische Union
FAO	Food and Agriculture Organisation
FSB	Financial Stability Board
FSF	Financial Stability Forum
FTT	Financial Transaction Tax
G77	Gruppe der 77
G20	Gruppe der 20
GIVAS	Global Impact and Vulnerability Alert System
HIPCs	Highly Indebted Poor Countries
IHSB	International Accounting Standards Board
IIF	Institute for International Finance
ILO	International Labour Organisation
IMF	International Monetary Fund
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
IWF	Internationaler Währungsfonds
LDC	Least Developed Country
MDGs	Millennium Development Goals
NEPAD	New Partnership for Africa's Development
NGO	Non-Governmental Organization
NRO	Nichtregierungsorganisation
ODA	Official Development Assistance
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
PPP	Public-Private-Partnership

SZR	Sonderziehungsrechte
UN	United Nations
UNAIDS	Joint United Nations Programme on HIV/AIDS
UNCTAD	UN Conference on Trade and Development
UNDP	United Nations Development Programme
UNDESA	United Nations Department of Economic and Social Affairs
UNEP	United Nations Environmental Programme
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNIAP	United Nations Inter-Agency Project on Human Trafficking
UNICEF	United Nations Children's Fund
UN-NGLS	United Nations Non-Governmental Liaison Service
UNOHRRLS	United Nations Office of the High Representative for the Least Developed Countries, Landlocked Developing Countries and Small Island Developing States
VENRO	Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen
WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
WFP	World Food Programme
WIDER	World Institute for Development Economics Research
WTO	World Trade Organisation

Herausgeber

Global Policy Forum

Das Global Policy Forum wurde 1994 als unabhängige Forschungs- und Lobbyorganisation in New York gegründet und hat sich seitdem zu einer international anerkannten Quelle von Informationen und kritischen Analysen zu zentralen Fragen globaler Politik entwickelt. GPF setzt sich dafür ein, dass multilaterale Politik gestärkt, transparenter gemacht und an den Zielen einer ökologisch tragfähigen und sozial gerechten Entwicklung ausgerichtet wird.

Auf europäischer Ebene gibt es seit Oktober 2004 GPF Europe e.V., das vor allem deutsche und europäische UN-Politik kritisch unter die Lupe nimmt.

Aktuelle Themenschwerpunkte von GPF Europe sind:

- Entwicklungsfinanzierung und soziale Entwicklung
- Vereinte Nationen und Multilateralismus
- Unternehmensverantwortung / Corporate Accountability.

GPF Europe beteiligt sich aktiv an der Arbeit des internationalen Social Watch Netzwerks. Neben Studien und Veranstaltungen ist das zentrale Medium von GPF seine Homepage. Sie zählt mit rund 30.000 Dokumenten zu den weltweit umfangreichsten unabhängigen Internet-Quellen im Bereich internationaler Politik. Im Durchschnitt besuchen jede Woche 150.000 Personen aus mehr als 130 Ländern die GPF-Website.

Weitere Informationen: www.globalpolicy.eu



terre des hommes Deutschland

terre des hommes Deutschland e.V. wurde 1967 von engagierten Bürgern gegründet, um schwer verletzten Kindern aus dem Vietnamkrieg zu helfen. terre des hommes ist unabhängig von Regierungen, Wirtschaft, Religionsgemeinschaften und Parteien und fördert in 29 Projektländern mehr als 450 Projekte für notleidende Kinder. Ziel ist eine »terre des hommes«, eine »Erde der Menschlichkeit«.

terre des hommes hilft Straßenkindern, verlassenem und arbeitenden Kindern, kümmert sich um Kinder, die Opfer von Krieg und Gewalt wurden und sorgt für deren Ausbildung. terre des hommes unterstützt Jungen und Mädchen, deren Familien an Aids gestorben sind, setzt sich ein für die Bewahrung der biologischen und kulturellen Vielfalt und für den Schutz diskriminierter Bevölkerungsgruppen.

terre des hommes richtet seine Arbeit konsequent an den Kinderrechten aus. Die Projektpartner, einheimische Initiativen vor Ort, betreuen kranke oder kriegsverletzte Kinder, organisieren Bildungsprogramme für Kinder und Jugendliche und unterstützen Familien beim Anbau von Nahrungsmitteln und der Sicherung ihrer Wasserversorgung. Gemeinsam mit seinen Partnern setzt sich terre des hommes für eine gerechtere Politik gegenüber der Dritten Welt ein.

In Deutschland mischt sich terre des hommes als Anwalt für Kinderrechte in die Politik ein. terre des hommes nimmt klar und kritisch Stellung, wenn politische Entscheidungen, wirtschaftliche Interessen oder das Verhalten einzelner Menschen sich gegen Kinder und ihre Rechte wenden. In 145 Orten engagieren sich Menschen ehrenamtlich für die Ziele von terre des hommes.

Weitere Informationen: www.tdh.de



Weitere Publikationen zum Thema

Freiwillig in die Krise – reguliert wieder heraus

Die globale Finanzkrise und die Verantwortung von Unternehmen und Banken

Herausgegeben vom CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung, DGB-Bildungswerk, Global Policy Forum, terre des hommes und ver.di.

Mai 2009

Aus dem Inhalt:

- Jörg Huffschmid: Die Krise der Finanzmärkte und die Antwort der Regierungen
- Pedro Morazán: Die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Entwicklungsländer
- Barbara Happe: Neue Banken braucht das Land! Anregungen für eine ökologisch und sozial zukunftsfähige Finanzindustrie
- Bernd Moritz: Topmanager mit beschränkter Haftung? Neue Anreizstrukturen gegen die Gier
- Nicola Liebert: Steueroasen trockenlegen – aber wie?



Social Watch Deutschland Report 2009

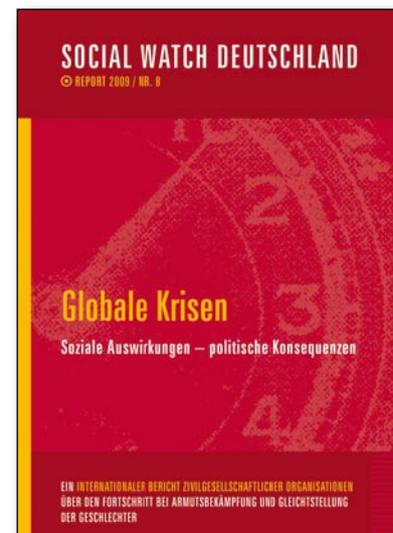
Globale Krisen. Soziale Auswirkungen – politische Konsequenzen.

Herausgegeben von Social Watch Deutschland

November 2009

Aus dem Inhalt:

- Roberto Bissio: Vorrang für die Menschen
- Aldo Caliari: Menschenrechtliche Aspekte der Finanz- und Wirtschaftskrise
- Sonja Weinreich: Die Auswirkungen der globalen Krisen auf die Gesundheit der Menschen
- Michael Windfuhr: Ursachen und Folgen der Nahrungsmittelkrise
- Thomas Hirsch und Ingrid Schalke: Auswirkungen der Wirtschafts-, Klima- und Ernährungskrise auf extrem Arme
- Christa Wichterich: Die Krise ist nicht geschlechtsneutral
- Verena Liessem: Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Kinderarmut in Deutschland
- Frank Garbers und Peter Strack: Die Folgen der Weltwirtschaftskrise für Kinder in Entwicklungsländern
- Michael Frein: Das bisschen Umwelt oder nachhaltig die Welt verändern? Zukunftsfähigkeit als Gesellschaftspolitik
- Uwe Kerkow: Wirtschafts- und Finanzkrise: Die Politik der Bundesregierung versus Forderungen der Zivilgesellschaft
- Miriam van Reisen und Simon Stocker: Europas Antwort auf die globale Finanz- und Wirtschaftskrise
- Jens Martens: Globales Krisenmanagement zwischen G-20 und G-192
- Klaus Heidel: Von der Notwendigkeit neuer Formen zivilgesellschaftlichen Engagements. Sechs Thesen



Die globale Entwicklungskrise

Die Tsunami-Wellen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise haben viele Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zeitlich verzögert, dafür aber mit voller Wucht erfasst. Die Rohstoffpreise sind eingebrochen und erholen sich erst langsam, die Nachfrage nach Exportgütern sank massiv. Private Kapitalflüsse in die Entwicklungs- und Schwellenländer sind ebenso zurückgegangen wie die Überweisungen von ArbeitsmigrantInnen in ihre Heimatländer. Die Verschuldungsindikatoren vieler Länder verschlechterten sich – eine neue Schuldenkrise droht. In vielen Entwicklungsländern wachsen die Haushaltslöcher. In Kernbereichen der sozialen Grundversorgung, allen voran Bildung und Gesundheit, sind Mittelkürzungen zu befürchten. Die sozialen Folgen der Krise sind dramatisch: Des Pro-Kopf-Einkommen sinkt, Armut, Arbeitslosigkeit und Hunger nehmen zu. Frauen und Kinder sind davon besonders betroffen.

Die Regierungen haben auf die Krise mit einem bislang einmaligen Gipfelmarathon reagiert. Im Zentrum stand dabei die G20. Sie bescherte mit ihren Beschlüssen dem Internationalen Währungsfonds eine Renaissance. Die Vereinten Nationen entwickelten sich dagegen immer mehr zum Sprachrohr derer, die vom G20-Prozess ausgeschlossen blieben. Durch die Krise ist das Institutionengefüge der globalen Wirtschafts- und Finanzpolitik in Bewegung geraten. Wer am Ende die Gewinner und Verlierer der Reformprozesse sind, ist noch ungewiss.

Die Belange der Menschen in den ärmeren Ländern wurden im bisherigen Krisenmanagement der Regierungen zu wenig berücksichtigt. Notwendig ist daher ein umfassendes Programm gegen die globale Entwicklungskrise, das die Interessen der Menschen in den Entwicklungsländern in den Mittelpunkt stellt und sowohl Schritte zur Bewältigung der akuten Krisenfolgen als auch der langfristigen strukturellen Krisen einschließt. Es umfasst effektive Regeln gegen den Casino-Kapitalismus, Reformen im globalen System der Wirtschafts- und Finanzinstitutionen, zusätzliche Finanzmittel für öko-soziale Entwicklungsprogramme, weltweite Schritte zu einem ökologischen Wohlfahrtsstaat sowie die grundsätzliche Wende hin zu einem ganzheitlichen, rechtebasierten Entwicklungsmodell.